

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzeln Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntheits-Anzeigen 30 Wg. Kleine Anzeigen: das selbige betragende Wort 20 Wg. (zweiwöchige Anzeigen 10 Wg., dreiwöchige 15 Wg., vierwöchige 20 Wg., fünf- bis sechswöchige 25 Wg., sieben- bis achtwöchige 30 Wg., neun- bis zehn- bis einmonatliche 35 Wg., über einmonatliche 40 Wg.). Für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Konservative Hochverräter.

London, 15. August. (Fig. Ver.)

Eine pikante Situation, die nur die Feder eines Jonathan Swift gebührend würdigen könnte, ist in Großbritannien entstanden. Die Kämpfer für „Wahrheit und Recht“, die Stützen des Thrones, des Altars und der Konstitution predigen offen den bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt, weil es nicht nach ihrem Willen zugeht. Schon fragen sich einige der ängstlichen, mit den guten Gaben dieser Welt reichlich bedachten Leute, die das Rückgrat der konservativen Partei bilden, ob sie sich nicht am Ende in die falsche Partei verirrt haben, und mancher alte Tory zittert bei dem Gedanken, daß sich das arbeitende Volk die Grundzüge Herrn Donar Law's und Sir Edward Carsons zu eigen machen könnte.

Ein kleiner Teil des irischen Volkes, etwa ein Achtel, die protestantischen Bewohner der Provinz Ulster, sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Selbstverwaltung Irlands, die ihnen die Home-Rule-Vorlage bringen wird, und wollen von keinerlei Kompromiß wissen, obwohl die Regierung gewillt ist, ihnen den größtmöglichen Schutz gegen irgend einen Unterdrückungsversuch seitens der katholischen Mehrheit der irischen Bevölkerung angedeihen zu lassen. Mit fanatischer Blindheit weisen sie alle Vermittlungsversuche zurück und sind fest entschlossen, eine provisorische Regierung für Ulster zu errichten, sollte die Home-Rule-Vorlage Gesetz werden. Schon haben sie Anstalten getroffen, um ihren Entschluß in die Tat umzusetzen. Schießwaffen sind in den letzten Monaten in großer Zahl nach den konservativen Grafschaften Irlands verhandelt worden; überall gründet man dort Schützenvereine, in denen fleißig in der Handhabung des Schießprügels geübt wird und militärische Übungen abgehalten werden; und die Organisation aus der die provisorische Regierung hervorgehen soll, ist schon vorhanden. Und das alles geht im hellen Tageslicht vor sich. Sir Edward Carson, der Führer der irischen Unionisten, hält öffentliche Reden von leidenschaftlicher Heftigkeit, in denen er zum bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt auffordert und mit der Proklamation einer provisorischen Regierung droht. Dieser Herr war in der letzten konservativen Administration der höchste juristische Beamte Englands. Klingt das nicht wie eine Episode aus einer Sullivan'schen Operette?

Leider hat die Sache auch ihre tragische Seite. Die protestantischen Arbeiter des industriellen Ulster, die alle Ursache hätten, sich um wichtigere eigene Angelegenheiten zu kümmern — in keinem anderen industriellen Teile des Vereinigten Königreichs findet man solche jämmerliche soziale Zustände wie gerade in Nordirland — lassen sich von den konservativen Drahtziehern mißbrauchen. Man hat sie derart fanatisiert, daß man sie nicht mehr halten kann. In Belfast boykottieren und vergewaltigen sie ihre katholischen und sozialistischen Kollegen, die für die Selbstverwaltung Irlands eintreten, und so heftig traten sie vor kurzem auf, daß sich die Regierung gezwungen sah, Militär nach Belfast zu schicken, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Jetzt planen die Unionisten einen Streik der Postbeamten Irlands. An einem festgesetzten Tage sollen sich die Beamten weigern, die Befehle der Postdirektion auszuführen. Man will offenbar die armen Kerle brotlos machen.

Diese Propaganda der Gewalt hätte vielleicht nie den bestehenden Umfang erreicht, wenn sie nicht von dem Führer der konservativen Partei Großbritanniens und einigen seiner Kollegen auf jede Art gefördert worden wäre. Noch vor kurzem sagte Herr Donar Law in einer großen Rede, daß er sich seine Handlungsweise Ulsters denken könne, die er nicht unterstützen würde. Dies hat ihm eine klatschende Ohrfeige von dem Minister Churchill eingetragen. Law antwortete darauf mit der lauten Ausrufe, daß sich die Wählererschaft bei den letzten Wahlen nicht zugunsten der Selbstverwaltung Irlands ausgesprochen, daß die Regierung nicht mehr die Mehrheit des Volkes vertrete, daß dies die Rebellion der Drangemänner rechtfertigen würde. Das Entschuldigungsgebet des konservativen Führers gab Churchill Gelegenheit zu einer Erwiderung, die einige beachtenswerte Stellen enthält. So schreibt er: „Die Zügellosigkeit und Unbesonnenheit seiner Rede und Ausführung, deren Mißverhältnis zu den gegebenen Umständen, ihre Leberkeit sind den Instinkten der Partei, die er führt, fremd. Hätten sich britische Staatsmänner und Führer großer Parteien in der Vergangenheit so leichtem Herzens mit dem Gedanken des Blutvergießens im Innern des Landes befaßt, so würden wir die Torheiten und das Schicksal Polens geteilt haben. Lord Salisbury's eindruckliche Beschreibung dieser Katastrophe hätte doch sicherlich das Gewissen seines Nachfolgers wecken sollen. ... Die Frauenrechtlerinnen sagen schon: „Wir wollen den von den Männern gemachten Gesetzen nicht gehorchen.“ Haben sie recht? Nehmen wir an, Arbeiter würden dergleichen in einem wirtschaftlichen Kampf sagen: „Wir wollen die Befehle eines Parlamentes nicht anerkennen, in dem der kapitalistische Einfluß vorherrscht. Wäre es von den Stimmen aller Großjährigen gewählt, so wäre das etwas anderes.“ Würden sie recht haben? Oder setzen wir voraus, daß die irischen Nationalisten sagten: „Wir wollen die Vereinigung der Königreiche nicht anerkennen, weil sie durch Ver-

stärkung und Betrug zustande gekommen ist.“ Nehmen wir an, es gibt Leute in Ägypten, die da sagen: „Für versprachet, ihr würdet gehen.“ Würde nicht Herr Donar Law flugs zur Stelle sein, um Strafen auszuteilen?“

Ein zynischer konservativer Jurist hat in der Debatte über diesen Gegenstand den Ausdruck getan, daß der gewalttätige Widerstand gegen die Staatsgewalt überall dort gerechtfertigt ist, wo er Erfolg hat. An dieser Moral gemessen wäre das Unternehmen der englischen Konservativen ein freiblerisches Spiel mit der Existenz und dem Leben der protestantischen irischen Arbeiter, die sich zugunsten der irischen Oligarchie und der englischen konservativen Partei den Kopf einrennen. Keinem Demokraten wird es einfallen, das Recht auf Widerstand gegen ungerechte Gesetze aufzugeben. Wenn sich aber eine kleine, hartnäckige, jedem Kompromiß abgeneigte Minderheit darauf versteht, der großen Mehrheit eines Volkes die Gesetze zu diktieren, wird der Appell an die Waffen zu einer Lächerlichkeit. Herr Donar Law fühlt selbst die Ungereimtheit seiner Position; daher auch seine Verurteilung auf die Mehrheit des Volkes des Vereinigten Königreichs, die angeblich die Home-Rule nicht billigt. Die konservative Partei machte ein schlechtes Geschäft, als sie Donar Law gegen Balfour eintauschte. Ihr neuer Führer hat eins der Grundprinzipien der Torypartei, die „non-resistance“, umgeworfen; er hat, wie Churchill in seinem Briefe sagt, „einen offenen Befehl mit unbefristeter Umlaufzeit auf alle Hilfsquellen der unionistischen Partei ausgestellt, der, von Verbrecrherhand ausgefüllt, an irgendeinem schönen Morgen von irgendeinem Rohling oder Verrückten zur Zahlung präsentiert werden kann“. Zweifelsohne möchten die Tories ihren Law jetzt gern wieder los werden. Aber sie scheuen die Blamage eines so schnellen Führerwechsels.

#### Fortdauernde Agitation.

London, 19. August. Blättermeldungen zufolge hat die Regierung umfassende Vorkehrungen getroffen, um der Drohung der Unionisten, im Ulstergelände einen Aufbruch in Szene zu setzen, wirksam entgegenzutreten. Auch von der Kriegsverwaltung ist alles in Bereitschaft gehalten, damit die Truppen im Ulstergelände ohne Zeitverlust mobil gemacht werden können. Die „Irish Times“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß in Dublin täglich Konferenzen zwischen den Militärbehörden und der Polizeiverwaltung stattfinden. Der Ausbruch des Aufbruchs wird für den 28. September erwartet, dem sogenannten „Ulstertage“. In Belfast und in anderen orangistischen Zentren sind in der letzten Zeit bedeutende Waffentransporte eingetroffen. Fast in jeder Nacht finden militärische Übungen unter dem Befehl von Offizieren statt.

## Wer trägt die Schuld?

Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Lothringen beehrt uns abermals mit einer „Verichtigung“, die sie diesmal unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes ein sandte. Ganz überflüssigerweise, denn der „Vorwärts“ hat ja auch ihre erste Einwendung seinen Lesern nicht unterschlagen, obwohl sie wieder als Verichtigung im Sinne des Preßgesetzes gekennzeichnet war, noch tatsächliche Angaben enthielt, die unsere Darstellung hätten erschüttern können. Umgekehrt aber hat sich die Unternehmenspresse ängstlich gehütet, ihren Lesern nähere Kenntnis von der aus Bergarbeiterkreisen stammenden Darstellung zu geben!

Die Verichtigung sieht diesmal so aus:

In einem „Wer trägt die Schuld?“ überschriebenen Artikel des „Vorwärts“ Nr. 187 vom 13. August d. J. wird behauptet, daß das Unglück auf Zeche Lothringen in der Hauptsache durch eine Kohlenstaubexplosion verschuldet worden sei, und an anderer Stelle des Artikels wird angegeben, der äußerst explosive Staub der Feittpolie sei in genügender Menge vorhanden gewesen und habe die Flamme verbreitet. In dieser Tatsache liege die Hauptursache des Unglücks. Das entspricht nicht den Tatsachen, die amtliche Feststellung hat ergeben, daß das Unglück durch eine Schlagwetterexplosion im vierten Abteilungsquerschlag der dritten Sohle entstanden ist. Die Gewalt der Explosion und die starken Verbrennungen der Berunglückten lassen erkennen, daß die Ausdehnung der Explosion ebenfalls auf Schlagwetter zurückzuführen ist. Ebenso haben die Rettungsmannschaften erklärt, daß sie nur wenig Kohlsperlen gefunden hätten und daß die Arbeiten in dem Unglücksrevier gut angeordnet waren.

Zweitens ist die Behauptung unrichtig, daß der Steiger Bahmann infolge des Prämiensystems an der Höhe der Auffahrung interessiert war und daß auf Zeche Lothringen die Beamten aufs schärfste und rücksichtsloseste angetrieben wurden. Die Prämie des Steigers Bahmann war nicht von der Größe der Leistung in den seiner Aufsicht unterstellten Betrieben abhängig und ist ihm niemals wegen geringer Leistung gekürzt oder gar gestrichen worden. Ebenso wird grundsätzlich allen übrigen Beamten auf Zeche Lothringen die Prämie niemals wegen zu geringer Förderung verweigert.

Drittens ist es unrichtig, daß die Lutten in dem Querschlag, in dem die Explosion entstand, undicht waren und frische Luft zu wenig vor die Arbeitsstelle kam und daß es daher eine längere Spanne Zeit und Arbeit erfordert hätte, die Lutten zu dichten. Vielmehr ist festgestellt worden, daß die Lutten circa 10 bis 15 Meter weit von der Arbeitsstelle endeten und daß sich deswegen vor Ort Schlagwetter gebildet hatten. Aus diesem Grunde hatte der Betriebsführer angeordnet, die Lutten weiter vorzubauen.

Ferner ist es unwahr, daß der Einbau der Wasserleitung in dem Unglücksrevier zurückgeblieben war oder daß man je nach Bedarf eine Leitung für Wasser oder Preßluft benutzte. Richtig ist dagegen, daß in den beiden vom Unfall betroffenen Revieren

überall Wasserleitung vorhanden und bis an die Arbeitsstellen durchgeführt war.

Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Lothringen. (Name unleserlich.)

Zu dieser Verichtigung schreibt uns der Verfasser des Artikels: Die Schuldfrage, Herr G. Werner:

Pünktlich stellt sich die Verichtigung ein. Es darf ja kein Artikel mit den Grubenbesitzern unliebsamen Tatsachen unberichtigt bleiben. Denn es gibt immer noch eine Menge Zeitungsleser, die die im berichtigten Artikel enthaltenen Angaben für unwahr halten, wenn sie später eine Verichtigung lesen. Der erste Artikel liegt nicht mehr vor. Sein Inhalt ist zum größten Teil vergessen! Der Bericht wird daher glauben geschenkt. Dies trifft zwar nicht immer zu, aber etwas bleibt doch bei den allermeisten Menschen hängen.

Diese Tatsache ist den Grubenbesitzern bekannt. Aus diesem Grunde haben sie in Essen, am Sitz des Bergbaulichen Vereins, eine Pressezentrale eingerichtet, die alle Zeitungen hält und die Verichtigung unliebsamer Artikel in die Wege leitet. Sie führt daher den Namen Verichtigungszentrale. Die Grubenbeamten kennen den Betrieb sehr genau. Denn sobald der Name eines von ihnen in der Zeitung gestanden hat, liegt drei, vier Tage später die ausgeschnittene Notiz, sein sauberlich aufgelegt, vor ihm und ein Brief aus Essen dabei mit der Aufforderung, eine Verichtigung zu schreiben. Eine Verichtigung muß geschrieben werden, ganz gleich, ob die Angaben zutreffend oder unzutreffend sind. Früher gab die Zentrale alle Verichtigungen heraus und die Bergarbeiterblätter wissen ein Lied davon zu singen. Heute hält man manche zurück, aber hier bei diesem Massenunfall auf Zeche Lothringen muß natürlich unbedingt berichtet werden.

Nicht nur für die Zeche Lothringen, sondern für alle Zechen ist es eine Frage von größter Wichtigkeit, ob die Ursache des Unglücks eine reine Schlagwetter- oder eine kombinierte Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion gewesen ist. Im ersteren Falle ist mit dem regelmäßig wiederkehrenden Bläser, d. h. mit höherer Gewalt, das Unglück zu erklären und als frei von Schuld und Fehle können sich die Grubenbesitzer hinstellen. Sie haben daher das allergrößte Interesse daran, das Unglück auf Lothringen als eine Schlagwetterexplosion zu schildern. Dabei richten sie sich nicht im geringsten nach dem berichtigten Artikel.

In der Verichtigung wird der erste Satz, in dem vom Unglück (Tötung vieler Menschen, aber nicht von der Explosion) gesprochen wird und der der Kohlenstaubexplosion die Schuld an der Größe des Unglücks zuschiebt, an die Spitze gestellt und dann fortgesetzt: „Das entspricht nicht den Tatsachen, die amtliche Feststellung hat ergeben, daß das Unglück durch eine Schlagwetterexplosion im vierten Abteilungsquerschlag der dritten Sohle entstanden ist.“ Dieser letzte Satz enthält aber genau dasselbe, was auch in dem Artikel an anderer Stelle über die Entstehung der Explosion gesagt ist. Dort heißt es:

„Die Ursache der Explosion ist diesmal einwandfrei festgestellt. In dem Querschlag haben Schlagwetter gestanden und dennoch ist, trotz gegenteiliger Bestimmung der Bergpolizei, geschossen worden.“

Damit bestätigen sie zwar die Richtigkeit meiner Darstellung über die Entstehung der Explosion, aber durch die Gegenüberstellung mit einem ganz anderen Sache mit anderem Sinn erwecken sie beim Leser der Verichtigung den Glauben, als ob ich etwas anderes behauptet hätte. Diese Methode kennzeichnet so recht die Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit bei der Abfassung dieser Verichtigung.

In der Verichtigung wird weiter gesagt, die Ausdehnung der Explosion sei den Schlagwettern zuzuschreiben. Unter der Voraussetzung, daß die Zeche nicht behauptet, die Schlagwetter entstammten einem Bläser, wäre das ja eine Selbstbescheidung von sondergleichen. Denn dann müßten ja riesige Mengen Schlagwetter in dem Bau gestanden haben. Die Toten sind doch zum allergrößten Teil verbrannt. Da wäre die Lotterwirtschaft noch viel schlimmer, denn die Wetter machen sich doch viel bemerkbarer als der Kohlenstaub.

Der Beweis, daß Schlagwetter die Ausdehnung der Explosion veranlassen, ist also äußerst interessant.

Die Worte der Verichtigung: „Die Gewalt der Explosion und die starken Verbrennungen der Berunglückten lassen erkennen, daß die Ausdehnung der Explosion ebenfalls auf Schlagwetter zurückzuführen ist“, sind lächerlich. Bei jetzt gibt es noch keine Manometer in der Grube, um die Gewalt einer Explosion zu messen, noch viel weniger ist durch die Unterscheidung in der Größe der Gewalt festzustellen, ob es Kohlenstaub- oder Schlagwetter-Explosionen sind. Ein Schlagwettergemisch mit 5 Proz. C. H. wirkt viel schwächer als ein mit 9½ Proz. und auch schwächer als die für die Explosion günstigste Kohlenstaubentwicklung. Wenn der Schreiber der Verichtigung bergtechnisch geküßt ist, so lasse er sich das Schulgeld wiedergeben; das müßte er doch wenigstens wissen.

In den Verbrennungen soll es ebenfalls zu erkennen sein, daß es Schlagwetter waren. Anlässlich der Raddis-Katastrophe ist das selbe Thema besprochen worden. Soweit mir bekannt, ist solche Feststellung unmöglich. Ich will aber meine Meinung ändern, wenn mir der Verfasser der Verichtigung den Namen einer wissenschaftlichen Autorität vorlegt, der an den Toten von Lothringen feststellen kann, wer durch Schlagwetter- und wer durch Kohlenstaubexplosion umgekommen ist. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß diese Feststellungen auch wirklich gemacht worden sind.

Die Rettungsmannschaften geben ebenso wie der Bergrevierbeamte, der den Bläser auch ableschte, das Vorhandensein von Kohlenstaub an. Kohlenstaub war also dabei. Wer

über die Frage: Was sind viel und was sind wenig Kohlsperlen? läßt sich streiten. Die Fischen haben ja, wie bereits gesagt, das allergrößte Interesse daran, eine Kohlenstaubexplosion abzuwehren. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, gewinnen die Kohlsperlen ein ganz anderes Gesicht. Was nach ihrer Ansicht wenig ist, muß schon eine ganze Menge sein. Denn was für andere Leute wenig ist, bezeichnen sie doch als „Spuren von Kohl“.

Die Rettungsmannschaften haben noch etwas anderes, sehr Wichtiges konstatiert. Sie haben gefunden, daß die Arbeiten gut angefeuert waren. In meinem Artikel ist gesagt, wer formal die Verantwortung für die Veriefelung trägt. Und es heißt da: „Vor den Betrieben (bergmännisch genau dasselbe wie Arbeiten) die Arbeiter, in den Strecken und Schächten in erster Linie der Steiger, in zweiter Linie die oberen Beamten.“

Nach den Aussagen der Rettungsmannschaften haben also die Arbeiter gut veriefelt. Ueber die Strecken und Schächte schweigt man sich aus. . . .

Ueber das Antreibersystem, welches auf Lothringen für die Steiger nicht vorhanden sein soll, gehen die Ansichten von Steigern und Betriebsleitung weit auseinander. Gerade über den Unglücksfall wurde sehr gellagt, während auf dem anderen Schacht weniger gedrillt wurde.

Das Weiße leistet sich die Verichtigung in den Angaben über die Luttonen. Sie sollen dicht gewesen sein. Könnte man dies nach der Explosion konstatieren? Oder hat nicht die Gewalt der Explosion die Luttonen zerstört? Wahrscheinlich ist es nur eine Annahme der Direktion. Die Erfahrung spricht anders, wenn man hört, daß Wetter standen und nicht weggubekommen waren. Ferner wird gesagt, es sei unrichtig, daß keine Luft vor die Arbeitsstelle gekommen sei. Im selben Atemzug wird aber zugegeben, daß die Luttonen 10 bis 15 Meter zurück waren. Mitin ist viel zu wenig Luft vor die Arbeitsstelle gekommen.

Hier liegt eine schwere bergpolizeiliche Verfehlung vor. Gleichzeitig ist aber die Frage angebracht: Warum waren die Luttonen zurück? Die Antwort möchte man fast mit positiver Sicherheit geben: Es fehlten Luttonen. Der Steiger konnte keine bekommen. Wenn der Betriebsführer zehnmal den Befehl gibt, Luttonen vorzubauen, so ist es in der Praxis oft nicht möglich, weil keine da sind. Der Betriebsführer sagt natürlich: „Holen Sie sich welche.“ Aber während der Förderung von weit entfernten Plätzen Luttonen zu holen, aus anderen Revieren, anderen Schichten, das erfordert Leute, Leute und nochmals Leute. Und die Arbeit bleibt zurück. Mitunter ist es während der Förderarbeit vollständig unmöglich, denn dann müßte man die Kohlenförderung stillsetzen. Die Ursachen des Zurückbleibens der Luttonen zu erforschen, die schärfste Untersuchung einzuleiten, ist die Pflicht der Bergbehörde. Hier findet sie aller Wahrscheinlichkeit nach eine Gelegenheit, zu erfahren, wie schwer die Steiger unter dem Sparsystem der Fische leiden. Nur keine Begrößerung des Materialbesandes, heißt es da. Hier sind die Schuldigen zu finden. Denn es ist vollständig ausgeschlossen, daß eine Luttonen 15 Meter zurückbleibt, wenn Luttonen vorhanden sind. Die Schuldigen sind hier nicht die Arbeiter und auch nicht der Steiger.

Auf Radbod fehlte Wasser, auf Lothringen Luttonen. — Wer trägt die Schuld?

Die Veriefelungsanlage ist nach der Verichtigung in Ordnung. In dem Artikel war ja nur ausgeführt, unter welchen Schwierigkeiten sich der Einbau der Veriefelung vollzieht. Mit dem Einbau ist es aber allein nicht getan. Das Nennendste ist die Benutzung der Wasserleitung zum Veriefeln. Und diese leidet eben an dem Mangel an Leuten, da alle verfügbaren Kräfte Kohlen fördern müssen. Nach Ansicht der Betriebsleitung war ja alles immer und jederzeit in bester Ordnung. Das also brachten die Steiger fertig, trotzdem ihnen alle Tage gesagt wird: „Wenn Sie nicht mehr fördern, dann — —“

### Die Ruhrbergarbeiter zum Massenunglück auf Lothringen.

In zehn Versammlungen, die am Sonntag in Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Lünen, Hörde, Raftrop, Obermarxloh, Recklinghausen und Buschhausen stattfanden, nahmen die Bergarbeiter des Ruhrgebietes Stellung zu dem neuesten Massenunglück. Die Versammlungen waren insgesamt von 15000 Bergarbeitern besucht. Das Verhalten der Grubenverwaltung wurde einer strengen Kritik unterzogen. Gegenüber der Verichtigung der Grubenverwaltung, die im „Vorwärts“ und außerdem in allen kapitalistischen Blättern des Ruhrgebietes erschienen ist, wurde in der Bochumer Versammlung von Döfler ausgeführt: In der Verichtigung der Grubenverwaltung wird bestritten, daß der Einfahrer Brinks dem Sicherheitsmann gegenüber über seine Eintragungen Vorkhaltungen gemacht hat. Festgestellt aber ist worden, daß der Einfahrer Brinks dem Sicherheitsmann gegenüber gedauert hat: „Na, Sie haben aber wieder viel eingetragen, Sie schreiben ja eher drei Jahrbücher voll wie alle anderen zusammen eins.“ Die Behauptung der Grubenverwaltung, daß der Sicherheitsmann sich nie über Verlegungen beschwert habe, kann nicht stimmen. Der Sicherheitsmann hat sich im Januar 1911 wegen seiner öfteren Verlegung beschwerdeführend an den Betriebsführer Lind gewandt. Dieser äußerte sich: „Es liegt in meiner Befugnis, Leute zu verlegen, so oft und viel ich will.“ Nach dieser Antwort hat sich allerdings der Sicherheitsmann nicht beschwert, weil ja solche Beschwerden doch zwecklos gewesen wäre. Weiter sei festgestellt, daß der Sicherheitsmann vorgefundene Wetter als eine dringende Gefahr im Jahrbuch bezeichnet hat. Zu dieser Eintragung hat der Betriebsführer Lind dann bemerkt, eine dringende Gefahr sei ganz ausgeschlossen.

In der zweiten Verichtigung der Fischenverwaltung wird erklärt, daß die amtliche Feststellung ergeben habe, daß das Unglück durch eine Schlagwetterexplosion im vierten Abteilungsquerriegel der dritten Sohle entstanden ist. Auf das bestimmteste erklärte Döfler in der Bochumer Versammlung, daß der Explosionsherd nicht an dieser, sondern an einer anderen Stelle zu suchen sei. Wenn die Grubenverwaltung dann weiter in ihrer zweiten Verichtigung erklärt, daß die Gewalt der Explosion und die starken Verbrennungen der Verunglückten erkennen lassen, daß die Ausdehnung der Explosion ebenfalls auf Schlagwetter zurückzuführen sei und nicht auf vorhandenen Kohlenstaub, so sei damit die Schuldfrage gelöst. Damit sei durch die Grubenverwaltung selbst zugegeben, daß in dem ganzen Explosionsgebiet Schlagwetter in Menge vorhanden gewesen sein müssen. Die in der Bochumer Versammlung gemachten Ausführungen riefen unter den Bergarbeitern große Entrüstung wach.

In allen Versammlungen wurden die Forderungen nach größerem Bergarbeiterschutz und nach verbesserter Grubenkontrolle zum Ausdruck gebracht. Nachfolgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Das furchtbare Grubenunglück auf Zeche Lothringen, dem wieder weit über 100 Bergarbeiter zum Opfer gefallen

sind, hat aufs neue die Unzulänglichkeit des Bergarbeiterschutzes bewiesen. Es hat gezeigt, daß die Sicherheitsmänner außerstande sind, einen wirklichen Bergarbeiterschutz herbeizuführen. Die Behandlung, welche die Verwaltung der Zeche Lothringen den auf dieser Zeche beschäftigten oder beschäftigt gewesen organisierten Sicherheitsmännern hat angedeihen lassen, die fortgesetzten Schikanen und Bedrückungen, die diese haben erdulden müssen, sowie die Verfechtung mehrerer Sicherheitsmänner beweisen, daß das Sicherheitsmännerystem nur „Weiße Salbe“ ist.

Und so, wie es auf Lothringen ist und war, ist es auf den meisten Fischen. Ueberall werden aufrechte Sicherheitsmänner schikaniert und bedrückt, um die den Grubenverwaltungen unangenehmen Maßnahmen los zu werden. Das Blutmeer im Bergbau wird so lange weiter steigen, bis von den Unternehmern unabhängige Arbeitergrubenkontrolloren eingesetzt sind. Die heutige Bergarbeiterversammlung fordert daher die Staatsregierung auf, schleunigst einen Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen, durch welchen die seit langer Zeit von den meisten Bergarbeitern erhobene Forderung nach Einführung von Grubenkontrolloren, die von den Arbeitern mittels geheimer und direkter Wahl aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate befolgt werden, erfüllt wird.

Sollte sich auch jetzt die Staatsregierung weigern, diese Forderung zu erfüllen, so muß ihr die Schuld an etwa folgenden Massenunglücken und massenhaften Einzelunglücken im Bergbau beigemessen werden.“

## Die türkischen Wirren.

Während an der montenegrinischen Grenze ununterbrochen gekämpft wird und die Regierung dem Aronautenaufstand vollständig hilflos gegenübersteht, ist in Konstantinopel eine neue Ministerkrise ausgebrochen. Der erst vor kurzem nach langem Suchen gefundene Minister des Innern Dama Dscherif ist zurückgetreten. Der Rücktritt ist ein neuer Beweis für die Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts. Scherif war im Gegensatz zu anderen Ministern für ein schärferes Vorgehen gegen die Jungtürken und für die Absetzung der komiteefreundlichen Beamten. Diefelbe Forderung wird jetzt aber von der Militärliga gestellt. Sie hat der Regierung mitgeteilt, die jungen Offiziere beständen trotz des Eides, den sie abgelegt haben, auf der Bewilligung der weiteren Forderungen der Liga, und die Liga sei nicht in der Lage, sie daran zu hindern. Die Offiziere verlangten besonders die Demission der Minister der Justiz, des Kultus und der Marine. Ligisten und Liberale beschuldigen namentlich den Justizminister, er schone und unterstütze die Jungtürken. So gewinnt der innere Parteikampf neue Schärfe, und das zur selben Zeit, wo die Albanesen sich anschiden, einen entscheidenden Stoß gegen die türkische Herrschaft zu führen.

Die Regierung hat es bis jetzt mit der Politik der Nachgiebigkeit versucht. Sie hat wesentliche Forderungen der Albaner zu erfüllen versprochen. Auch wurde den wegen politischer Vergehen verurteilten Albanesen Amnestie gewährt, ein Entgegenkommen, das freilich nicht viel bedeutet, seitdem die Albaner die Macht haben, die Gefängnisse selbst zu öffnen, und von dieser Macht den ausgiebigsten Gebrauch machen. Aber alle Nachgiebigkeit nützt der Regierung jetzt nicht mehr. Die Albaner stellen immer neue, für die Regierung unerfüllbare Forderungen: neben der Verlegung der früheren Minister und jungtürkischen Führer in Anklagezustand bestehen sie auf der sofortigen Anerkennung der Autonomie in den von ihnen bestimmten Grenzen. Und sie sind im Begriffe, ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Zu Uesküb erwartet man jeden Augenblick, daß die Albanesen die Waffendepots plündern. Diese sind von starken Truppenabteilungen bewacht. Die Banken und die Handelshäuser haben den Geschäftsverkehr eingestellt. Truppen bewachen alle bedeutenden Punkte der Stadt. Albanesentruppen haben auch Köprülü besetzt und drohen auf Saloniki vorzurücken.

Diese Gefahr hat nun die Regierung zu einem energischen Vorgehen bestimmt. Sie hat den Albanesen in Köprülü ein Ultimatum gestellt und ihnen 24 Stunden Bedenkzeit gegeben, um sich zu zerstreuen. Falls sie nicht auseinandergehen, wird auf sie ein Angriff von fünf Bataillonen in Verbindung mit Artillerie gemacht werden.

Ob die Albaner vor dieser Drohung zurückschrecken werden, ist nach dem bisherigen Verlauf des Aufstandes wohl mehr als zweifelhaft. Damit rückt aber auch die Gefahr gewaltsamer Entscheidungen und auswärtiger Interventionen immer näher.

### Montenegro mobilisiert.

Konstantinopel, 19. August. Die Pforte erfährt, daß Montenegro die Reservisten der Artillerie mobilisiert und hat militärische Maßnahmen angeordnet, um einem plötzlichen Angriff vorzubeugen.

### Bombenfunde.

Saloniki, 18. August. In Köprülü wurde der Bulgare Jachridsch verhaftet, weil in seinem Hause Bomben hergestellt wurden. Die Polizei fand vier fertige Bomben und Material zur Anfertigung von Bomben.

Bahnwachposten entdeckten zwischen Kilkis und Sarigol zwei an den Schienen befestigte Bomben. Einen heranrückenden Personenzug konnten sie rechtzeitig aufhalten. Das Zugpersonal entfernte darauf die Bomben.

## Der sächsische Landesparteitag.

Im Dresdener Volkshause traten am Sonntag die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zu ihrer diesjährigen Landesversammlung zusammen. Die Tagung ist sehr stark besucht. Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten eingeschlossen, sind etwa 130 Vertreter, darunter einige Frauen, anwesend. Für den Parteivorstand ist Genosse Wollenhuth erschienen. Den Vorsitz führen Zeilner, Dresden und Lipinski, Leipzig.

Wollenhuth begrüßt den Parteitag mit einer eindrucksvollen Rede, in der er besonders auf das Treiben der Reaktion hinweist, die ein neues Zuchtengesetz erstrebt.

Den Bericht des Landesvorstandes, den wir im Auszug wiedergegeben haben, ergänzt der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Sindermann. Er bekämpft die Angriffe, die in Chemnitz und in Leipzig gegen die Tätigkeit des Landesvorstandes erhoben wurden. Daß die politischen Gegenstände in Sachsen immer mehr sich verschärfen, das beweisen die letzten Reichstagswahlen, die heftigere Kämpfe als je entzesselten und die enorme Kosten erfordert haben. Trotzdem war die Partei in der Lage, dem Parteivorstand noch erhebliche Summen zu überweisen. Ueber die Hälfte

der Arbeiterschaft in Sachsen ist gewerkschaftlich organisiert. Diese Macht erscheint den Unternehmern so gefährdend, daß sie laut nach einem Zuchtengesetz schreien. An der Spitze dieser Bestrebungen steht in Sachsen der Hansabund. Die Arbeiterschaft muß auf der ganzen Linie mobil gemacht werden, wenn die sich aufstürmenden Gefahren überwunden werden sollen. Wie weit in Sachsen der Terrorismus der Gegner bereits getrieben wird, das haben lehrhaft die bürgerlichen Sozialdemokraten Sachsens gezeigt, die die Flucht in die Öffentlichkeit ergreifen mußten. Die nationale Arbeiterbewegung in Sachsen ist lediglich eine Sache der Unternehmer; mit den Unsummen, die dafür ausgegeben wurden, hätte manche Lohnbewegung vermieden werden können. Mit allen Mitteln versucht man in Sachsen die freie Jugendbewegung zu unterdrücken. Die Verwaltung der Stadt Glauchau läßt die arbeitende Jugend einfach im patriotischen Turnverein einschreiben und bezahlt die Beiträge aus städtischen Mitteln. Die sächsische Arbeiterschaft wird auch mit diesen Bestrebungen fertig werden.

Der Landesklaffter Braun e bespricht sodann den glänzenden Kassenausschlag der Partei und verknüpft damit die Mahnung, in der Opferwilligkeit nicht zu erlahmen, denn die bedrohenden Kämpfe werden bedeutende finanzielle Anforderungen stellen. Der einzige Antrag, der der Landesversammlung vorliegt, in den Agitationskalender keine Inserate mehr aufzunehmen, wird vom Redner aus finanziellen Rücksichten bekämpft.

In der am Montag eröffneten Diskussion bemängelt Genosse Koste, daß die sächsische Parteipresse zwar dem Landesvorstand unterstellt ist, aber keinerlei Vertretungsrecht auf der Landeskonferenz hat. Redner ist mit dem generellen Vorschlag der gegnerischen Versammlungen nicht einverstanden. — Seeger, Leipzig bestreitet, daß ein genereller Vorschlag besteht. In Sachsen liegen aber die Dinge so, daß die Gegner nur dann noch volle Versammlungen bekommen, wenn unsere Parteigenossen sie besuchen. Den Gegnern volle Versammlungen zu schaffen, kann nicht unsere Aufgabe sein. Die sächsischen Fortschrittler hätten in das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes einbezogen werden sollen, denn durch ihre Schuld ist der Reichsverband Liebert gewählt worden. — Wendel, Frankfurt bekämpft unter teilweise lebhaftem Widerspruch des Parteitages, den Nichtbesuch gegnerischer Versammlungen. — Lipinski, Leipzig rechtfertigt den Versammlungsvorschlag mit dem Hinweis darauf, daß es ganz im Verliehen des Vorstehenden einer gegnerischen Versammlung liegt, ob er das Wort erteilen will oder nicht. Die Entscheidung über Besuch oder Nichtbesuch gegnerischer Versammlungen ist überdies völlig in die Hand der Leitung einzelner Kreise gestellt. — Seeger, Leipzig warnt davor, sich etwa der Illusion hinzugeben, daß die Partei in Sachsen nun ohne weiteres sich so sprunghaft weiter entwickeln werde. Der Ausfall der Stichwahlen in Sachsen hat bewiesen, daß die Liberalen aller Schattierungen völlig unsichere Kantonsisten sind, weshalb sie unausgesetzt in der schärfsten Weise zu bekämpfen sind. — Sindermann, Dresden polemisiert scharf gegen Koste und Wendel, denn mit dem Versammlungsvorschlag hat die Partei die besten Erfahrungen gemacht. — Nach einem kurzen Schlußwort Sindermanns wurde der Antrag, dem Kalender keine Inserate mehr anzufügen, abgelehnt.

Den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, der auch gedruckt vorliegt, erstattete Ullig, Jittau. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion zwei Sitze im Präsidium hat, beruht nicht auf einer Abflauung der Klassenengegenseite, sondern lediglich auf den unter den bürgerlichen Parteien vorhandenen Unstimmigkeiten. Der Referent gibt dann ein anschauliches Bild von der umfassenden Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion, aus der nur folgendes hervorgehoben sei: Die bürgerlichen Fraktionen sind im Bunde mit der reaktionären Regierung eifrig bestrebt, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Der sächsische Schulgesetzentwurf und die ins Auge gefasste Jugendpflege sind kassische Beispiele dafür. Die Volkshäuser in Sachsen soll auch fernschin den Charakter der Armenhäuser tragen. Wenn der Landtag so wenig brauchbare Arbeit geliefert hat, so liegt das nicht zum wenigsten an der Obstruktion der Konservativen. Wenn es sich um wirkliche Volksinteressen handelt, dann verfolgen regelmäßig auch die Nationalliberalen. Das Gemeindefeuergesetz ist direkt auf den Schutz der bestehenden Klassen zugeschnitten. Wenn einzelne Verbesserungen erzielt worden sind, dann hat die sozialdemokratische Fraktion sich das als Erfolg buchen. Einen Hemmschuh bildet die Erste Kammer. Wir dürfen nicht eine Reform dieser Kammer anstreben, sondern müssen ihre Beseitigung verlangen. Als erste unter den deutschen Regierungen war es die sächsische, die sich verpflichtete, für ein neues Zuchtengesetz einzutreten. Der kommende Winter bringt neue Kämpfe, die die sozialdemokratische Fraktion auf dem Posten finden werden.

Die Verhandlungen werden Dienstag zu Ende geführt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August 1912.

### Amerikale Geistesherrichtung.

Die Zentrumspreffe liebt es, sich über den Terrorismus der Sozialdemokratie zu ereifern. Sobald irgendein Mitglied der Sozialdemokratie in schwerer Weise gegen das sozialdemokratische Programm verstoßt und bestreben aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wird, erhebt die katholische Presse ein Zetergeschrei über den angeblichen Terrorismus und die sogenannte Unfreiheit im sozialdemokratischen Lager. Dabei ist niemand unfreier als ein gläubiger Zentrumsmann. Er hat nach der katholischen Kirchenlehre überhaupt nicht das Recht, in moralischen, politischen, künstlerischen und literarischen Dingen seine eigene Meinung zu haben, sondern hat unbedingt dem Gebot und der Auffassung zu folgen, die ihm von Rom als die allein richtige verkundet wird. Er muß sich sogar vorschreiben lassen, was er lesen und denken darf. Und der Klerus wacht dort, wo er die Macht hat, streng darüber, daß der einzelne seinen Anweisungen folgt und innerhalb des ihm gesteckten Rahmens denkt und handelt.

Mit welchen Mitteln die katholische Geistlichkeit ihre Herde beherrscht und sie im Bewußtseinszwang hält, zeigt folgende Karte, die der Vorstand des Duisburger katholischen Arbeitervereins an ein Mitglied dieses Vereins gerichtet hat, und die dem Duisburger „General-Anzeiger“ auf den Redaktionstisch geflogen ist:

G. B.

Laut Beschluß des letzten Delegiertentages ist es den Mitgliedern der kath. Knappen- und Arbeitervereine bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verein verboten, andere als kath. Zeitungen und Zeitschriften zu halten. Da Sie nun trotz mehrmaliger Warnung eine nicht-katholische Zeitung halten, ist der Vorstand gezwungen, Sie aus dem Verein auszuschließen. Beschwörbe hiergegen können Sie beim Präses erheben.

Dobg. i. B., 24. 7. 12.

Der Vorstand  
J. U. (Name unleserlich.)

Das betreffende Mitglied des katholischen Arbeitervereins wird also nicht deswegen ausgestoßen, weil es gegen Programm und Organisation gestreift hat, sondern nur, weil es eine nicht vom Klerus offiziell anerkannte, sonst aber sehr gemäßigte Zeitung liest — nämlich den Duisburger „General-Anzeiger“. Es soll nicht nur eine katholische Zeitung lesen, es darf daneben auch kein Blatt einer anderen Konfession und Parteirichtung halten, damit es das, was vorgeht in der Welt, nur in dem vom Klerus für passend erachteten und genehmigten Lichte sieht und nicht zu eigenem Denken angeregt wird. Sicherlich die gemeinste Geistes knechtung — und doch schreibt die Presse dieser Partei über sozialistischen und liberalen Terrorismus!

### 130 Millionen Mehrausgaben für den Militarismus im Jahre 1913.

Eine aus dem Reichskriegsamt stammende Korrespondenz macht Mitteilungen darüber, wie der Ueberschuß der Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1911/12 Verwendung finden soll. Es handelt sich um die ansehnliche Summe von 250 Millionen Mark. Aber der Militarismus wird spielend mit dieser Viertelmilliarde fertig. Im nächsten Jahre schon werden 130 Millionen Mark von ihm verschlungen. Zu den früheren fortlaufenden Ausgaben treten zunächst die Mehrausgaben, welche für das Meer nach dem Friedenspräsenzgesetz von 1911 und für die Flotte nach dem Flottengesetz von 1906 im ordentlichen Etat schon zu gewärtigen waren. Sie belaufen sich für das Meer auf 18, 8, für die Flotte auf 29, 7 Millionen Mark. Dazu treten weiterhin an fortdauernden Mehrausgaben aus Anlaß der Wehrvorlagen für das Meer 49 Millionen, für die Marine 7 Millionen Mark. Und endlich kommen dazu die durch die Befehle zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom Jahre 1911 sowie durch die Novelle zum Flottengesetz vom Jahre 1906 entstehenden einmaligen Mehrausgaben. Diese einmaligen Ausgaben stellen sich im nächsten Jahr für das Meer auf 52, für die Marine auf 22 Millionen Mark, zusammen auf 74 Millionen Mark. Zusammen ergibt sich also eine Mehrbelastung des Heeres- und Marineetats aus Anlaß der Wehrvorlagen im nächsten Jahre von 130 Millionen. Der dann noch von dem Riesenüberschuß verbleibende Rest von 120 Millionen wird schon sehr bald den gleichen Weg wandern. Der Militarismus war im Fordern nie verlegen.

### Blöde Gehe.

In den letzten Tagen haben zwei französische Pflieger die deutsche Grenze überflogen und eine Strecke über elsfassischem Gebiet zurückgelegt. Um die Sache aufzuklären, war auch gleich die Sensationsemelung ausgeteilt worden, daß die Pflieger Auftrüge an die elsfassische Bevölkerung, den französischen Pfliegerfonds durch Sammlungen zu stärken, heruntergeworfen hätten. Diese Meldung hat sich inzwischen als harter Schwindel herausgestellt. Trotzdem wünscht die „Tägl. Rundschau“ eine „nähere Feststellung“, ob die Pflieger unserer Grenzmark Festungswerke überflogen und photographiert hätten. Im Anschluß daran fordert sie, daß bekanntgemacht werde, daß Pflieger, die trotz des Verbotes Festungen überfliegen, einfach bezuht, gefesselt und hingerichtet werden. Denn sonst mache sich eines schönen Tages ein Duzend französischer Pflieger auf und am selben Abend seien die Franzosen bereits im Besitz sämtlicher Festungspläne, soweit sie aus der Vogelschau aufgenommen werden könnten.

Den Anstich, daß so ohne weiteres wichtige Festungsgeheimnisse durch photographische Aufnahmen vom Flugapparat aus enthüllt werden könnten, haben wir schon früher unter Berufung auf die Ansicht unverdächtiger Sachleute zurückgewiesen. Es bleibt also von dem Rotschrei der „Tägl. Rundschau“ nichts als eine unverschämte Drohung gegen Frankreich übrig. Dabei haben auch bereits deutsche Offizierspflieger mehrfach die französische Grenze überflogen! Einer von ihnen landete sogar in Frankreich, ohne daß sich deshalb die französische Presse aufgeregt hätte. Das Blatt der deutschen „Gebildeten“ ist also chauvinistischer als der „Matin“ und die französische Hefepresse!

### Das Pluralwahlrecht in Hessen.

Im Großherzogtum Hessen hat die bündlerisch-nationalliberal-ultramontane Landtagsmehrheit vor einem Jahre das gleiche Wahlrecht bestritten und an dessen Stelle ein Pluralwahlrecht gesetzt, das jedem über 50 Jahre alten Wähler zwei Stimmen gibt. Als der Genosse Uebeling bei der diesjährigen Budgetberatung den Nachweis führte, daß das Pluralwahlrecht eine Benachteiligung der Winderbemittelten zugunsten der Reichen bedeute, weil die Sterblichkeitsziffer in der Arbeiterbevölkerung eine größere sei und verhältnismäßig viel weniger Arbeiter über das 50. Lebensjahr hinauskommen wie Angehörige der besitzenden Stände, da rief der Abg. Dr. Weber, der Führer der Bauernbündler: „Deshalb haben wir es ja gemacht!“ Dieses brutale Vorgehen wurde natürlich von unseren Genossen sofort unterstrichen.

Nun hat aber ein junger Mainzer Jurist, Dr. A. Lion, Berechnungen über die Wirkung des hessischen Pluralwahlrechts angestellt, deren Ergebnis er in einem Aufsatz im „Archiv des öffentlichen Rechts“ niedergelegt. Er hat seine Berechnungen auf Grund der amtlichen Wahlstellen mit Unterstützung der Zentralstelle für Statistik gemacht und ist zu dem Resultat gekommen, daß sich die Doppelstimmen folgendermaßen auf die Parteien verteilen:

Bauernbund . . .	58,23 Proz. Pluralstimmen
Zentrum . . .	56,67
Nationalliberale . . .	55,10
Fortschrittler . . .	51,37
Sozialdemokraten . . .	39,10

Die Entziehung der minderbemittelten Volksstimmen — aus denen sich doch fast ausschließlich die Wählerkraft der Sozialdemokratie rekrutiert — beträgt also allein infolge des Pluralwahlrechts 12—20 Proz. Dazu kommen noch die Anteile an Anwartschaftsdauer, Steuerleistung und Armenunterstützung. Der Verfasser gibt denn auch an, daß die Benachteiligung der Sozialdemokratie durch das Altersstimmrecht zum Teil auf die größere Sterblichkeit in Arbeiterkreisen zurückzuführen sei; er meint aber, daß auch ein großer Teil der Sozialdemokraten in reiferem Alter sein Programm mit einem „gut bürgerlichen“ vertauscht. Wie irrig diese letzte Annahme ist, lehrt ein Blick auf die von einzelnen Parteiorganisationen aufgenommene Statistik. Die Zahl der Personen, die in späterem Alter sich von der Partei abwenden, ist sehr gering. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß das Alterspluralwahlrecht eine Entziehung der Winderbemittelten in sich schließt.

### Kein Großstadt-Konservatismus.

Die „Kreuz-Zeitung“ weist in ihrer Wochenrundschau vom 18. August die Zumutung energisch zurück, die konservative Partei solle ihr Programm abändern und die großstädtischen Bedürfnisse mehr berücksichtigen:

„Zugegeben, daß für die konservative Partei die Notwendigkeit vorliegt, in den Städten vorzudringen und sich dort eine möglichst starke Position zu schaffen, so sind die Maßschläge, die man ihr zu diesem Zwecke erteilt, völlig verfehlt. Das Festhalten auf ihren Grundlagen ist es, was den Konservatismus schließlich zum Siege führen wird.“

Deshalb sollte man auch mit Forderungen einer Programmrevision recht vorsichtig sein. Wir brauchen wahrlich unser Programm zugunsten des Großstadt-Konservatismus nicht abzuändern. Und wenn wir auch nicht bestreiten, daß in dem Zivilisierungsprogramm, das in manchen Punkten zu sehr auf die Betonung von Einzelforderungen sich eingelassen hat, manches veraltet und daher entbehrlich geworden ist, so können wir die Notwendigkeit einer gründlichen oder gar grundsätzlichen Programmabänderung nimmermehr zugeben. In dieser Sache fühlen wir uns einig sowohl mit unserer Parteileitung als auch mit den letzten Partei- und Delegiertentagen, die eine Programmrevision nach der von uns angedeuteten Richtung als erforderlich erachtet und bereits in die Wege geleitet haben. Völlig verfehlt ist das Verlangen, das unseren Liberalen immer ganz besondere Freude macht — die Parteistellung in den Agrarfragen abzuändern. . .“

Es muß zugestanden werden, daß diese Erklärung wenigstens ehrlich ist. Die konservative Partei ist agrarisch oder sie ist überhaupt nicht. Ein Großstadt-Konservatismus, der vorgibt, die Interessen der städtischen und industriellen Bevölkerung wahrzunehmen, wird immer Heuchelei bleiben.

### Die Handhabung des Verächtlichungsparagrafen.

Die „Bergarbeiterzeitung“ hatte seit geraumer Zeit den vielfachen Verächtlichungen, die sie von den verschiedensten Bescheidverwaltungen bei jeder Kleinigkeit bekommt, und die fast ausschließlich auf Veranlassung oder auch gar unter Mitwirkung des Bescheidverbandes zustande kommen, die Anmerkung vorausgeschickt oder angefügt, daß nach oberlandesgerichtlichen Entscheidungen Verächtlichungen auch aufgenommen werden müssen, wenn sie nicht wahr sind.

Durch solche Anmerkungen hatten sich die Direktoren Kanderbrod und Kleine von der Zeche Jollern und in einem anderen Falle der Betriebsführer Hammer von der Zeche Constantin beleidigt gefühlt und der Staatsanwalt erhob im öffentlichen Interesse Offizialklage. Die Anklage debuzierte: durch solche Anmerkung werde den Verächtlichen der Vorwurf gemacht, daß sie bewußt etwas Falsches behaupten.

Das Schöffengericht Bochum, das sich in erster Instanz mit der Sache zu befassen gehabt hatte, war in der Prüfung der Richtigkeit der behaupteten Tatsachen selbst eingetreten, obgleich es eigentlich nur auf die rein juristische Frage ankam, ob durch die in Rede stehende Anmerkung rein tatsächlicher Natur eine Verächtlichung begangen werden kann.

Der verantwortliche Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“, Wagner, hatte geltend gemacht, daß ihm selbstverständlich die Ansicht der Verächtlichung ferngeliegen habe, um so mehr, als er als Bergmann ja wisse, daß nach Lage der Dinge die Direktoren gar nicht alles das, was sie in den von ihnen gezeichneten Verächtlichungen behaupten, aus eigener Wahrnehmung wissen können. Das Schöffengericht kam trotzdem zu einer Verurteilung wegen Verächtlichung, indem es sich auf das Ergebnis der gepflogenen Beweisaufnahme stützte. Diese hatte im ersten Falle ergeben, daß der Angeklagte tatsächlich im wesentlichen falsch unterrichtet worden war, während im zweiten Falle die Richtigkeit der Darstellung der „Bergarbeiterzeitung“ im wesentlichen erwiesen wurde. Das Urteil lautete in Hinsicht auf die Vorstrafen auf 300 bzw. 100 R. Geldstrafe.

In der Verurteilungsverhandlung machten der Angeklagte wie der Verteidiger geltend, daß die verantwortlichen Redakteure infolge jener oberlandesgerichtlichen Entscheidungen in eine ganz prekäre Lage kommen. Danach seien sie selbst dann zur Aufnahme der Verächtlichung in die nächste Nummer ihres Blattes verpflichtet, wenn sie wissen, daß die Verächtlichung nicht wahr sei. Es müsse dem Redakteur deshalb unbedingt das Recht zuerkannt werden, auf diese Redaktionsnotwendigkeit aufmerksam zu machen, denn er habe sein Blatt und seine Gewährsmänner den Lesern gegenüber zu beden. Jedenfalls könne nicht verlangt werden, daß er seine Mitarbeiter desavouiere, bevor er ihnen auch nur Gelegenheit habe geben können, sich zu der Verächtlichung zu äußern, die ihm doch im allgemeinen kaum glaubhafter erscheinen werde, wie die Angaben seines Gewährsmannes.

Die Beweisaufnahme über die behaupteten bzw. bestrittenen Tatsachen selbst war im wesentlichen dieselbe wie in der Vorinstanz. Von erheblichem Interesse war jedoch eine Aussage des Direktors Kleine. Dieser mußte auf Befragen unter seinem Eide zugeben, daß er in den von ihm unterzeichneten Verächtlichungen behaupteten Tatsachen nicht aus eigener Wahrnehmung kennt, sondern daß er sich auf die Berichte seiner Beamten verläßt.

Wertwürdigerweise war auch das Verurteilungsgericht der Ansicht, daß durch die einfach informatorische Anmerkung: „Verächtlichungen brauchen nicht wahr zu sein“ eine Verächtlichung verübt sei. Es verwarf daher die Verurteilungen.

### Polizeiliche Radelstiche.

Die Politik der Radelstiche ist bei der Breslauer Polizei äußerst beliebt. In der diesjährigen Weisereversammlung der Breslauer Arbeiterkammer im Gewerkschaftshause wollte der überwachende Polizeikommissar Gottlieb Sinniol wahrnehmen lassen, daß einige Ausgangstüren des großen Saales verschlossen waren und vor einer Tür sogar ein Tisch mit Stühlen stand. Ein Schutzmann mußte sich davon überzeugen, ob die Türen geöffnet werden können. Dieser rüttelte an der einen Tür, verschob aber den dort angebrachten Hebel herunterzubrüden, weshalb die Tür nicht aufging. Als darauf der Kommissar den Versammlungsleiter, Genossen Rasch, von der „verschlossenen Tür“ Mitteilung machte, erbot sich dieser, ihm zu beweisen, daß die Tür unverschlossen und leicht zu öffnen sei. Davon wollte sich anscheinend der Kommissar nicht überzeugen, weshalb Genosse Rasch einige in der Nähe der Tür stehende Genossen bat, die Tür zu öffnen, was auch ohne Schwierigkeit geschah. Trotzdem folgte ein Strafmandat wegen Übertretung der polizeilichen Vorschriften. Dagegen wurde Widerspruch erhoben. In der Verhandlung wurde der Sachverhalt so, wie hier geschildert worden ist, festgestellt. Der Herr Kommissar behauptete trotzdem frank und frei, daß der angeklagte Genosse Rasch eine Veränderung an der Tür vorgenommen haben müsse, bevor er seine Genossen mit deren Öffnung beauftragte. Auf die Frage des Verteidigers, warum er nicht das Begrämen der Stühle vor der Tür vor Beginn der Versammlung gefordert habe, weil doch die Polizei nicht dazu da sei, Übertretungen anzuzeigen, sondern auch vorzubringen, erwiderte der Kommissar: „Sie prüfen mich ja hier wie einen Rekruten!“

Dem Amtsanwalt, der in der Verhandlung gar zu offensichtlich die Partei des Kommissars wahrnehmen wollte und deshalb vom Vorsitzenden ganz energisch zurückgewiesen wurde, genügte es, daß Stühle vor der Saaltür standen, um eine Strafe von 10 R. zu beantragen. Das Gericht erkannte auf 5 R.

### Bedrohliche Lage in Marokko.

Die Situation in Marokko gestaltet sich für die Franzosen immer kritischer. Im Süden macht der Präsident El Giba rasche Fortschritte. Die Kolonne Mangin, die am 16. August in Dul el Arba bei Rehamma lagerte, mußte Angriffe umherstreifender Banden zurückschlagen. Ein größerer Kampf spielte sich in der Nähe des Lagers ab,

wo eine Kompanie Senegalküchen, die von einigen hundert Reitern angegriffen worden war, in ein mehrstündiges Gefecht verwickelt wurde, bis die Ankunft von Verstärkungen den Kampf zugunsten der Franzosen beendete. Auf französischer Seite gab es zwei Tote und 25 Verwundete. Die Verluste des Feindes waren beträchtlich. Die Lage im Duffalagebiet soll infolge der von den Abgesandten El Giba bei den Stämmen betriebenen Agitation wieder einen ersten Charakter anzunehmen beginnen. Jedenfalls sehen sich die Franzosen gezwungen, Marrakesch aufzugeben. Der französische Konsul hat Anweisung erhalten, die Stadt zu verlassen. Die Streitmacht El Giba befindet sich in der Nähe der Stadt. Dieser können etwa 1000 Mann, die sich aus regulären Truppen sowie Mannschaften El Glauis und Mtugis zusammensetzen, gegenübergestellt werden.

Kritisch sieht es aber auch im Norden von Fez aus, wo der Rhogi die Franzosen immer aufs Neue beschäftigt. In Paris beginnt man unruhig zu werden, da man damit rechnet, die Okkupationsarmee beträchtlich verstärken zu müssen.

### China.

#### Die Hinrichtung der revolutionären Generale.

Shanghai, 19. August. Dr. Sunhatsen ist nach Peking abgereist. General Guangsin Sing, der ihn begleitete, weigerte sich im letzten Augenblick mitzufahren, um gegen die Hinrichtung der Hankauer Generale durch Yuanshikai zu protestieren. Sunhatsen selbst wurde dringend aufgefordert, die Reise aufzugeben.

### Amerika.

#### Die Panamakanalfrage.

Washington, 19. August. Präsident Taft hatte eine längere Besprechung mit dem Kabinett über die Panamakanalbill. Obgleich von einer Entscheidung noch nichts berichtet wird, ist Taft, wie es heißt, geneigt, der Bill zuzustimmen, ist aber bestrebt, daß eine Verfügung getroffen werde bezüglich einer gesetzlichen Prüfung der Klausel, die amerikanischen Schiffen Befreiung gewährt. Das Kabinett soll, wie verlautet, mit Taft eines Sinnes sein, daß die Bill mit dieser Klausel mit dem Hay-Pauncefote-Vertrage nicht übereinstimme. Man sagt, daß es für Taft voraussichtlich schon zu spät sei, die Bill abzuändern. Deshalb müsse ein Eingreifen seinerseits die Form eines Veto annehmen, sofern nicht die Führer der beiden Parteien sich auf einen später zu fassenden Beschluß einigten und dadurch zeigten, daß die Vereinigten Staaten mit der Annahme der Panamakanalbill nicht die Absicht verbänden, den bestehenden Vertrag mit Großbritannien aufzuheben. Ein derartiger Beschluß würde fremden Dampfschiffahrtsgesellschaften erlauben, bezüglich der Gültigkeit der Ate die Gerichte der Vereinigten Staaten anzurufen.

### Soziales.

#### Häufige Jahre Wanderungen.

Die Wanderungen sind ein außerordentlich wichtiger Vorgang in der Bevölkerungsbewegung. Sie wirken nicht nur auf Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung erheblich ein, sie hinterlassen auch merkbare wirtschaftliche Spuren. Deshalb ist eine Untersuchung, die das bayerische Statistische Landesamt über den Einfluß der Wanderungen auf Bayern und seine Gemeinden angestellt hat, dankbar zu begrüßen. Die Untersuchung erstreckt sich auf einen Zeitraum von 50 Jahren und liefert deshalb Resultate von allgemeinem Werte. Die in der Abhandlung ausgeführt wird, wird die von Natur günstige Bevölkerungsentwicklung Bayerns durch zwei Erscheinungen wesentlich beeinträchtigt: einerseits durch die stellenweise hohe Säuglingssterblichkeit, die einen großen Teil der Geborenen vorzeitig hinweggerafft, andererseits durch die dauernde Volksabnahme, die einzelne Gegenden des Landes im Wanderungsverkehr mit den übrigen Landesteilen und das Königreich im ganzen beim Bevölkerungsaustausch mit anderen Ländern erleidet. Die Binnenwanderungen entfalten seit langen Jahrzehnten vielen Landbezirken einen Teil ihrer Stammbevölkerung, um ihn den Städten (insbesondere den Großstädten) oder andern, wirtschaftlich rascher fortschreitenden Landgegenden zuzuführen. Die erhöhte Abwanderung aus zahlreichen Landgemeinden hat namentlich in den nördlich von der Donau gelegenen Gebieten dazu geführt, daß die Bevölkerung vielfach nur langsam sich entwickelt, stellenweise sogar abnimmt. Diese ungünstige Entwicklung beschränkt sich nicht auf einzelne Gemeinden. Eine Reihe ganzer Landbezirke (Bezirksämter) hat heute weniger Einwohner als vor 50 Jahren. In anderen Gegenden ist zwar während dieser Periode eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, doch ist sie so gering, daß sie nur als Zeichen des beginnenden Rückgangs betrachtet werden kann. Im Gegensatz dazu weisen die Städte (vor allem München, Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen) sowie einige in industriellen Zentren oder am Fuße der Alpen gelegene Gebiete ein starkes Wachstum auf. Vom Gesamtumfang der inneren Wanderung bekommt man eine Vorstellung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von der im Jahre 1900 in Bayern gezählten und hier auch gebürtigen Bevölkerung, die 5 870 000 Seelen umfaßte, rund 2 880 000 (also mehr als 40 Proz.) außerhalb ihrer Geburtsgegenden ermittelt wurden. Während die inneren Wanderungen zunächst nur eine Verchiebung der Siedlungsverhältnisse im Lande selbst hervorriefen, wodurch allerdings die Entvölkerung einzelner Gegenden bedingt wird, verursachen die äußeren Wanderungen wegen der stärkeren Ab- als Zuwanderung dem Königreich als Ganzem erhebliche Bevölkerungsverluste. In früheren Jahrzehnten hatte die Uebersee-Auswanderung, besonders nach den Vereinigten Staaten von Amerika, Wanderungseinbußen für das Königreich im Gefolge. Seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts richtete sich die Auswanderung vornehmlich nach anderen Teilen des Reichsgebiets. Waren nicht vereinzelt Wanderungsgewinne zu verzeichnen, so namentlich im Bevölkerungsverkehr Bayerns mit Oesterreich-Ungarn und mit Württemberg, so würde der gesamte Verlust des Königreichs noch weit größer sein. Aber auch so weist die bayerische Wanderungsbilanz von 1837 bis 1910 eine Volksabnahme von rund 800 000 Personen auf, die durch mehr Ab- als Zuwanderung dem Lande verloren gingen. Die Wanderbewegung bedeutet einen wirtschaftlichen Umwandlungsprozeß. Wie das amtliche Werk auf Grund der Ergebnisse der Verfassungszählung von 1907 ziffernmäßig für die inneren und äußeren Wanderungen nachweist, vollzieht sich Hand in Hand mit dem Zug in die Städte ein Abfluten aus der Landwirtschaft in gewerbliche Berufe. Sowohl im Lande selbst wie außerhalb desselben strömt die Hauptmasse der bayerischen Wanderbevölkerung gewerblichen und kaufmännischen Berufen zu. Natürlich bleibt die geschilderte Bevölkerungsentwicklung nicht ohne entsprechende Auswirkung auf die Steuerkraft. Auch darüber bietet die Arbeit statistische Belege. Sie zeigt, wie in Verbindung mit nur langsam zunehmender oder stagnierender Einwohnerzahl die Steuererträge während der letzten Jahrzehnte sich nur unwesentlich verändert haben, während in den kräftig fortschreitenden Gegenden die steuerliche Leistungsfähigkeit sich unverhältnismäßig rascher vermehrt hat als die Bevölkerung. Insofern sind die Wanderungsercheinungen beachtenswerte Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung oder Entkräftung gewisser Landteile. — Von großem Interesse wäre eine Ausdehnung dieser Untersuchung auf das ganze Reich. Wanderungsuntersuchungen werden zwar schon von Zeit zu Zeit vom Reichsstatistischen Amte angestellt, sie können aber natürlich bei weitem nicht zu so wertvollen Resultaten kommen wie eine Untersuchung, die sich über einen Zeitraum von 50 Jahren erstreckt.

# Gewerkschaftliches.

## Der Minimallohn im britischen Bergbau.

London, 17. August. (Fig. Ber.) Am 15. und 16. August wurde in Wadpool eine Konferenz der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens abgehalten, die sich mit den Resultaten des Minimallohngesetzes befahte. Die Berichte, die die Delegierten der verschiedenen Distrikte der Konferenz unterbreiteten, lauteten fast allgemein, daß die Handhabung des Gesetzes seitens der Arbeitgeber und der Schiedsrichter höchst unbefriedigend sei. Nur in wenigen Revieren arbeitet das Gesetz ohne außergewöhnliche Reibung. In Nordengland (Durham und Northumberland) beklagen sich die Arbeiter über die von dem Schiedsrichter festgesetzten Statuten, nach denen ein Arbeiter, der nicht 100 Proz. aller Schichten verfährt und keine vernünftige Entschuldigung für sein Fernbleiben angibt, des Rechtes auf den Minimallohn verlustig geht. In fast allen anderen Revieren wird nur 80 Proz. verlangt. Weiter wird darüber beklagt, daß die Schiedsrichter in den weitaus meisten Fällen den unterirdisch beschäftigten Tagelöhnern den Minimallohn von 5 Schilling nicht gewährt haben, und daß sie bei der Festsetzung der Sauerlöhne die herrschenden Durchschnittslöhne nicht gebührend berücksichtigt haben, wie es das Gesetz verlangt. In vielen Fällen haben es die Unternehmer auch unterlassen, den Arbeitern die Lohnrückstände zu bezahlen, die aus der Zeit zwischen der Annahme des Gesetzes und der Festsetzung des Minimallohnes stammen. Manche Arbeitgeber stellen sich auf den Standpunkt, daß jeder Arbeiter diese Rückstände einzeln einfordern müsse. Wiederum gibt es Arbeitgeber, die dem Akkordarbeiter nicht den gesetzlichen Minimallohn, sondern nur den verdienten Lohn ausbezahlen; sie erklären, jeder Arbeiter, der nicht auf den Minimallohn komme, müsse beweisen, daß er zu dem Minimallohn laut dem Gesetz berechtigt sei. Die Bergarbeiter hingegen behaupten, daß es die Pflicht des Arbeitgebers sei, falls er den Minimallohn nicht zahlen wolle, den Fall vor das lokale Komitee zu bringen. In Wacashire hat man Arbeitern den Minimallohn bezahlt und sie dann entlassen. Auch sind viele Fälle vorgekommen, in denen die Arbeitgeber Arbeiter durch Bestechung oder Drohung bewegen, sich als untüchtige Arbeiter bezeichnen zu lassen, um so das Gesetz zu umgehen (contract out). Was weiter zu der Unzufriedenheit der Bergarbeiter beiträgt, ist die neue Praxis einiger Arbeitgeber, von dem Arbeitsführenden Zeugnisse zu verlangen. In Südwales hat das Minimallohngesetz die Arbeitgeber veranlaßt, die monatliche Kündigungsfrist abzuschaffen. Bis vor dem großen Streik konnte dem südwalisischen Bergarbeiter die Arbeit nur am ersten des Monats gekündigt werden und dann wurde er erst am Ende des Monats entlassen. Jetzt besteht dort überhaupt keine Kündigungsfrist mehr und die Unsicherheit der Existenz hat zugenommen.

Nach dem unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommenen Beratungen nahm die Konferenz folgenden Beschluß an:

Nach Beratung der Berichte von den Distrikten über die Wirkung des Minimallohngesetzes und über die damit verbundenen Lohnsätze und Statuten drückt diese Konferenz ihre große Unzufriedenheit mit denselben aus, und zwar insbesondere mit folgenden Punkten:

a) mit dem Umstande, daß die Schiedsprüche mit wenigen Ausnahmen den niedrig bezahlten erwachsenen Arbeitern den Tagelohn von 5 Schilling nicht zuerkannt haben, und daß die Schiedsrichter in vielen Fällen bei der Festsetzung des Minimallohns die Durchschnittslöhne der Akkordarbeiter nicht in billiger Weise berücksichtigt haben;

b) mit den Schiedsprüchen, die die Berechtigung zum Minimallohn davon abhängig machen, daß der Arbeiter 100 Proz. der Schichten verfährt;

c) mit der ernstlichen Verzögerung, die viele Werksbesitzer bei der Bezahlung der gemäß den Schiedsprüchen geschuldeten Lohnrückstände haben eintreten lassen.

Und weiter beurteilt die Konferenz scharf die Handlungsweise der Werksbesitzer, die Arbeiter durch Zwang oder Bestechung bewegen, die Bestimmungen des Gesetzes zu umgehen, indem sie sie entweder entlassen oder ihnen Arbeit verweigern oder ihnen ein höheres Gehalt oder Prozentzuschläge anbieten.

Die Distrikte werden daher beauftragt, dem Generalsekretär über die weitere Wirkung des Gesetzes in ihrem Revier ausführlich Bericht zu erstatten; alle Distrikte müssen ihm derartige Berichte zustellen, und danach soll der Exekutivausschuß ermächtigt sein, eine weitere Konferenz anzuberaumen, die sich mit irgendwelchen Schwierigkeiten, die dann bestehen mögen, zu befassen hat. Inzwischen soll der Exekutivausschuß jedem Distrikt, der sich den Bestimmungen der Arbeitgeber, die Bestimmungen des Gesetzes zu brechen oder zu umgehen, widersetzt, alle mögliche Hilfe angedeihen lassen.

Diese einstimmig angenommene Resolution war ein Kompromiß zwischen denen, die eine unmittelbare Aktion zur Abstellung der Beschwerden forderten, und denen, die die weitere Wirkung des Gesetzes noch abwarten wollten. Es dürfte in der nahen Zukunft zu größeren lokalen Kämpfen kommen, in denen, wie aus der Resolution ersichtlich, das Gewicht der ganzen Föderation zugunsten ihrer einzelnen Teile in die Waagschale geworfen werden wird.

## Berlin und Umgegend.

### Die Aussperrung im Dachdeckergerwerbe.

Eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der Dachdecker Groß-Berlins nahm den Situationsbericht des Vorsitzenden Görnlich entgegen. Seit der letzten Versammlung hat der Kampf sich auf vier weitere Betriebe erstreckt, wo die schriftliche Anerkennung des Tarifs abgelehnt wurde, so daß jetzt bei 46 Firmen die Arbeit ruht. 23 Firmen, die 160 Arbeiter beschäftigen, haben ausgesperrt. Es sind zurzeit ausgesperrt und ausständig 274 Arbeiter, wozu noch 157 Arbeitslose kommen. Es sind demnach zusammen 431 zu unterstützende Mitglieder vorhanden. Die Arbeitgeber haben sich nun, obgleich ein paritätischer Arbeitsnachweis besteht, eine eigene Stellenvermittlung eingerichtet, um sich gegenseitig unorganisierte Arbeiter zuzuführen.

In den Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in der in entscheidendster Weise zum Ausdruck kam, daß die Dachdecker Groß-Berlins so lange den Kampf fortsetzen werden, bis ihre ebenso berechtigten wie berechtigten Forderungen auf der ganzen Linie bewilligt sind.

### Tariffbewegung in den Buchdruckmaschinenfabriken.

Die in den Buchdruckmaschinenfabriken beschäftigten Arbeiter nahmen in einer am Sonntag abgehaltenen vollzähligen besuchten Versammlung den Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen.

Hande berichtete, daß, nachdem vor vier Wochen eine Kommission beauftragt sei, in Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten, am 2. August eine Sitzung mit den Beauftragten der Arbeitgeber stattgefunden habe. Diese haben jedoch zu dem ihnen vorgelegten Entwurf einen hartnäckig ablehnenden Standpunkt eingenommen. Ja, sie vertritt sogar die Ansicht, wenn Sonnabends 1 Stunde und vor den hohen Festen 2 Stunden früher aufgehört werden solle — unter Fortzahlung des Lohnes — dann mancher Arbeitgeber seine Existenz in Frage stelle. Dabei führte Hande weiter aus, habe z. B. die Firma Rodtrock u. Schneider im letzten Jahre 9 Proz. Dividende, gegen 7 Proz. im Vorjahre zur Verteilung gebracht, bei einem Reinerlösbetrag von 450 000 M. Denselben ablehnenden Standpunkt haben die Unternehmer auch bei den vorgeschlagenen Stundenlöhnen eingenommen. Nachdem bei den Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte, ist jetzt von den

Arbeitgebern ein Entwurf eingegangen. Nach diesem wollen sie für Schlosser statt der verlangten 70 Pf. pro Stunde 55 Pf., für Dreher statt ebenfalls 70 Pf. 60 Pf., für Monteure statt 75 Pf. 70 Pf., für Hilfsarbeiter statt 55 Pf. 45 Pf. gewähren. Für jung ausgeleitete Schlosser bezw. Dreher 60 Pf. 40 bis 55 Pf. je nach Leistung. — Diese Vorschläge kann man jedoch nicht mehr als zeitgemäß betrachten, da selbst Hauskloster heute schon einen Stundenlohn von 60 Pf. beziehen und man doch in der Buchdruckmaschinenbranche nur die allerintelligentesten Arbeiter gebrauchen könne. Er könne darum die Vorschläge nicht empfehlen, es müßte diesmal etwas zustande kommen, was man als annehmbar bezeichnen könne.

In der folgenden Diskussion wurden sämtliche Vorschläge der Arbeitgeber einstimmig abgelehnt, mit Ausnahme des Paragraphen, der die Bezahlung der Ueberstunden behandelt.

Die Kommission unterbreitete sodann der Versammlung einen neuen Entwurf, der von den ursprünglichen Forderungen etwas nachläßt. Für Schlosser und Dreher werden 65 Pf., für Monteure und Schirmer 70 Pf., für Hilfsarbeiter 50 Pf., für jung ausgeleitete Schlosser und Dreher 55–60 Pf. pro Stunde verlangt. Diese Vorschläge werden von der Versammlung einstimmig angenommen.

Diese Forderungen sollen den einzelnen Firmen am Dienstag vorgestellt und bis Freitag unterschrieben zurückverlangt werden. Nächsten Sonntag findet abermals eine Versammlung statt, in welcher endgültig Beschluß gefaßt werden soll. Die Versammelten ließen keinen Zweifel darüber, daß von den jetzt aufgestellten Forderungen unter keinen Umständen abgegangen werden darf. Der Wille zur Einigung ist vorhanden. Jetzt liegt es an den Arbeitgebern, ob Krieg oder Frieden im Buchdruckmaschinengewerbe herrschen soll. Es ist endlich an der Zeit, daß auch dieser Branche das zukommt, was ihr zusteht.

**Aktion, Brauereiarbeiter!** Die Differenzen mit der Bergbauerei Rader u. Co. in Weikensee sind zur Befriedigung der Beteiligten behoben. Die Arbeit wurde heute früh von sämtlichen Streikenden wieder aufgenommen.

Die Sperre über die Bergbauerei in Weikensee ist hiermit aufgehoben.

Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

## Deutsches Reich.

### Die gelbe Seuche im Schwerfahrwerksgewerbe.

Die Fuhrherren-Zentrale geht nunmehr, durch die erfolgreiche Tätigkeit des Deutschen Transportarbeiterverbandes aufgehoben, zu der Gründung einer gelben Organisation ihrer Arbeiter über, nachdem in letzter Zeit Vertragsbrüche seitens der Unternehmer an der Tagesordnung waren. Dieselben werden auch von Herrn Wed., dem Vorsitzenden der Zentrale und Protokoller des kommenden gelben Vereins in einem Aufruf, den er verfaßt hat, offen zugegeben und verteidigt. Was der Herr in dem Schreiben von dem „leidigen Ueberstundenwesen“ sagt, zeigt, daß vor allem die tariflich gestandene Bezahlung der Ueberstunden es den Unternehmern angetan hat. Angeblich sollen eine Anzahl Arbeiter an die Herren mit der Bitte herangetreten sein, doch einen, von den Unternehmern ausgehaltenen Unterstützungsberein zu gründen. Dieser „Bitte“ wollen die Unternehmer allergnädigst willfahren. Beiträge brauchen die Arbeiter in diesem Verein nicht zu zahlen.

In einer kürzlich abgehaltenen und fast nur von Fuhrherren und deren Buchhaltern besuchten Versammlung wurde das Projekt verurteilt und debattiert. Einige Arbeiter, die den Referenten gehörig heimleuchteten, suchten dieser mit der billigen Bemerkung abzutun, daß es Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes seien. Es liegt an den Arbeitern des Fuhrerwesens, diesen heimtückischen Schlag abzuwehren und Mann für Mann sich dem Deutschen Transportarbeiterverband — soweit sie noch nicht Mitglieder desselben sind — anzuschließen.

### Streik in der Kartonnagenindustrie in Annaberg-Buchholz-Sehma.

Am Sonnabend, den 17. August legten in der Wehrzahl der Betriebe die Kartonnagenarbeiter genannter Orte die Arbeit nieder, weil die Fabrikanten trotz mehrmaliger Verhandlungen den Akkordarbeitern keine zufriedenstellenden Zugeständnisse machten. Die Fabrikanten wollen, wie im Jahre 1907, auf die schlechtbezahlten Muster eine entsprechende Erhöhung eintreten lassen. Die Akkordarbeiter haben aber 1907 mit diesem Versprechen so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie diesmal darauf nicht eingehen wollen, sie verlangen eine prozentuale Erhöhung der Löhne oder Garantielöhne. Bemerkenswert sei, daß die Ausarbeitung eines Akkordtarifs bei den Tausenden von Mastern auf sehr große Schwierigkeiten stößt. Die Löhne der Akkordarbeiter sind weit schlechter als die der im Lohn beschäftigten, sie betragen zumeist unter 20 M. pro Woche. Daß die Löhne so niedrig sind, sehen schließlich auch die Fabrikanten ein. Um sie höher erscheinen zu lassen, versetzen die Unternehmer auf einen sonderbaren Berechnungsmodus: sie berechnen die jährlichen Arbeitstage, dividieren sie durch 8, bekommen dann 48 Wochen heraus und schließlich Löhne von 22 M. und mehr, wobei noch die zirka 100 Ueberstunden eingezeichnet sind, während das Jahr zu 52 Wochen gerechnet nur 20,03 M. herauskommen.

Einige Betriebe haben Filialen in Oberwiesenthal, auf die sich der Streik ausdehnen wird, weil dort den Arbeitern zugemutete Streikarbeit von diesen abgelehnt werden wird. Zugug von Kartonnagenarbeitern ist ferngehalten.

### Lohnbewegung der Mainflößer.

Die im Transportarbeiterverband organisierten Mainflößer fordern eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 4 M. pro Woche, Regelung der Arbeitszeit auf den Sapeplätzen und auf der Fahrt, Herabminderung der festgesetzten Fahrdauer um einen Tag, sowie die Innehaltung der strompolizeilichen Vorschriften während der Fahrt.

Die jetzt geforderten Löhne und Arbeitsbedingungen waren den Flößern bereits im Jahre 1907 in einem zwischen den Flößern und dem Hafenarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrag zugesichert. Durch die von den Christlichen und den Unternehmern gemeinsam betriebene Zersplitterungsarbeit wurden die Flößer zum größten Teil der Organisation wieder untreu, so daß der im Jahre 1908 von den Unternehmern gekündigte Tarifvertrag nicht mehr erneuert werden konnte. Lohnabzüge bis zu 6 M. pro Woche und Verlängerung der seimezeit durch tarifliche Bestimmungen 12½ Stunden pro Tag ohne Pausen betragenden Arbeitszeit waren die Folgen. Auch die Dauer der Floßreisen, die tariflich auf 9 Tage bemessen war, erfuhr vielfach eine Verlängerung um einen Tag, so daß die Unternehmer bei früherer Beendigung der Reise die Arbeitskraft der Flößer bis zum neunten Tage ohne besondere Vergütung auf den Depotplätzen in Mainz, Koblenz, Rombach und Schlierstein in Anspruch nahmen. Auch die Verköstigung erfuhr durchgehend eine Verbilligung.

Die Flößer sind aber mit der Zeit zur besseren Einsicht gekommen. Sie haben in den Jahren 1910 und 1911 den Anschluß an den Deutschen Transportarbeiterverband vollzogen und nunmehr, nachdem der Organisation etwa 90 Proz. der Flößer wieder als Mitglieder angehören, haben sie den Unternehmern ihre Forderungen eingereicht. Auch die Konjunktur ist eine sehr gute zu nennen, ist doch von dem in Mainz, Rombach und Schlierstein lagernden Floßholz auch nicht mehr ein Stück vorhanden, das nicht bereits verkauft wäre, und ist doch wegen der mangelhaften überseeischen Zufuhr auf dem Holzmarkt in Bayern und Baden starke Nachfrage. Frist zur Antwort auf die eingereichten Forderungen ist den Unternehmern bis zum 24. August er. gesetzt worden.

Von den Preussischflößereien ist zu erwarten, daß sie zu Verhandlungen geneigt sind. Inwiefern die Regiesflößereien denselben guten Willen haben werden, bleibt abzuwarten. Die Flößer haben

die Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit sehr nützlich ausgenutzt und gute Vorkehrungen für einen eventuellen Kampf getroffen.

**Streik beim städtischen Festhallenbau in Breslau.** Die schlesische Betongesellschaft, die einen Teil der großen Festhalle für die nächste jährige Jahrhundertfeier ausführt, hat am Freitag zwölf Arbeiter ohne Grund plötzlich entlassen und an ihre Stelle andere Arbeiter eingestellt. Versuche um Wiedereinstellung der Entlassenen scheiterten an dem mangelnden Entgegenkommen der Firma. Infolgedessen haben 70 Betonarbeiter und 83 Zimmerer die Arbeit niedergelegt.

## Ausland.

### Generalstreik in Rom.

Einer Meldung der „Brevi-Centrale“ zufolge ist am 19. nachmittags 3 Uhr, der Generalstreik in Rom ausgedehnt als Protest gegen die Reorganisation des Hospitaldienstes durch einen königlichen Kommissar. Die Abendblätter erschienen bereits gegen 4 Uhr nachmittags, um den Seher die Teilnahme an dem allgemeinen Demonstrationenzug durch die Stadt zu gestatten.

Der französische Gewerkschaftskongress, der vom 16.–22. September in Havre stattfindet, soll sich mit folgenden durch Abstimmung unter den Organisationen beschlossenen vier Punkten beschäftigen: Die Verfüzung der Arbeitszeit und die englische Arbeitswoche; die antimilitaristische Agitation; das Altersrentengesetz; die Lebensmittel- und Wohnungssteuerung.

Die Seelen an der Westküste Frankreichs haben nach 55 Tagen harten Widerstandes die Arbeitsaufnahme beschließen müssen, nachdem auch die Entsendung einer großen Delegation zu den Ministern nichts fruchtete. Nur in Marseille geht der Kampf weiter.

Beendet ist der Ausstand der Dockarbeiter in Santos (Südamerika).

## Aus Industrie und Handel.

### Hohe Dividende der Zuckerrfabriken.

Die Geschäftsergebnisse der Zuckerrfabrikation im verfloffenen Jahre waren trotz des Ausfalls in der Zuckerrückenernte durchaus befriedigend. Schon in den Jahren 1909 und 1910 ließ sich eine aufwärts gerichtete Entwicklung des Dividendenertrags beobachten. Die durchschnittliche Dividende von 103 Aktiengesellschaften der Zuckerrfabrikation mit 120,34 Millionen Mark Aktienkapital errechnete sich im Jahre 1909 auf 10,8 Proz., gegen das Vorjahr eine Verringerung um 1,5 Proz. Für das Geschäftsjahr 1910 sind 98 vergleichbare Bilanzen von Zuckerrfabriken bekannt geworden. Auf ein dividendenberechtigtes Aktienkapital von 128,16 Millionen Mark wurde eine Dividende von 13,16 Mill. M., d. h. 10,9 Proz., ausgeschüttet. Die namentlichen Betriebe hatten das Jahr zuvor durchschnittlich 10,5 Proz. zur Verteilung gebracht. Da die meisten Unternehmungen der Zuckerrfabrikation ihre Bilanzen erst mitten im Kalenderjahr abschließen, so liegen bisher nur 31 Geschäftsberichte von Zuckerrfabriken für das letztverfloffene Betriebsjahr vor. Diese Unternehmungen basierten in den beiden letzten Geschäftsperioden auf einem gesamten Nominalkapital von 31,79 Millionen Mark. Beim Abschluß der vorletzten Bilanz flossen den Aktionären 2,56 Millionen Mark zu. Die Dividendensumme am Ende des Rechnungsjahres 1911/1912 belief sich auf 3,16 Millionen Mark. Somit ist die durchschnittliche Quote der Gewinnbeteiligung bei diesen Betrieben von 8,1 Proz. auf 10,0 Proz. gestiegen. Die Anteile der größten Unternehmungen, soweit sie an der Börse notiert werden, weisen seit Beginn dieses Jahres zum überwiegenden Teil eine steigende Kursentwicklung auf.

## Letzte Nachrichten.

### Zur türkischen Ministerkrise.

Konstantinopel, 19. August. (B. Z. B.) Wie es heißt, soll Mehdi Bey, ein Mitglied der Entente liberale, der jetzige Wali von Smyrna, zum Minister des Innern ernannt werden.

### Türken und Montenegriner im Gefecht.

Cettinje, 19. August. (B. Z. B.) Im Bezirk Berane ist seit gestern ein heftiger Kampf zwischen türkischen Truppen und montenegrinischem Militär im Gange. Längs des ganzen Grenzdistrikts ist starker Kanonendonner vernnehmbar. Einzelheiten fehlen noch. Der Donner der Geschütze donerte den ganzen Tag an.

Konstantinopel, 19. August. (B. Z. B.) Hier geht das Gerücht, daß die Montenegriner Berane eingeschlossen hätten.

### Korruption in einem amerikanischen Ministerium.

Washington, 19. August. (B. Z. B.) Der Bericht der Majorität der Ackerbaukommission des Repräsentantenhauses greift nachdrücklich das Ackerbaudepartement an für seine Beteiligung am Entwässerungsprojekt des Evergladesumpfes in Florida. Der Bericht erklärt, das Departement arbeite zugunsten von Güterhändlern anstatt für das öffentliche Wohl. Der Bericht kritisiert insbesondere den Hilfssekretär des Departements G. A. S., von dem behauptet wird, er dulde Transaktionen, die mit Ehre und Rechtlichkeit in Widerspruch ständen. Der Bericht der Minorität stellt diese Behauptungen in Abrede und sucht Gays zu entlasten.

### Die chinesische Nationalversammlung gegen Quanschikai.

London, 19. August. Das Neuterische Bureau meldet aus Peking: Nach einer stürmischen Sitzung hat die Nationalversammlung mit 52 gegen 11 Stimmen beschlossen, an den Präsidenten Quanschikai eine Petition zu richten, er solle nähere Aufklärung über den Tatbestand geben, auf Grund dessen zwei Offiziere unter der Beschuldigung, sie hätten zu einer neuen Revolution aufzureizen versucht, verhaftet und ohne Urteil erschossen wurden. Die Petition verlangt in drei Tagen Antwort. Wenn die Antwort unbefriedigend ausfällt, will die Nationalversammlung Quanschikai auffordern, persönlich Erklärungen abzugeben. Wenn sie auch dann noch unbefriedigend bleibt, will das Haus Quanschikai oder der gesamten Regierung ein Todesurteil aussprechen. Die Hinrichtung der Offiziere hat in der ganzen Provinz Hupe große Erregung hervorgerufen.

### Durchgegangener Bankdirektor.

Bernburg, 19. August. (B. Z. B.) Der Großindustrielle und Bankdirektor Spindel aus Kalusz ist unter Hinterlassung von Passiven in Höhe von 1 200 000 Kronen flüchtig geworden. Ueber das Vermögen Spindels ist der Konkurs verhängt worden. Spindel hat sich Sparanlagen im Betrage von 400 000 Kronen angeeignet. Sowohl der Vater wie der Schwiegervater des Flüchtigen, die gleichfalls in Kalusz ansässig sind, gehören zu den reichsten Leuten der Stadt.

### Die Autoraserei.

Bernburg, 19. August. (B. Z. B.) Heute nachmittags 1/2 8 Uhr verunglückte bei Weipen ein Automobil aus Jeth in Sachsen. Sechs Insassen wurden verletzt, darunter drei sehr schwer. Sie wurden in das Krankenhaus nach Bernburg gebracht. Der Fahrer Bürgermeister Kopp ist leicht verletzt, seine Frau erlitt einen Nervenschlag.

Leibach, 19. August. (B. Z. B.) Ein schweres Automobilunfall hat sich in der Nähe Leibachs zugetragen. Als der kranke Landesauschubshelfer Dr. Pagan gestern einen Ausflug unternahm, geriet das Auto auf der Chaussee ins Schleudern und fuhr gegen eine Telegraphenstange. Dr. Pagan und der Chauffeur wurden herausgeschleudert und schwer verletzt.

Die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins für Niederbarnim

Tagte am Sonntag im Café Bellevue-Rummelsburg. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt:

Stellungnahme zum Parteitag.

Genosse Lorenz, der hierzu das einleitende Referat hatte, ging zuerst auf die bekannten Vorgänge anlässlich der Karolkoaffäre ein. Der Parteivorstand habe damals nicht rechtzeitig protestiert und sei erst durch die Genossen im Lande zu einer Aktion gedrängt worden. Bei dem Rundschreiben des Parteivorstandes an einzelne Redaktionen im Anschluß an den Buchdruckerstreik bei Ulstein sei dieser zweifellos von der Generalkommission der Gewerkschaften inspiriert gewesen. Der Parteivorstand habe hierbei nicht genügend Rückgrat gezeigt. — Die Frage des Parteiaussschusses wolle er nicht vom Gesichtspunkt ob rechts oder links behandeln, sondern nur objektiv untersuchen, ob eine solche Einrichtung notwendig ist. Er sei zu der Ansicht gekommen, daß die Schaffung eines Parteiaussschusses abzulehnen ist, und zwar deshalb: Zweiunddreißig Personen wären nicht imstande, so schnell zusammenzutreten und einig zu werden, als wenn es nur fünfzehn oder etwas darüber sind. Uebrigens habe der Parteivorstand auch jetzt schon die Befugnis, jezeitige Konferenzen einzuberufen, um sich zu unterrichten. Wäre ein Parteiaussschuß da, so würde eine Verantwortlichkeit des Parteivorstandes nicht mehr bestehen, er würde sich hinter dem Parteiaussschuß und umgekehrt der Parteiaussschuß hinter dem Parteivorstand verbergen. Darum sei der Parteiaussschuß abzulehnen. Der Redner schlägt vor, den Parteivorstand um fünf bis sieben unbesoldete Mitglieder zu verstärken, die auf dem Parteitag zu wählen sind. Die Kontrollkommission, wie sie jetzt besteht, solle man weiter bestehen lassen, höchstens könne man sie noch in ihren Befugnissen weiter ausgestalten. Der Kriegsfonds sei auf die höchste Höhe zu bringen. Die letzten Wahlen hätten große Summen verschlungen und die nächsten Wahlen werden voraussichtlich noch mehr Geld erfordern. Der Imperialismus habe die schlimmsten Formen angenommen und wir müßten ihn aufs schärfste verurteilen, was wir schon jetzt täglich täten, was aber in Zukunft noch schärfer zum Ausdruck kommen müßte. Bezüglich der Stichwahlstatistik werde gesagt, der Parteivorstand hätte gute Gründe für seine Maßnahmen gehabt. Die Gründe mögen ja gut gewesen sein, aber eine solche Dämpfung des Wahlkampfes dürfe nicht mehr vorkommen. Darum müsse man es jetzt mißbilligen.

Der Redner geht auf die vorliegenden Anträge ein und führt dabei unter anderem aus: Es müsse den Mitgliedern zur Pflicht gemacht werden, den 1. Mai durch Arbeitstunde zu feiern. Allerdings müßten dann die von den Maßnahmen der Unternehmer betroffenen Mitglieder unterrichtet werden. Bezüglich des Antrages, welcher Sonderkonferenzen unserer Parlamentarier unterlag wissen will, ist der Redner der Ansicht, daß man demselben sympathisch gegenübersehen könne. Es sei zu bedauern, daß bei uns solche Konferenzen stattfinden. Alle Parteifragen müssen gemeinsam geregelt werden. Man sage nun, die Zusammenkünfte von Abgeordneten seien rein privater Natur. Das treffe jedoch nicht zu, denn solche Konferenzen nähmen zweifellos Stellung zu inneren Parteifragen. Dazu sei aber die Parteioorganisation da, der die Abgeordneten angehören. Er würde es begrüßen, wenn einmal eine Konferenz zwischen den rechts und den links stehenden stattfände, die sich mit den Differenzpunkten beschäftigte und dieselben zu klären versuchte. Anderenfalls werde aus eine Spaltung hingenommen. Es müsse eine Form gefunden werden, um beide Teile zusammenzubringen. — Zu der Resolution, die den Brandtweinbohloft betrifft und von Richlenberg der Generalversammlung unterbreitet wird, bemerkt der Redner, er bitte, dieser Resolution zuzustimmen, bis auf den Absatz, der die Inserate betrifft. Vorläufig sei die Durchführung dieser Forderung nicht möglich.

Als erster Diskussionsredner nimmt das Wort Schacht. Redner geht unter anderem auf die Frage des Parteiaussschusses ein. Eine Aenderung soll durch dessen Schaffung nicht eingeführt werden, sondern man wolle nur die jetzt bestehende losere Form festigen. Wer auf demokratischem Standpunkt stehe, müsse gerade begrüßen, daß den Mitgliedern ein größerer Einfluß eingeräumt werden soll. Durch den Parteiaussschuß solle die Verantwortlichkeit des Parteivorstandes in die Hände gehen? Was hätte man noch keinen Grund gehabt, das Verantwortlichkeitsgefühl des Parteivorstandes anzuzweifeln. Die Rechte der Kontrollkommission sollen durch Vermehrung ihrer Mitglieder verstärkt werden. Dann sei es auch möglich, ihre Tätigkeit zu erweitern und die Beschlüsse und Maßnahmen des Parteivorstandes zu überwachen.

Kleines feuilleton.

„Parfissal“ nicht für die Arbeiter. In der Wiener „Neuen Freien Presse“ verbreitet sich Hermann Wahr unter Beobachtung auf Wagners „Parfissal“ über die Schaffung eines allgemeinen Schutzes für jedes Kunstwerk. Sein Ausnahmegericht für den „Parfissal“ fordern wir, schreibt er, sondern das aus Anlaß der Gefahr für den „Parfissal“ vorgeschlagene Gesetz soll allgemein das Werk eines jeden Künstlers davor schützen, seiner notwendigen inneren Bestimmung entrissen, um sich selbst gebracht, zu seiner eigenen Karikatur gemacht, gelüpft, geverteilt und ausgeweidet zu werden.

Aber nun sagt man: Setzt ihr dies durch und bleibt der „Parfissal“ also nach dem Willen Wagners für alle Zeit unantastbar vorbestehen, so wird niemals die ganze Nation Wagners höchstes Werk, die größte deutsche Tat neben dem „Faust“, kennen lernen, so werden die Arbeiter, werden die Armen immer davon ausgeschlossen bleiben.

Dies ist ein ernster Einwand, wenn er auch kaum von allen, die ihn machen, ernst gemeint wird. Aber zunächst eine Gegenfrage: Wenn wir es nicht durchsetzen, sondern der „Parfissal“ wirklich frei wird, wird ihn denn dann die ganze Nation kennen lernen, wird er denn dann auch den Armen erreichbar sein? Was denn? Wo denn? Durch wen denn? Bei unseren Opernpreisen? Hat denn von allen diesen nun auf einmal so volksfreundlichen Intendanten und Direktoren die ganzen Jahre her jemals einer daran gedacht, Arbeitern „Tristan“, den „Ring“ oder „Die Meistersinger“ zu geben? Ja weiß nichts davon. Wenn die Wiener Arbeiter Wagner gehört haben, so verdanken sie das der freien Volksbühne, meiner Frau, die ihnen Gesandten-Lieder und den Schluß der „Götterdämmerung“ vorgefungen, und Nedbal, der sie mit seinem Orchester so mächtig begleitet hat. Aber es ist mir unbekannt, daß unsere Hofoper jemals Volksvorstellungen veranstaltet oder daß das Unternehmen, das sich Volksoper nennt, jemals das Volk eingelassen hätte, so wenig als irgendeine Berliner, Dresdener oder Münchener Oper. Das Volk hat noch nicht einmal Gelegenheit gehabt, „Fidelio“, den „Freischütz“ und „Carpaccio“, Gluck und Mozart zu hören, und so scheint es mir unwahrscheinlich, daß man sich gerade mit dem „Parfissal“ so beileben wird. Wenn Intendanten und Direktoren nun auf einmal so volksbildungsbegierig tun, nein, das ist bloß eitles Geseun. Nicht für das Volk, nicht für die Arbeiter wollen sie den „Parfissal“. Ganz richtig: sie wollen ihn zu Geschäftszwecken: sie wollen ihre Kassen füllen, also nur das, was alle Hof- und Privattheater, die Wagners übrige Russtdramen bisher aufführten, getan haben und immer tun werden.

Beim Bau des Panamakanals sind 70 000 Arbeiter beschäftigt. Es dürfte interessant sein, zu erfahren, welche Anstalten zur Unterhaltung dieser gewaltigen Armee getroffen wurden. Den Ufern des Kanals entlang ist eine ausgedehnte Stadt entstanden, wo die Ar-

beitnehmer, daß bei wichtigen und dringlichen Sachen der Parteivorstand doch selbständig entscheiden müsse, da die auswärtigen wohnenden Genossen doch nicht alle schnell genug hier sein können. Leipzig bezeichnet es als Kleinlichkeit, wenn solche Genossen, die im festen Lohn stehen und frei seien, den Parteitag immer wieder mit Anträgen beschäftigen, die die Beseitigung des Nürnberger Beschlusses (Antrag 90) bezwecken. Solche Genossen, die niemals arbeitslos seien und keine Maßregelung zu fürchten hätten, sollten sich nicht um die paar Groschen zu drücken suchen.

Kiesel verlangt, daß Sonderkonferenzen von Parteigenossen unter keinen Umständen weiter stattfinden dürften. Das führe nur zu Inaktivitäten und sei nicht im Interesse der Partei. In erster Linie seien die Organisationen der einzelnen Kreise berufen, in solchen Fragen zu entscheiden. Solche Konferenzen müßten von nun ab, ganz gleich, von welcher Seite sie arrangiert werden, unterbleiben.

Nun nimmt Stadthagen das Wort und geht auf die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes ein, die er als die wichtigste bezeichnet. Es herrsche unter den Genossen Unzufriedenheit, daß der Parteivorstand in wichtigen Fragen nicht schnell genug arbeite. Es möge dahingestellt bleiben, ob der Vorwurf berechtigt ist oder nicht, jedenfalls ist aber allgemein die Ansicht verbreitet, daß schneller gearbeitet werden müsse. Ein Parteiaussschuß, wie er gefordert wird, wäre jedoch ein Nachteil und würde den Parteivorstand in seinen Entscheidungen schwerfälliger machen. Es wäre nicht möglich, bei aktuellen dringlichen Fragen dann noch rasche Beschlüsse zu fassen. Er sei dafür, daß die Kontrollkommission erweitert und in ihren Rechten gestärkt werde. — Der Antrag bezüglich der Konferenzen sei ihm unverständlich. Was seien das für Konferenzen gewesen, von denen immerfort geredet werde. Die Zusammenkunft in Eisenach sei eine zwanglose und unverbindliche gewesen. Von einer Konferenz könne keine Rede sein, das habe der „Vorwärts“ schon festgestellt. Bürgerliche Zeitungen und die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ hätten die Angelegenheit sensationell aufgebauscht. Es sei weiter nichts gewesen, als daß in Eisenach eine Anzahl Abgeordneter zusammengekommen sei, um sich über politische Fragen zu unterhalten. Die Abgeordneten hätten daselbst Recht, sich über Politik zu unterhalten, wie jeder andere Genosse. Trotzdem wolle man ihnen das verbieten. Ja, er müßte es sogar als Pflichtvergessenheit bezeichnen, wenn einem Abgeordneten Gelegenheit gegeben wäre, einer derartigen Unterhaltung beizuwohnen und er derselben fern bleiben würde. Es seien bei dieser Zusammenkunft, was er ausdrücklich betonen möchte, keine Beschlüsse gefaßt worden. Er sei überzeugt, daß der Parteitag jedes Anhängen zurückweisen werde, wonach die Abgeordneten auf ein so tiefes Niveau gestellt werden sollen, daß sie sich noch nicht einmal mehr über politische Fragen unterhalten dürfen. Der Antrag läuft auf eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit aus. Kiesel habe das jedenfalls nicht gewollt, sondern sich nur gegen Sonderorganisationen wenden wolle. Sonderorganisationen wolle aber kein Mensch und er, Redner, selbstverständlich erst recht nicht. Wollte man aber in dieser Hinsicht vorgehen, dann möge man dort ansetzen, wo die „Sozialistischen Monatshefte“ herkommen.

Schwenk ist anderer Ansicht wie Stadthagen. Je mehr die Gesamtpartei beim Parteivorstand vertreten sei, um so mehr komme der Gesamtwille der Parteigenossen zur Geltung. Der Parteiaussschuß bedinge keine Schwerfälligkeit und in 24 Stunden sei es möglich, die Mitglieder aus allen Landesteilen herbeizuholen.

Büller: Was dem Parteiaussschuß betrifft, so schließe er sich dem Urteil an, das die übergroße Zahl der Kreise gesprochen hat, nämlich Ablehnung desselben. Der Parteivorstand würde sich sonst nicht hinter dem Parteiaussschuß verstecken können. Der Parteivorstand sei eine Instanz, die nicht zu groß sein dürfe, wenn sie nicht schwerfällig arbeiten soll. Wenn die Reichstagsfraktion auf dem Parteitag nur vertreten sein soll, dann wird es so kommen, daß die Abgeordneten sich in ihren Kreisen ein Mandat holen und somit die Delegierten aus dem Kreise der Genossen vom Parteitag verdrängen. Deshalb sage er: Entweder es gehen alle Abgeordneten zum Parteitag oder nur eine Delegation von drei Mann, die die Fraktion ja ebenso gut vertreten kann. Ob die Abgeordneten in allen Fragen stimmberechtigt sein sollen, darüber könne man allerdings anderer Meinung sein. Konferenzen jeder Art verurteilt er, Redner, und die große Mehrheit tue es ebenfalls. Die Rechte habe damit angefangen und die Linke habe es nachgemacht. Vor allem sei zu verurteilen, daß so geheimnisvoll damit umgegangen werde. Wenn schon konfiziert werde, dann habe die Organisation ein Recht zu wissen, was da vorgeht. Stadthagen sage ja nun, es seien ja nur zwanglose Zusammenkünfte, aber der Umstand, daß man erst auf Umwegen davon Kenntnis erhielt, lassen Bedenken jeder Art zu. Deshalb fort mit solchen Konferenzen.

beiter ihren täglichen Berrichtungen nachgehen, essen und schlafen. Alle Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände müssen durch ein Schiff, das eine sechsstündige Seefahrt zurücklegt, herbeigeschafft werden. Wenn man die 70 000 Mann in Betracht zieht, ist es klar, daß es sich um keine Kleinigkeit handelt. Die Nischenbäckerei verbrauchte im Jahre 1911 16 688 Häfer voll Mehl, aus dem 5 236 474 Laib Brot, 557 557 Brötchen und 97 581 Pfund Kuchen bereitet wurden. Auch die Wäscherei ist von riesiger Ausdehnung. Im Laufe des Jahres 1911 wusch sie 3 581 923 Wäscheartikel. Die Kaffeerösterei röstete 270 047 Pfund Kaffee. An Speiseeis wurden 33 267 Tonnen fabriziert.

Theater.

Trianon-Theater. Mit der vor Jahren bereits auf verschiedenen Berliner Bühnen heimlich gewelken, übrigens geistvoll und apologetischen Satire „Der Dieb“ von Octave Mirbeau als Schlusstück, glaubte man vielleicht zwei vorausgeschickte Einakter genügend entschuldigend zu haben. Allein sowohl „Die Brieftasche“ (vom selben Autor) wie „Ein peinlicher Zwischenfall“ von André de Lorde und Masson-Forestiére (gleichfalls alte Bekannte, wenn wir uns recht erinnern) entfernen sich doch zu wenig von jenem Genre, das man zensurlos beschlechtsachtete Joten nennen könnte. Zwar mag es Leute geben, die aus dem Umstand, daß in beiden Sachen französische — selbstverständlich — französische Polizeikommissare eine ziemlich blamable Jugendwärtterrolle spielen, unserer Polizeibehörde die schöne Gabe der Selbstverpottung zuerkennen. Dies Lob, mit dem wir gewiß nicht geizen würden, verliert jedoch jeden Schein von Berechtigung, sobald man sich jene grobe Portion von unqualifizierbarer Hilflosigkeit, die eben dieselbe Zensurbehörde durch ihr schändliches Verbot des Rosensowischen Arbeiterdramas „Die im Schatten leben“, bekundet hat, vor Augen hält. — Aus Reichthumsverlegenheit wurden die obigen Stücke sicher nicht gewählt. Aber die Direktion befaß sich rechtzeitig und unzeitig auf das erprobte Volksprekursorium mit Teufel, der in der Rot sogar Fliegen frißt; und Olga Limburg, Marie Corany, Hans Junkermann und Fritz Spira sind beurteilt, sie ihm zu fangen.

Musik.

Was vom Berliner musikalischen Bühnenwesen den Krallen des Pleitegeiers entgangen ist, scheint jetzt in eine besonders heiße Konkurrenz hineingegeraten. Das Theater des Westens kann allerdings noch von der Reinhardtischen Inszenierung der „Schönen Helena“ Dissenbachs zehren. Am Sonntag gab's zum Saisonbeginn eine Aufführung — oder auch nicht: Die charakteristische Konsequenz der Durcharbeitung war höchstens gleichgeblieben, die Zurückführung des Musikalischen hinter das Schauspielliche noch merkbarer; und der neue Kapellmeister Fritz Wedl erreichte es nur eben, den Operentonten überhaupt gut zu treffen.

Mitter: In weiten Kreisen ist man der Ansicht, daß das bureaukratische Element im Parteivorstand überwiegt. Deshalb verlange man Reorganisation desselben. Redner wünscht, daß fünf unbesoldete Mitglieder dem Parteivorstand zugesetzt werden. In Sonderkonferenzen sieht Redner keine Gefahr. Man solle die Angeordneten nicht beschränken und ihnen Bewegungsfreiheit lassen, was wir aber verlangen könnten, daß sei vollste Auskunft über die gepflogene Verhandlung.

Brühl: Vom Parteiaussschuß sage man, er würde nur als Defensor dienen. Man könne sich aber ja ansehen, wer hineinlomme, es dürften nur solche Mitglieder gewählt werden, die vom Vertrauen ihres Kreises getragen sind. Vorkommnisse, wie die anlässlich der Karolko-Affäre erfolgt sind, würden allerdings auch nicht durch einen Parteiaussschuß verhindert werden können.

Küter wendet sich ebenfalls gegen den Parteiaussschuß. Zum Antrag bezüglich der Konferenzen erklärt er, wogegen die Genossen sich wenden ist der Umstand, daß Konferenzen einberufen werden zu einem besonderen Zweck. Bei zufälligen Besprechungen wäre es ja etwas anderes, bei den Konferenzen aber bestche von vornherein eine bestimmte Absicht.

Durch Annahme eines Schlußantrages wurde die Debatte beendet. — In der Abstimmung wurden folgende Anträge angenommen:

Resolution zur Jugendagitation.

„Mit Rücksicht darauf, daß die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch die Polizeiorgane bei Zusammenkünften, Spaziergängen und Ausflügen immer mehr um sich greifen und die Jugerlichen unserer politischen Organisation bis zum 18. Jahre gesetzlich entzogen sind, beauftragt der Parteivorstand den Parteivorstand Maßnahmen zu treffen, daß die Jugerlichen in der Zeit von 18 bis 20 Jahren um so gründlicher aufgeklärt und für unsere Bestrebungen gewonnen werden.“

Resolution zum Brandtweinbohloft.

„Der Chemnitzer Parteitag erneuert und bekräftigt dem von dem Leipziger und Magdeburger Parteitag beschlossenen Brandtweinbohloft. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Bohlofts an vielen Orten eine erhebliche Verminderung des Brandtweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der körperlichen und geistigen Volksgesundheit, der gesteigerten Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bödarrtlichen Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erkennt jedoch für viele andere Orte eine viel schärfere Durchführung des Parteitagbeschlusses als notwendig und verpflichtet insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischer Unterstützung. Der Parteitag erklärt, daß der Beschluß sich auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des oelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem dient. Diese Protestaktion ist durch die neueste, unter dem Namen: „Abschaffung der Liebesgaben“ erfolgte weitere Belastung der armen Schichten zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten besonders dringlich geworden, zugleich aber bedeutet sie auch die Förderung der durch den Alkohol gefährdeten Volksgesundheit. Er erkennt jedoch eine viel schärfere Durchführung des Parteitagbeschlusses als notwendig an und verpflichtet die Parteigenossen zu deren energischer Unterstützung.“

Anträge.

- 1. Im § 5 sechste Zeile hinter „5 Pfennig“ ist einzufügen: „In Kreisen, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden, sind zunächst Ausnahmen zulässig. Doch dürfen die Beiträge nicht geringer sein, als im bisherigen Organisationsstatut angegeben.“
2. Der vorgeschlagene Parteiaussschuß ist abzulehnen. Vermehrung des Parteivorstandes durch unbesoldete Beisitzer, deren Zahl auf sieben zu erhöhen ist. Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission und Weibehaltung der im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen.
3. Der Parteitag möge beschließen: „Der Parteitag mißbilligt die Abhaltung von Sonderkonferenzen jeder Art. — Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder der sozialdemokratischen Parteioorganisation ihres Kreises und haben als solche die Pflicht, diesen ihre Anschauungen und Meinungen über alle das Parteileben berührende Fragen zu unterbreiten.“
4. § 23 Absatz 2 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ergänzen: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirke- oder Landesorganisation oder eine von diesen eingesezte Schiedsgerichtskommission.“ Die vorsehenden Anträge wurden, wie bemerkt, angenommen.

Die Hauptrollen waren neu besetzt. Der Nachfolger Ballenbergs in der Darstellung des Menelaus, Hermann Feiner, hatte einen besonders schweren Stand: in der nun einmal gegebenen Gesamtanlage sollte er doch mal bleiben — da kam nicht viel anderes als eine Variante seines Vorgängers heraus. Der neue Vertreter des Paris, Karl Baum als Gast, verfügt über eine gute Stimme, behandelt sie jedoch namentlich in der Höhe etwas ungefüge. Die Titelfrolle gibt jetzt Martha Krüwig. Auch ihre schöne Stimme könnte noch besser behandelt sein. Aber in der Ausdruckgebung, in der Dialogsprache und namentlich im Spiel ist sie hervorragend; die Gegensätze zwischen Pathos und Späß, zwischen Juridikalität und Entgegenkommen, zwischen Hochdeutsch und Wienerisch kamen sehr bündig heraus; und zu der — sagen wir: anatomischen Konsequenz, die in der vorhandenen Inszenierung liegt, fügte sie so viel wirkliche Natürlichkeit, so viel frauenhafte Zartheit und Schalkhaftigkeit hinzu, daß weiteren Besichtigungen von ihr mit Interesse entgegengesehen werden kann.

Notizen.

Der Verein Berliner Presse besteht mit dem 20. August fünfzig Jahre. Nicht das ist das Merkwürdige, sondern ein anderes. In Neblameartikeln, die dieser Tage durch alle bürgerlichen Zeitungen gingen, marschierten schon eine Anzahl berühmter Journalisten und Schriftsteller mit Nennung ihrer Namen auf. Nur von Robert Schweißel, dem eigentlichen Gründer und siebenmaligen Vorsitzenden und nachherigen Ehrenpräsidenten wurde nicht gesprochen. Doch keineswegs, weil Schweißel tot ist, sondern weil er Sozialdemokrat war! Er hatte doch nur zu sehr recht, wenn er unter dem vergeßlichen Bemähen, die „Felden der Feder“ zur Selbstachtung zu erziehen, oft verzweifelte. Und heute können ihre Drohtage mit Genehmigung sagen: Seht, das sind die Kreaturen, die wir machten!

Der 8. Internationale Esperantologreß tagte diesmal vom 11.—18. August in Krakau. Er hatte insofern eine besondere Bedeutung, als mit ihm die Feter der 25jährigen Bestehens der internationalen Hilfssprache Esperanto verbunden war. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Esperantoefführungen des polnischen Dramas „Razepa“ und der polnischen Oper „Halla“. Beide waren meisterhaft von einem der hervorragendsten Kenner des Esperanto Antoni von Grabowski übertragen worden und gelangten durch erste polnische Künstler in vollendeter Weise zur Darstellung.

Was der neue Campanile kostet. Dieser Tage sind in Benedig die Baufosten für den neuen Campanile bezahlt worden. Der Wiederaufbau hat 2 288 819,61 Lire gekostet! Davon kommen 1 812 068 Lire auf den eigentlichen Turm, der Rest auf die Loggia. Der Voranschlag für die Baufosten, in dem 1 800 000 Lire angelegt worden waren, ist also ganz erheblich überschritten worden.

Die übrigen Anträge der Vorlage wurden zurückgezogen beziehungsweise abgelehnt.

Dr. Hül erstucht die Versammlung, für die Kontrollkommission den Genossen Ernst wieder in Vorschlag zu bringen. Die Versammlung stimmte dem zu. Desgleichen beschloß die Versammlung, Brühl und Bengels wieder für den Parteivorstand vorzuschlagen. Es wird darauf berichtet, zum eventuellem Parteiauswahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Paul Barthele, Rüter, Lorenz, Olga Jaspers, Lutz. — Für den Kreisbildungsausschuß wurden gewählt: Falsch, Klause, Zimmermann, Gabel und Grubler. Die Wahl als Schiedsgerichtsberechtigter fiel auf Witzke.

Hiermit war die Sitzung zu Ende.

## Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow.

Die Generalversammlung fand am Sonntag im „Volkshaus“ in Charlottenburg statt. Anwesend waren 140 Delegierte aus 48 Orten, außerdem Vertreter des Zentralvorstandes und der Funktionäre.

Nach dem Vortrag zweier Begrüßungsansagen durch die „Charlottenburger Liedertafel“ erhielt Genosse Groger das Wort zum Geschäftsbericht.

Der Redner verwies auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht und kam dann auf die letzten Reichstagswahlen zu sprechen, welche dank der äußerst intensiven Tätigkeit der Parteigenossen auch für den Kreis Teltow-Beeskow einen erfreulichen Abschluß gefunden haben. Der Kandidat Genosse Jubel hat 163 765 Stimmen auf sich vereint, das ist gegen 1907 ein Zuwachs von 59 661 Stimmen. Aber auch die Freiwahligen haben einen Zuwachs von 31 023 Stimmen, wenn auch nicht außer Betracht gezogen werden darf, daß hierin die Stimmen der Nationalliberalen, die diesmal keinen eigenen Kandidaten aufstellten, enthalten sind. Die Konservativen verloren hingegen 23 262 Stimmen. Zu der Reichstagswahl wurde in über 250 Versammlungen Stellung genommen, sowie 1 588 950 Flugblätter und Broschüren verteilt. So erfreulich das Resultat der Reichstagswahl sei, müsse aber doch betont werden, daß die Mitgliederzunahme in keinem Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen stehe. Der Zuwachs im letzten Jahre betrug nur 3291 Mitglieder. Nur 16,28 Proz. der Wähler, die sozialdemokratisch stimmten, gehören der Organisation an. Nach der Reichstagswahl 1907 vereinigte der Wahlverein aber schon 20 Proz. der sozialdemokratischen Wähler. Es müsse danach gestrebt werden, anderen Parteiorganisationen, die in dieser Beziehung weit voraus sind, nachzueifern. Auch der Fluktuation, die ganz außerordentlich groß ist, müsse vorgebeugt werden. Den einzelnen Wahlvereinen werden dahingehende Vorschläge unterbreitet werden, die Funktionäre könnten aber jetzt schon Abhilfe dadurch schaffen, indem sie die flüchtigen Parteimitglieder rechtzeitig besuchen und an ihre Pflicht erinnern. Damit Hand in Hand gehe die Aufgabe, die neu gewonnenen Mitglieder mit unseren Bestrebungen mehr vertraut zu machen. Der Kreiswahlverein zählt jetzt 62 örtliche Wahlvereine; neu hinzugekommen sind Wobenz, Spudendorf und Reulben. Die Abonnentenzahl der Parteipresse ist ebenfalls gestiegen, beim „Vorwärts“ von 36 600 auf 37 742. Auch dieses Resultat befriedigend aber nicht im Hinblick auf die Steigerung der bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen. An den Gemeindevahlen waren unsere Genossen im letzten Jahre in 41 Orten des Kreises beteiligt. 24 neue Sitze wurden dabei erobert und zählt die Partei jetzt insgesamt 228 Vertreter in den Kommunalverwaltungen. In vier Gemeinden haben sie die Mehrheit. Einer Anregung, für diese Gemeindevereiter einen Leitenden herauszugeben, der Wink für die Praxis entfällt, konnte der Zentralvorstand noch nicht Folge leisten, da die Nachfrage noch zu gering war. Der Redner weist dann auf die kommenden Landtagswahlen hin. Bei gründlicher Vorarbeit und Anspannung aller Kräfte müsse es gelingen, wenigstens den Kreis Schöneberg-Neukölln zu erobern. Aber auch der Landtagswahlkreis Teltow-Beeskow könne den Konservativen entzogen werden, wenn es dem Freistimm erst damit sei, die beiden jetzigen stöckerischen Vertreter aus dem Landtag zu verdrängen. — Im Anschluß an seinen Bericht begründete Genosse Groger dann noch folgenden Antrag des Zentralvorstandes:

Anträge zur Kreis-Generalversammlung sind den Delegierten zur Kenntnisnahme vor Stattfinden derselben anzustellen. Die Wahlvereine sind jedoch verpflichtet, dem Zentralvorstand dieselben mindestens 14 Tage vor der Kreis-Generalversammlung einzufenden. Außer den so eingefandenen Anträgen sind nur Änderungsanträge zu diesen zur Verhandlung zugelassen.

Mit diesem Antrag solle veräußert werden, daß Beschlüsse gefaßt werden, deren Tragweite nicht zu übersehen ist und die daher vom Vorstand nicht zur Ausführung gebracht werden können.

Hierauf gab Genosse Pagels den

### Rassenbericht.

Die gedruckt vorliegende Abrechnung weist eine Einnahme von 140 932,47 M. und eine Ausgabe von 122 184,85 M. auf, so daß ein Bestand von 18 747,62 M. verbleibt. Es wurden insgesamt 300 628 Beitragsmarken verkauft, und zwar 224 092 Männermarken und 66 536 Frauenmarken. Der Verkauf an Männermarken ist im letzten Halbjahr um über 9000 gegen das erste Halbjahr zurückgegangen, während die Frauenmarken in dieser Zeit eine Steigerung um 2280 erlitten. Diese Erscheinung verdient Berücksichtigung. Die Abrechnung zeige auch, daß einzelne Orte noch Zusätze erforderten, es müsse daher den Vorständen Sparsamkeit anempfohlen werden. Die Abrechnung von der Reichstagswahl zeige, daß manche Einnahmequelle, die früher viel Geld eingebracht habe, jetzt versiege. So sind auf Sammelstellen diesmal 2006 M. weniger eingekommen als 1907. Die Ausgaben erforderten aber riesige Summen, so daß die Zentralkasse einen Zuschuß von 23 855,34 M. leisten mußte. Es sei aber ein schöner Sieg damit errungen worden und der vorhandene Kassenbestand gestatte es, auch bei den Landtagswahlen den Gegnern ein Kränzchen aufzuspielen. Genosse Pagels befragt dann die spätere Abrechnung einzelner Wahlvereine und empfiehlt als wirksames Mittel gegen diesen Mißstand den nachstehenden Antrag des Zentralvorstandes: Gemäß § 4 Abs. 3 des Organisationsplanes des Kreises hat die Abrechnung an den Zentralvorstand bis zum letzten Tag des dritten Monats im Quartal zu erfolgen. Erfolgt die Abrechnung eines Wahlvereins so spät, daß sie im Jahresbericht keine Aufnahme mehr finden kann, sind denjenigen Wahlvereinen sozial Delegierte in Abzug zu bringen, als durch deren Säumigkeit die Delegiertenzahl des Kreises zur Verbandsgeneralversammlung in Groß-Berlin dadurch gekürzt wird.

Es folgte dann der

### Bericht der Preßkommission.

Der vom Genossen Heinichs gegeben wurde. Dieser wies u. a. auch auf die Ueberschreitung des Raumberbrauchs durch die Redaktion des „Vorwärts“ hin, gab aber seine Ansicht dahin kund, daß der festgelegte Raum erweitert werden müsse, da die neuen Aufgaben, welche die Partei sich gestellt hat, auch größere Ansprüche an die Redaktion stellen, die im vorigen immer ihre Pflicht getan und auf der Höhe gewesen sei. Die neue Einrichtung, der Vertrieb literarischer und wissenschaftlicher Werke, hat sich gut bewährt; 9000 derartige Bücher konnten im letzten Jahre umgesetzt werden. Die Besprechungen über die juristische Sprechstunde, die früher sehr oft geführt wurden, seien jetzt völlig geschwunden. Die Einrichtung, daß dort auch Schriftstücke ausgefertigt werden, ist sehr begrüßt worden. Der Redner sprach noch den Wunsch aus, die Abonnementsquittungen immer pünktlich einzulösen, um dadurch auch den Zeitungsfrauen die Arbeit zu erleichtern. Den Antrag, die Gratislieferung des „Vorwärts“ zu erweitern, belächelt Redner, da dadurch eine Mehrausgabe von mindestens 44 000 M. entstehen würde. — Der

### Bericht der Lokalkommission

wurde vom Genossen Mohr erstattet. Dieser wies darauf hin,

daß auf einer Konferenz Klage darüber geführt sei, daß die Berliner Genossen so wenig die Vollliste beachten. Aber auch viele Genossen an den einzelnen Orten machen sich dieses Verstoßes schuldig. Dieses Verhalten müsse sehr gerügt werden, da insofern die Witzke nicht daran denken, ihre Sätze zu Versammlungen herzugeben.

In ihrem

### Bericht der Frauen-Agitationskommission

ermahnte die Genossin Juchacz besonders die organisierten Parteigenossen, ihre Frauen mehr der Organisation zuzuführen. Die frühere Animosität unter den Genossen gegen die Organisation der Frauen sei ja zwar schon geringer geworden. Die Zukunft werde es aber auch beweisen, daß die Frauen ebenfalls ihren Platz auszufüllen verstehen.

Die Berichterstattung schloß mit dem vom Genossen Piek gegebenen

### Bericht des Kreisbildungsausschusses.

Dieser habe ein schönes Stück Arbeit geleistet. Leider hätte eine ganze Reihe von Orten noch nicht daran gedacht, Bildungsausschüsse zu errichten. Die Feste der Arbeiter müßten veredelt werden; die Erziehung der Arbeiter zum Genuß guter Kunst muß angestrebt werden. Der Bildungsausschuß wird einen Lichtbildapparat anschaffen, der zur Unterstützung guter Vorträge dienen soll. Der Vertrieb guter Jugendschriften und künstlerischen Wanderschmucks wird durch eine Wanderausstellung gefördert werden. Redner bedauert, daß der Frage der Bezirksbildungsausschüsse noch nicht nachgetreten worden sei und spricht die Hoffnung aus, daß dies in kurzer Zeit geschehe.

### Die Diskussion.

Kronberg teilt u. a. mit, daß in Kowalows mit der Hauslosterung gute Erfahrungen gemacht worden seien. Die Befürchtung, daß darunter der Versammlungsbesuch leiden würde, sei nicht eingetroffen, es seien aber seitdem stabilere Verhältnisse eingetreten. Die Art der Agitation unter den Frauen müsse jedem Ort selbst überlassen bleiben, dann könne mehr Rücksicht auf die Verhältnisse genommen und eine Fluktuation vermieden werden.

Küfer unterbreitet einen Wunsch der Schöneberger Genossen, daß die Maimarken seitens der Partei und Gewerkschaften einheitlich nur bis zu einem bestimmten Termin ausgegeben werden sollen. Jetzt geben die Gewerkschaften noch im August Marken aus; dadurch komme es, daß sie mehr umsehen und der Partei dann den Vorwurf machen, sie verteele nicht genug Maimarken.

Suhn nimmt Bezug auf folgenden Antrag Mariendorf: Es sind alljährlich vor dem Stattfinden der Gemeindevahlen die Leiter der örtlichen Organisationen zu einer Konferenz zusammenzurufen, in der eine sachgemäße Aufklärung über die Technik und die notwendigen Arbeiten zu den Gemeindevahlen gegeben wird.

Hierzu beantragt der Zentralvorstand: Hinter die Worte „die Leiter der Organisationen“ zu setzen: „bezirksweise auf Antrag“.

Der Redner wünscht, daß aus dem Zusatzantrag des Zentralvorstandes die Worte „auf Antrag“ gestrichen werden.

Dagen wünscht, daß alljährlich vor den Staatsberatungen die Stadtverordneten und Gemeindevertreter zu einer Konferenz zusammenzutreten, um über diese Fragen gemeinsam zu beraten.

Diedow begründet einen Antrag, die Maimarken in den Orten herabzumindern, in welchen die Lohns mehr der Provinz gleich stehen (nämlich in Preußen der Provinz 25 Pf.) und ein Parteienverhältnis mit der Provinz einzurichten. Die Ortsvereine können wenig oder gar keine Marken umsetzen, weil die Genossen, die der Gewerkschaft angehören, der Billigkeit halber die Maimarken von der Gewerkschaft entnehmen.

Voelke entgegnet, der Antrag lasse sich nicht so ausführen, wie der Vorredner es wünsche. Das Parteienverhältnis mit der Provinz sei gefaßt, und Groß-Berlin allein könne dies nicht beschließen. Es werde aber seitens des Vorstandes versucht werden, mit der Berliner Gewerkschaftskommission gemeinsam die Frage zu beraten, wie die Sache abgeändert werden könne.

Riedel, Wilmersdorf führt Beschwerde darüber, daß die Berichte über Stadtverordnetenversammlungen nicht ebenso wie in den bürgerlichen Blättern auch im „Vorwärts“ schon am nächsten Tage erscheinen.

Wer muth wendet sich gegen diese Auffassung. Der „Vorwärts“ könne nicht mit der bürgerlichen Presse verglichen werden; was letztere über die Stadtverordnetenversammlungen bringe, sei wenig oder gar nicht; sie beschränke sich nur auf die gefaßten Beschlüsse. Damit würden aber die Leser des „Vorwärts“ nicht zufrieden sein; der „Vorwärts“ müsse auch die sozialen Gesichtspunkte der gefaßten Beschlüsse erörtern. Darauf wollen ja auch die Wilmersdorfer Genossen nicht verzichten. Die Raummfrage lasse aber eine doppelte Berichterstattung nicht zu. Die bürgerliche Presseberichte nur über die Vorgänge in den größeren Kommunen, der „Vorwärts“ müsse aber auch das kommunale Leben der kleinen Gemeinden berücksichtigen. Das bringe einen Stoffandrang mit sich, so daß die Berichte oft nicht so schnell untergebracht werden können, wie die Genossen und die Redaktion selbst es wünschen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion besprachen mehrere Redner Angelegenheiten lokaler Natur, auf welche auch die Genossen Groger und Pagels im Schlußwort eingingen. — Dann wurde dem Kassierer Dehorge erteilt und über die Anträge abgestimmt. Der Antrag Charlottenburg wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Treptow zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag Reichenhagen wird dem Zentralvorstand überwiesen. Der Antrag Mariendorf wird mit der Einschaltung des Zentralvorstandes angenommen. Das gleiche geschieht mit den beiden Anträgen des Zentralvorstandes. Der Antrag betr. Einreichung der Anträge zur Kreisgeneralversammlung erhält dabei noch ein Amendement Scholz-Neukölln:

„Neue Anträge können nur zur Verhandlung zugelassen und zur Abstimmung gebracht werden, wenn 1/3 der Delegierten sich dafür entscheiden.“

Darauf wurde zur

### Wahl des Vorstandes und der Funktionäre

geschritten. Die Zusammenkunft ist danach jetzt die folgende: 1. Vorsitzender Paul Hirsch, 2. Vorsitzender Emil Voelke, Schriftführer Max Groger, Kassierer Alex Pagels, Beisitzer: A. Stieffenhöfer, O. Schenl, Marie Juchacz, Revisoren: Lhurow, Bengel, Riedel, Weinmann und Vigner, Aktionsausschuß: Groger und Pagels, Preßkommission: Heinichs und Stulz, Lokalkommission: Mohr, Vertreterin der Frauen: Frau Juchacz, Kreisbildungsausschuß: Schulz-Neukölln. — Für den geschäftsführenden Ausschuß für Groß-Berlin werden wieder vorgeschlagen: Ernst, Fischer und Voelke. — Als Beisitzer für den Verbandsvorstand resp. als Mitglieder der Schiedsgerichtskommission werden in Vorschlag gebracht: Rüter und Scholz.

Die Versammlung schritt nun zur

### Beratung der Vorlage des Organisationsstatuts.

Der Referent, Genosse Voelke, wies darauf hin, daß seit dem Dresdener Parteitag auch auf jedem folgenden Parteitag ein innerer Kampf getobt habe. Es sind sich immer wieder neue Genossen, die aus der Partei einen Jungbrunnen machen wollen. Dem Parteivorstand werde nachgefagt, er sei zu alt und besitze keine Initiative mehr; bei großen politischen Fragen sei er nicht auf dem Wollen gewesen. Nun sei neues Blut durch die Wahl jüngerer Genossen in den Parteivorstand gebracht worden, trotzdem erklären sich manche Genossen noch nicht zufrieden. In Jena wurde eine Reorganisation des Vorstandes verlangt. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission hat zunächst eingesehen, daß mehr Geldmittel aufgebracht werden müssen, um den Gegnern gegenüber gewappnet zu sein. Der Redner besprach nun den Entwurf der Kommission. Wenn nur 1/3 der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag sich und Stimme haben solle, dann würden die Parteigenossen, welche die Kleinarbeit verrichten, überhaupt nicht mehr auf den Parteitag kommen. Die Reichstagsabgeordneten würden sich ein Mandat aus ihrem Kreise holen. Es sei auch nicht am Platze, den

Reichstagsabgeordneten das Stimmrecht zu entziehen. Der vorgeschlagene Ver-Ausschuß würde eher zur Erschwerung, als zur Erleichterung der politischen Aktionen beitragen. Dasselbe gelte von dem politischen Beirat, der durch die Eisenacher Konferenz in Empfehlung gebracht worden sei. Der Redner gibt in längeren Ausführungen dem Gedanken Ausdruck, daß manche Parteigenossen eine mehr Einheit hätten, die Partei und deren Einrichtungen zu kritisieren. Besonders nennt er den Genossen Radek, der in dieser Hinsicht mehrere Artikel geschrieben habe, obgleich er noch nicht lange Mitglied der Partei sei. Die Artikel solcher Schriftsteller würden den Genossen, welche im Lande agitieren, um die Ohren geschlagen. Es sei schwer, wieder gutzumachen, was jene Genossen durch ihre Artikel verbrochen haben. — Es sei am besten, die Zusammenkunft des Parteivorstandes bleibt wie sie ist, denn viele Köpfe verberben den Drei. Der alte Streit um Statute und Revisionisten besitze nur unter etwa einem Fünftel der Genossen, der übrige Teil sei und bleibe das, was das Richtige ist: Gute Parteigenossen!

Zubeil erwidert zunächst dem Genossen Voelke, daß der politische Beirat nicht von der Eisenacher Konferenz eronnen sei, sondern auch von einem Teil der Reichstagsfraktion in Erwägung gezogen wurde. Auch dieser Redner teilt die Ansicht, daß der Ver-Ausschuß eine Erläuterung der Aktionen herbeiführen würde. Es wäre das Beste, wenn der Parteivorstand die Konferenzen der Sekretäre und Redakteure zu einer händigen Einrichtung machen würde. Der politische Beirat soll aus der Reichstagsfraktion genommen werden. Es geschieht aber heute schon, daß der Parteivorstand mit der Fraktion zu politischen Fragen Stellung nimmt. Etwas müsse zwar geschehen, und das sei die Wahl einer Reihe unbeförderter Beisitzer. Wenn man dabei die Provinz mit heranziehen wolle, sei dagegen nichts einzuwenden, aber auch Berlin reife Erfahrungen besitzen. Der Vorstand müsse bei vielen Fragen schnell handeln, da sei es besser, die Beisitzer aus Berlin zu nehmen. Der Reichstagsfraktion das Recht zur Teilnahme am Parteitag zu beschneiden, hält Redner für falsch. Nachdem Abgeordneten dürfte vielleicht damit gebiet sein, er braucht sich dann nicht zur Rechenschaft ziehen zu lassen. Aber es sei doch zu bedenken, daß die Reichstagsabgeordneten die Wünsche der Genossen im Parlament vertreten müssen, da könne man ihnen doch die Gelegenheit nicht verweigern, auf dem Parteitag schon dazu Stellung zu nehmen. Ebenso könne man ihnen das Stimmrecht vorenthalten außer in Fragen, welche die Fraktion angehen. Der Redner spricht sich dann ebenfalls gegen eine Aenderung der Delegiertenvertretung aus. Wenn man den kleineren Kreisen größere Rechte einräumen wolle, dürfe man doch nicht vergessen, daß die großen Kreise ganz andere Mittel aufbringen.

Swald begründet kurz die Anträge Tempelhof. Die finanzielle Frage dürfe bei dem Vertretungsrecht keine Rolle spielen, sondern nur das Parteinteresse. Wenn ein Mitglied angeschuldigt wird, müsse es abwarten, bis die Instanzen gerichtet haben.

Piek stimmt in der Frage des Parteivorstandes dem Genossen Jubel zu. Weiter nimmt der Redner den Genossen Radek gegen die Angriffe des Genossen Voelke in Schutz.

Reitig begründet einen Antrag Treptow. Auf dem Parteitag solle nur derjenige Stimmrecht haben, der ein Mandat besitzt.

Feller tritt dafür ein, daß die Reichstagsfraktion nur ein Drittel ihrer Mitglieder delegieren darf.

Stulz begründet einen Antrag Charlottenburg, den Parteivorstand um 12 Beisitzer zu verstärken. Dadurch würden die beamteten Vorstandsmitglieder ganz bedeutend entlastet werden und man brauche keinen Parteiauschuß, der die Aktionsfähigkeit nur erschweren würde.

Zubeil begründet hierauf noch einen Antrag, die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. In der Fraktion herrsche jetzt eine geteilte Meinung, wie sie sich zu der Erbschaftsteuererhöhung der Regierung verhalten solle, die im Herbst zu erwarten sei. Ein Teil stehe auf dem Standpunkt, daß Steuern, welche die Reichen treffen und zur Ablösung solcher Steuern dienen, die das Volk bekrähen, auch dann bewilligt werden sollen, wenn sie zu militärischen Rüstungen Verwendung finden sollen. Der andere Teil will Steuern, die diesen Zwecken dienen sollen, überhaupt nicht bewilligen, der Parteitag müsse daher eine Klärung schaffen.

Die Diskussion wird nun geschlossen. Der Antrag Zubeil wird in Verbindung mit einem Antrag Mohrs, die Lebensmittelerhöhung auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, angenommen.

Der Antrag Tempelhof wird dann in folgender Fassung angenommen:

Dem § 23 soll als 4. Absatz hinzugefügt werden: Entzieht sich ein Angekluldigter einem gegen ihn eingeleiteten Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteiorganisation, so kann das Richtwiederaufnahmeverfahren gegen ihn eingeleitet werden.“

Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Einer Resolution, der Parteitag möge den Drammteinhofstok erneuern und bekräftigen, wurde einstimmig zugestimmt.

Dann wurden die Resultate der Wahlen der Delegierten zum Parteitag und zum Preussentag verkündet. Zum Parteitag wurden gewählt: die Genossen Paul Feller, Albin Mohs, Wilhelm Piek, Frau Köhl und Frau Böhm. Als Ersatzmann fungiert Riedel. Der Zentralvorstand delegiert Lhurow. — Zum Preussentag gewählt wurden: die Genossen A. Scholz, A. Rüter, O. Swald und Frau Juchacz. Als Ersatzmann fungiert H. Wade. Der Zentralvorstand delegiert Groger.

Die Beratung über das Statut für Groß-Berlin mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da das Versammlungslokal infolge des Vollstehes nicht mehr länger zur Verfügung stand. Die Delegierten des Kreises zur Verbandsgeneralversammlung wurden beauftragt, vor Beginn der letzteren am nächsten Sonntag noch dazu Stellung zu nehmen.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Die Kreisgeneralversammlung für den Wahlverein Potsdam-Spandau-Osthavelland tagte Sonntag, den 18. August, im Stabliement der Brauerei Pichelsdorf, Spandau. Anwesend waren 37 Vertreter, darunter 27 gewählte Delegierte, der Kreisvorstand, Genosse Dr. Liebnicht als Abgeordneter des Kreises und Genosse Wels als Vertreter des Provinzialsekretariats. Nach dem stimmungsvollen Vortrag einiger Kampflieber durch den Arbeitergesangverein Spandau eröffnete der Kreisvorsitzende Genosse Schuberz um 10 1/2 Uhr die Versammlung. Zu dem gedruckt vorliegenden

### Jahresbericht

gab er einige kurze Erläuterungen, dabei besonders betonend, daß die Berichte der einzelnen Orte pünktlicher als bisher eingefandt werden müßten. Dem Bericht selbst ist zu entnehmen, daß das verfloßene Geschäftsjahr im Reichen des Kampfes stand. Der Kampf um das Reichstagsmandat ist wohl nur in wenigen Kreisen mit so schmerzlichen und vergifteten Waffen geführt worden, als im vornehmen „Kaiserkreis“. Die emsige Arbeit der Genossen wurde durch den herrlichen Sieg gekrönt. 21 505 Wähler gegen 17 158 im Jahre 1907 votierten für die Sozialdemokratie; in der Stichwahl wurde der Kreis mit 24 299 gegen 20 369 gemerliche Stimmen zum ersten Male erobert. — Die Zahl der Mitglieder ist von 2639 (2577 männliche und 262 weibliche) auf 3334 (3038 männliche und 296 weibliche) gestiegen. — Die Abonnentenzahl der Parteipresse ist um 23,25 Proz. gestiegen; der „Vorwärts“ wird in 1863, die Brandenburgische Zeitung in 2347 Exemplaren gelesen. Bildungsausschüsse bestanden im Berichtsjahre nur fünf, den Jugendauschüssen wurde das nötige Interesse noch nicht entgegengebracht. Generalkonferenz

find im Kreise 8890, genossenschaftlich 2478 Genossen organisiert. — Sozialdemokratische Stadtverordneter sind erst vier, und zwar in Spandau zu verzeichnen. Die Zahl der Gemeindevorsteher hat sich von 18 auf 23 vermehrt und verteilt sich auf folgende Orte: Bornim 1, Böhlow 2, Gladow 2, Eiche 1, Gohm 1, Hennigsdorf 3, Krummen 1, Marwitz 3, Tiefwerder 2, Velten 4 und Wehlitz 2. — In öffentlichen Versammlungen wurden 163, Versammlungen 144, Vorstandswahlen 154 abgehalten.

Neben 810 000 allgemeinen Flugblättern wurden 58 674 „Fadeln“, 13 600 Exemplare des „Markischen Landboten“, 900 polnische sowie 850 Schiffer-Stalender verteilt.

Den Klassenbericht ergänzte der Kreisleiter Genosse Stahl. Die Klassenverhältnisse seien trotz der hohen Anforderungen, die die Reichstagswahl an die Klasse stellte, äußerst günstige, denn ein Klassenbestand von 907,67 M. war nach einer Zahl nie zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen betragen einschließlich eines Klassenbestandes von 4331,75 M., sowie eines Zuschusses des Provinzialsekretariats in Höhe von 3453,11 M., 24 568,92 M.; die Gesamtausgaben betragen 23 659,25 M., darunter 9043,19 M. Wahlkosten. In den Parteivorstand wurden 2442,42, an das Provinzialsekretariat 1465,45 M. abgeliefert; die Ortsvereine erhielten Zuschüsse im Gesamtbetrage von 7503,67 M.

In der Diskussion wurden besonders die Erfahrungen, die man bei der Reichstagswahl sowie der Stadtverordnetenwahl in Spandau gesammelt hat, erörtert. Mit der Beschaffung der Referenzen waren einige Redner unzufrieden, zumeist Schematisierung sei schädlich, auch würde dadurch den Genossen in den einzelnen Orten die Selbstständigkeit sowie das Verantwortlichkeitsgefühl genommen. — An den Berichten wurden wesentliche Ausstellungen nicht gemacht und dem Kreisvorstand Entlastung erteilt.

#### Den Bericht von der Provinzialkonferenz

gab Genosse Stahl-Potsdam. Er bedauerte, daß Berlin die Provinz verlassen und das Parteilicht erloschen habe. Trotzdem gehe es überall vorwärts; so sei die Mitgliederzahl von 25 548 auf 29 511 gestiegen; die drei Provinzialblätter haben ihre Auflagen auf 40 000 gesteigert. Die Haupttätigkeit der Genossen müsse sich jetzt auf die Vorbereitung zur Reichstagswahl, dies sei vor allem die Erlangung der preussischen Staatszugehörigkeit, konzentrieren.

#### Ueber die preussischen Landtagswahlen

Hieß Genosse Liebknecht ein kurzes instruktives Referat. Die außerparlamentarischen Mittel mühten im bevorstehenden Wahlkampf in den Vordergrund gestellt werden. Mit aller Energie müsse nicht nur in den Kreisen, wo uns der Erfolg des Mandates winkt, gearbeitet werden, sondern überall sei eine lebhafteste Agitation notwendig. Es gelte vor allen Dingen die Wähler zu zählen, damit aller Welt die Reichlosigkeit des größten Teiles der preussischen Staatsbürger vor Augen geführt werde. Die Ansichten des Genossen Eisner seien völlig undiskutabel, denn die Nationalliberalen seien die Verfechter der reaktionärsten, plutokratischsten Wahlrechts, aber auch die Preussischen würden sich höchstens zu einer rein platonischen Erklärung — die dann nicht einmal gehalten würde — aufschwingen. Sei doch selbst das „Verl. Tagebl.“, das erst den Ansichten des Genossen Dirsch beipflichtete, weil von ihm abgerückt, als er eine Gegenleistung von den Liberalen forderte. Bei den Wahlmännerstichwahlen ließe sich aus taktischen Gründen vielleicht hier und da eine Verständigung erzielen, aber bei der Wahl müsse unbedingt selbstständig vorgegangen werden. Es gelte beizeiten zu rufen, denn der Kampf müsse mit aller Schärfe geführt werden.

In der Diskussion war man einmütig der Ansicht, weder Mühe noch Kosten zu scheuen im Kampfe gegen die preussische Sunterfeste. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

Die Kreisgeneralversammlung beschließt, in den Landtagswahlkreisen Spandau, Osthavelland und Potsdam den Wahlkampf mit allem Nachdruck zu führen und die Vorbereitungen dazu alsbald zu treffen.

Nach der Mittagspause referierte Genosse Schubert-Spandau über den Parteitag in Chemnitz.

Am ersten Anlauf behandelte er die Reorganisation des Parteivorstandes. Die Einsetzung des vorgeschlagenen Parteiaussschusses sei

nicht begründet, der Apparat würde auch viel zu schwerfällig arbeiten. Eine Verklärung des Parteivorstandes aus den Reihen der agitatorisch tätigen Genossen sei eine andere Frage, eine Vermehrung um drei Mitglieder dürfte vollstaus genügen. Erst im vergangenen Jahre sei dem Parteivorstand „frisches Blut“ zugeführt worden und es liege durchaus kein Anlaß zur Bevormundung durch einen Ausschuss vor. — Die verflochtene Reichstagswahl dürfe noch Anlaß zu lebhaften Erörterungen geben. Das Abkommen als Ganzes müsse gutgeheißen werden und über die „Dämpfung“ solle man sich nicht allzu sehr aufregen. Es sei klar, daß man etwas geben muß, wenn man etwas erhalten will. Wäre das Abkommen nicht geschlossen, so wären die Liberalen ganz unter die Fittiche der Schwarzblauen gekommen. Reichhausen und Hagen-Schmelm wären ohne Abkommen nicht erobert worden. — Zum „Fall Landsberg“ müsse ein erstes Wort gesprochen werden, denn wer die gefahnen Beschlüsse nicht beachte, stelle sich außerhalb der Organisation. — Zur Waiseier bemerkt Redner, daß der Rürnberger Beschluß, die Abführung eines Tagesverdienstes von den Genossen, die sich in Parteistellungen befinden und keinen Lohnausfall erleiden, zu Recht man abwarten, welche Stellung der internationale Kongreß zur Waiseier einnehme. — Dem Imperialismus müsse schärfer zu Leibe gegangen und gemeinsame Aktionen auf internationalem Boden vorbereitet werden. — Die Sonderkonferenzen innerhalb der Partei seien zu verurteilen, denn sie liegen nicht im Interesse der Partei.

Liebknecht wandte sich ebenfalls gegen die Einsetzung eines Parteiaussschusses. Die Aktionsfähigkeit würde nicht gefördert, sondern eher gehemmt werden. Der Parteivorstand könne Aktionen bei ersten Fragen sofort einleiten, denn er könne doch die Stimmung der Massen. Zu seiner Information solle er wie bisher die Bezirkssekretäre zusammenberufen. — Die „Dämpfung“ im Stichwahlabkommen sei nicht notwendig gewesen. Das beste würde sein, wenn über das Abkommen so schnell als möglich Geas gemacht wäre. Es sei in einer außerordentlichen Situation und wohl von niemand gern abgeschlossen worden. In unserem Wahlkreis wollten wir erst nichts vom Abkommen wissen, sondern allein weiterkämpfen. Schließlich forderten wir doch die Einlösung des Wechsell; wie weit dies gesehehen, zeigte die Abstimmung. — Das Vorgehen des Genossen Landsberg, den Redner dreimal zum Verlassen des Saales aufgefordert habe, sei eine kindische Demonstration und müsse als solche behandelt werden. Die Eisenacher Konferenz sei vielfach mißdeutet worden, sie sei lediglich die Fortsetzung einer Sitzung des linken Flügels der Reichstagsfraktion gewesen. Am besten wäre es, derartige Zusammenkünfte unterließen. — Redner begründet noch folgenden Antrag:

„Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, in Gemeinschaft mit der Generalkommission ohne Verzug energische Maßnahmen zur speziellen Aufklärung und Erziehungsarbeit unter den Jugendbliden zwischen 18 und 20 Jahren zu ergreifen.“

Wies auf die Hindernisse und Schwierigkeiten hin, die der Durchführung des Antrages im Wege stehen. Die Sonderkonferenzen innerhalb der Partei verurteilte er mit aller Schärfe, sie kämen besonderen Parteitagen gleich und seien eine große Gefahr für die Gesamtpartei. Wenn die Abgeordneten sich derartige Sonderkonferenzen erlauben, was sollen dann die Genossen machen, die man fortwährend zur Einigkeit ermahne. Der Organisationsplan sei Sache der Organisation, aber nicht der Abgeordneten, diese mühten zuerst ihre Organisation fragen. Die Masse müsse entscheiden, so aber jede man sie zu beeinflussen. Der Parteitag müsse derartigen Konferenzen, mögen sie von rechts oder links einberufen sein, einen Riegel vorschreiben. Als Mitglied der Reorganisationskommission erklärte Redner, daß er selbst kein großer Freund des Ausschusses sei, aber es sei das einzige, was die Kommission habe vorschlagen können. Wenn man den Ausschuss als schwerfällig bezeichne, so könne dies höchstens in bezug auf die Beratungen zutreffen; innerhalb 24 Stunden könne er doch zusammengerufen sein. Das Stichwahlabkommen sei nur eine Folge des Aenax-Beschlusses; die Dämpfung möge man nicht begründen, doch sei sie unter Zustimmung der Genossen der beteiligten Kreise gesehehen.

Stahl-Spandau billigte die Stichwahlparole. Eine Erhöhung der Beiträge im allgemeinen sei nicht zu befürworten, man solle den Kreisen möglichst freie Hand lassen. — Tromppler-Spandau wandte sich gegen Einsetzung eines Parteiaussschusses, es gelte nicht an, den Parteivorstand unter Kuratel zu stellen. Die Vertretung der Abgeordneten auf dem Parteitag solle man in der jetzt bestehenden Form belassen. — Unsere Jugendbewegung bestreite sich etwas zu viel mit Sport; man müsse versuchen, der Sportexzesse entgegenzutreten. — R o l l e -Velten wandte sich gegen die Sonderkonferenzen sowie das Vorgehen des Genossen Landsberg. Unger-Marwitz gegen den 3er Ausschuss.

Staab-Potsdam erkannte an, daß der Parteivorstand mit dem Stichwahlabkommen das Beste habe tun wollen, aber die „Dämpfung“ hätte vermieden werden müssen. Die schädlichen Sonderkonferenzen seien eine logische Folge der Verhältnisse innerhalb der Reichstagsfraktion. Durch den geplanten Ausschuss solle der Parteitag ausgeschaltet werden, daher mühten wir ihn abzulehnen.

Liebknecht kam nochmals auf die Eisenacher Konferenz zu sprechen, der viel zu große Bedeutung beigegeben werde. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung führe dazu, daß wir uns nicht sprenge, sondern enger zusammengetrieben würden. Die Vertretung der Gesamtpartei sei auf dem Parteitag notwendig, damit man sie kritisieren könne und sie die Stimmung der Massen kennen lerne. In gewissen Fragen könne man ihr vielleicht das Stimmrecht entziehen.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Liebknecht sowie folgende Anträge angenommen:

„Der Parteitag wolle die Einführung eines Parteiaussschusses in die Parteioorganisation ablehnen.“

„Der Parteitag wolle Mittel und Wege suchen, damit die außerhalb des Rahmens der Organisation stattfindenden Konferenzen des linken und rechten Flügels unmöglich gemacht werden.“

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Staab-Potsdam, Stahl-Spandau gewählt, als Ersatzmann Genosse Krumnow-Regin.

Die Beratung der gestellten

#### Anträge

entwarfte eine lebhafteste, zum Teil recht leidenschaftliche Debatte. Angenommen wurden folgende Anträge:

Bornstedt-Potsdam: „Der § 3 des Kreisstatuts ist wie folgt abzuändern: Die Weisiger zum Kreisvorstand müssen aus anderen Orten des Bezirks gewählt werden und haben an allen Sitzungen teilzunehmen.“

§ 13, Abs. 1. Lechter sah des neuen Kreisstatuts soll wie folgt lauten: Bis zu 400 Mitglieder drei und für jede weiteren 300 Mitglieder je einen Delegierten. Die Höchstzahl der Delegierten betrage jedoch fünf. Rahgebend ist die Mitgliederzahl der letzten Abrechnung.

Ein Antrag der Spandauer Genossen, pro Jahr und Mitglied 40 Pf. für Bildungsbestrebungen den einzelnen Orten zu überweisen, wurde abgelehnt, dagegen folgender Antrag angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung erkennt an, daß der Spandauer Antrag guten Erzeugnissen entspricht, finanziell jedoch undurchführbar ist. Sie beauftragt den Kreisvorstand, soweit Mittel vorhanden sind, die Bildungsbestrebungen zu unterstützen.“

#### Die Wahl des Kreisvorstandes

führte zu unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen dem Kreisvorstand und den Spandauer Delegierten. Eine aus sechs Genossen bestehende Schiedskommission soll unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden die Streitigkeiten zu schlichten versuchen. — Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Schubert, 1. Kreisvorsitzender, Stahl, 2. Vorsitzender, Reichert, Schriftführer, Staab-Potsdam und Wilih-Velten Weisiger, 1. Kreisvorsitzender, Bismann-Potsdam und Lehmann-Warwitz Revisoren, Tromppler Bildungsausschuss. Der zweite Kreisvorsitzende soll in der nächsten Generalversammlung des Ortsvereins Spandau gewählt werden.

Nachdem als Tagungsort für die nächste Generalversammlung Bornim bestimmt wurde, erfolgte gegen 10 Uhr Schluß der Versammlung.

### Todes-Anzeigen

#### Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Frankfurter Viertel. Sez. 253.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Hauswirt

**Heinrich Kutzke,**

Wahlstr. 7, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Wilmersberg aus statt.

Der Vorstand.

#### Sozialdemokrat. Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Schiller Viertel. Bezirk 162.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Hauswirt

**Heinrich Liebick,**

Wiener Str. 13, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

#### Sozialdemokratischer Wahlverein

des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Stralauer Viertel. Bezirk 329.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Handlungsgehilfe

**Richard Kostmann**

Wauer Str. 16, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Von der Reise zurück 128/13

**Dr. Ratkowski**

Spezialarzt f. Magen- u. Darmkht.

6, Oranienstr. 193, II.

#### Sozialdemokratischer Wahlverein

des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 3. d. M. verstarb unser Genosse, der Hausdiener

**Max Kubel**

Stroßer Str. 73 (Bezirk 607).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Wilmersberg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

#### Sozialdemokratischer Wahlverein

des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 18. August verschied nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

**Bernhard Hünecke**

im Alter von 51 Jahren.

Sein offenes Wesen und hiederer Charakter sichern ihm ein dauerndes Gedenken bei den

Kollegen

der „Vossischen Zeitung“.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des III. Friedhofes der Gemeinde Pankow, Schönholzer Heide, aus.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

#### Sozialdemokratischer Wahlverein

des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Stralauer Viertel. Bezirk 329.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Handlungsgehilfe

**Richard Kostmann**

Wauer Str. 16, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Von der Reise zurück 128/13

**Dr. Ratkowski**

Spezialarzt f. Magen- u. Darmkht.

6, Oranienstr. 193, II.

#### Deutscher

Transportarbeiter - Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

**Max Kubel**

am Freitag, den 16. d. Mts., im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzenallee aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer

**Franz Schmidt**

am Freitag, den 16. d. Mts., im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wartus-Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

#### Zentralverein

der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Am 16. verstarb unser Kollege, der Holzbildhauer

**Artur Kedzierzynski**

im Alter von 28 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Verwaltung Berlin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Wilmersberg von der Leichenhalle aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

#### Zentralverband der Handlungs-

gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.

Bezirk Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Richard Kostmann**

am 17. d. M. nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

#### Zentral-Verein

der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Am 16. verstarb unser Kollege, der Holzbildhauer

**Artur Kedzierzynski**

im Alter von 28 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Verwaltung Berlin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Wilmersberg von der Leichenhalle aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

#### Zentralverband der Handlungs-

gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.

Bezirk Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Richard Kostmann**

am 17. d. M. nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

#### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Holzbildhauer

**Karl Meyer**

im Alter von 28 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Verwaltung Berlin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Wilmersberg von der Leichenhalle aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes, Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

#### Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4



# Garbáty

## Cigaretten

# Königin

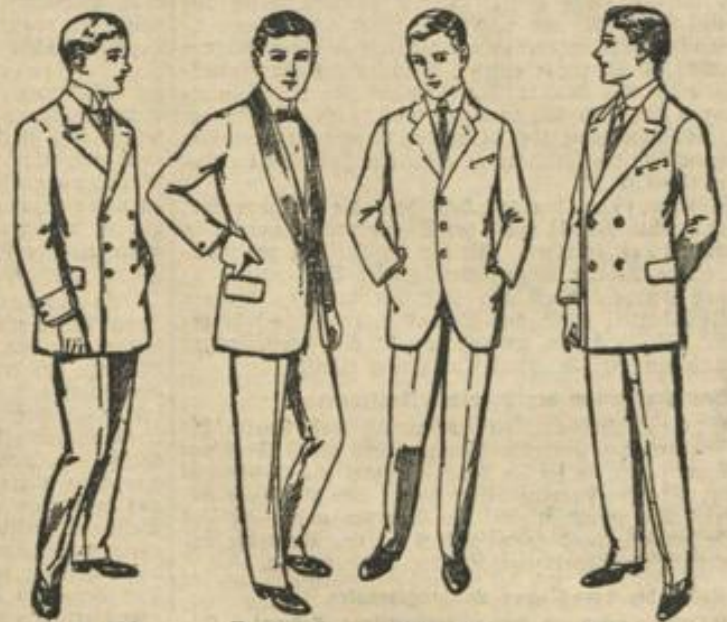
von

# SABA

Garantiert Handarbeit

# Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-5-6



## Einsegnungs-Anzüge

in schwarz und blau

Form:		Brustweiten:			
		72	76	80	84
134	Blauer Cheviot	11.-	12.-	18.-	14.-
137	Blauer Cheviot, gute Qualität	15.-	16.-	17.-	18.-
134	Schwarz Kammgarn	17.-	17.50	18.-	18.50
136	Schwarz Ripkammgarn	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Sehr haltbarer blauer Cheviot	18.-	19.-	20.-	21.-
136/137	Schwarz Kammgarn Qualität I.	21.-	22.-	23.-	24.-
137	Blauer Melton	21.-	22.-	23.-	24.-
134	Schwarz Kammgarn-Cheviot	24.-	25.-	26.-	27.-
134	Blau Kammgarn-Cheviot	24.-	25.-	26.-	27.-
136	Schwarzer Melton	32.-	33.-	34.-	35.-
134	Blauer Melton-Cheviot	32.-	33.-	34.-	35.-
135	Schwarz Tuchkammgarn	36.-	37.-	38.-	39.-
134	Blauer Melton-Cheviot Qualität I.	36.-	37.-	38.-	39.-
135	Prima schwarz Tuchkammgarn mit Croché	41.-	42.-	43.-	44.-
136	Schwarzer Melton-Cheviot, sehr elegant	41.-	42.-	43.-	44.-
134	Blauer Melton-Cheviot, Ia Qualität	41.-	42.-	43.-	44.-
135	Schwarz Drapé	46.-	47.-	48.-	49.-
134	Blauer Foné-Cheviot	46.-	47.-	48.-	49.-

## Farbige Jünglings-Anzüge

134	Modern gemusterte Cheviots	18.-	14.-	15.-	16.-
134	Cheviots in modernen Streifenmusterungen	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Grün und braun melierte Cheviots	21.-	22.-	23.-	24.-
134/137	Verschiedene Cheviots in hochmoderner Ansmusterung	28.-	29.-	30.-	31.-
134/136	Elegant gemusterte Kammgarne und Cheviots	32.-	33.-	34.-	35.-
134/136	Kammgarne und Cheviots in prima Qualität und neuesten Musterungen	41.-	42.-	43.-	44.-

Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte Knaben- u. Jünglings-Kleidung ist preiswert und unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung

**Möbel** kauft man reell u. am besten beim **Tischlermeister.** **Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.**  
**Gustav Rentel,** Tischlermeister, **Landsberger Str. 6,** am Landsberger Tor

**Frack-Verleih-Institut** S. Berg Nachf. Borchardt.  
 Friedrichstr. 115 I, am Oranienb. Tor. Tel.: Nord 7402. 37142\*

**Land u. Wald** am gr. Storkower See mit eigenen Bootstellen  
**OR von 7 M. an.**  
 Terraingesellsch. am Storkow- und Scharnützelsee m. b. H., Berlin C, 2, Burg-Strasse 30.

Grad, Quoting, Gebrodenzunge, Chapeauclaque, für jede Figur pass., vortrefflich in verschiedenen Preislagen. Sehr große Auswahl, mäßige Preise.  
 Von der Reihe zurück  
**Augenarzt Dr. Hoffmann**  
 Gr. Frankfurter Str. 134.  
 8<sup>1/2</sup>-11. 5-7. 38332\*  
 Zurückgehört Zahnarzt Drucker.

**Kios** Cigaretten  
 Kurprinz 3 Pfg.  
 Fürsten 4  
 Welt-Macht 5  
 Auto-Klub 6  
 Aero-Klub 10  
**Kleine Berliner** Stück 2 Pf.

**Theater.**  
 Dienstag, 20. August 1912.  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Boigt.** Der rechte Weg. Prater. O diese Berliner.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Deutschd.** Erdgeist.  
**Herrnfeld.** Die man Männer befehrt. Die Original-Klabrias-Partie.  
**Trianon.** Die Briefstache. Ein heimlicher Zwischenfall. Der Dieb.  
**Metropol.** Schwindelmeier u. Co.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Neues Schauspielhaus.** Schwester Schiffer. Der verkaufte Gatte. Ein wenig Musik.  
**Zirkus.** Ein Königreich m. b. d.  
**Friedr. Wilh.** Schauspielhaus.  
 Die leuchtende Schwärze.  
**Rose.** Die Kameliendame.  
 Anfang 8.20 Uhr.  
**Zuifen.** Der verlassene Rehdorf.  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Reines.** Der Unerschämte. Der Krat seiner Ehre. Lotthens Geburtstag.

**Kammerspiele.** Mein Freund Teddy. Königshof-Kaffee. Spezialitäten.  
 Anfang 10 Uhr.  
**Admiralspasch.** Die Ballerina. Pantomime.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Schiller-Theater O.** Wallner-Theater.  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Das Konzert.**  
 Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**  
**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Hohe Politik.**  
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Hohe Politik.**  
**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Große Rosinen.**  
**Theater in der Königgrätzer Straße**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
**Die Kameliendame.**  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
 Auf der Gartenbühne:  
 Juhu! Es ist erreicht! Dr. Neuv.

**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
 Operette von Leo Fall.  
**Theater des Westens.**  
 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**  
**Passage-Panoptikum**  
**Prinz ATOM**  
 Das kleinste menschliche Lebewesen.  
 Das Wunder aller Wunder.  
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

**Metropol-Theater.**  
**Schwindelmeier & Comp.**  
 Abends 8 Uhr  
**10 gr. komische Attraktionen.**  
 10 Uhr  
**Der Wunderpapagei Lora**  
 als  
 Lieder- und Coupletsänger.  
**Trianon-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr. „Die Briefstache.“  
 „Ein heimlicher Zwischenfall.“  
 „Der Dieb.“

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
 Eintritt 1 Mark.  
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
**Boigt-Theater.**  
 Gesundheitsbrunnen Badstraße 58  
 Heute und folgende Tage:  
**Die Ballettschule.**  
 Gesangs-Komödie mit Tanz in 2 Akten.  
 Vollständig neue erstklassige Spezialitäten.  
 Anf. 4 Uhr. Am Saale: Gr. Ball.  
 Voranzeige! Dienstag, 27. August:  
 Benefiz für das Schauspielpersonal:  
**Der rechte Weg.**  
**Casino-Theater**  
 Wiedereröffnung der 12. Spielzeit.  
**Sonnabend, 24. August:**  
 Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben  
**Der Großfürst.**  
 Vorverkauf für die ersten 7 Tage  
 von 11-2 an der Theaterkasse.  
**Königstadt-Kasino.**  
 Alte Holzmarkt- u. Alexanderstr.  
 Täglich: Varieté u. Theater  
 im herrlichen Naturgarten.  
**8 Glanznummern**  
 und „So leben wir.“  
 Gesangs-Vorleser in 2 Bildern.  
 Tägl. Kaffee-Tische bis 6 Uhr.

**Herrnfeld Theater**  
**Wie man Männer bessert!**  
**Die Original-Klabrias-Partie**  
 Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).  
**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger.  
 Neu:  
**Die Nacht der Töne.**  
 Burleske v. Reijfel.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntags 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Berliner Uik-Trio**  
 Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L.  
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**MÖBEL MESSE**  
 AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO  
 BERLIN-1912 vom 17. AUGUST-1. SEPTEMBER  
 EINTRITT FREI GEÖFFNET VON 10-8 UHR



19. Deutscher Ortskrankenkassentag.

Köln, den 18. August.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat heute (Sonntag) abend mit einer kurzen

Vorversammlung

die Arbeiten seiner 19. Generalversammlung begonnen, zu der etwa 1000 Delegierte aus ganz Deutschland erschienen sind.

Köln, 19. August.

Zur heutigen ersten Versammlung waren mehrere Vertreter der Versicherungsbehörden erschienen.

Der Ortskrankentag wurde zunächst von dem Sprecher der Ortskrankenkasse Köln begrüßt. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat sich niemals mit den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen der Krankenversicherung begnügt.

Im Namen des Vorstandes antwortet hierauf der Vorsitzende des Hauptverbandes Abgeordneter Frähdorf-Dresden: Es gibt keine Organisation in Deutschland, deren Mitgliederzahl sich messen könnte mit den fünf Millionen Versicherten, die hier und stehen.

Kerkelkonflikte.

Die Klassen erwarten von uns Nichtlinien, an die sie sich halten können, um die Klassen vor unberechtigten Angriffen zu schützen.

Run sprachen die Regierungsvertreter, von denen Oberregierungsrat Dr. Maxenhold wünschte, daß die Verhandlungen zur Vertiefung des in der Reichsregierung über die Krankenversicherung niedergelegten sozialen Gedankens beitragen mögen.

Geschäftsbericht

Der geschäftsführende Kassendirektor Dr. (Der gedruckte Bericht stellt ein Buch von 244 Seiten dar.) Ein sehr großer Teil des Berichts beschäftigt sich begrifflich mit dem Kerkelkonflikt.

lassen und der Bezüge und Urlaubsverhältnisse der Kassengestellten gewidmet.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Als erster Redner sprach Dr. Hanauer-Frankfurt a. M. über:

„Gewerkekrankheiten und Reichsversicherungsordnung“.

Er führte aus, daß man dem Begriff Gewerkekrankheiten eine möglichst weite Fassung geben müsse. Auch die Tuberkulose muß z. B. dazu gerechnet werden, denn wenn sie auch durch schlechte Wohnungsverhältnisse entstehen könne, so sei das Gewerbe doch von hohem Einfluß auf das Entstehen dieser Volkskrankheit.

„Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten“

zur Sprache. Der Referent Karl Brachel-Köln wandte sich gegen die einseitigen und überhöhten Forderungen der Ärzteorganisationen, die mit gutem Recht vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt worden sind.

In Wahrung der uns anvertrauten, öffentlich-rechtlichen Interessen sind wir lediglich bemüht, Mittel und Wege zu suchen, wodurch wir uns der Bedrohung und Bedrückung durch die Ärzteorganisation erwehren können.

In der Kerkelfrage sind wir alle einig, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller politischen Richtungen. Es handelt sich nicht nur um die Frage des Kerkelstreits, sondern für uns darum, ob wir den Ärzten gegenüber die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufrecht erhalten oder tatsächlich dem Leipziger Verband das Verfügungsrecht über die deutsche Krankenversicherung einräumen wollen.

In der Debatte sprach Redner Müller-Magdeburg für die freie Arztwahl und warnte davor, den Ärzten das Kooperationsrecht einzuführen. — Landtagsabgeordneter Frähdorf-Dresden: Ein Kassendirektor, der jahrelang mit uns gekämpft hat — eben Müller-Magdeburg — hat eine Drohschüre geschrieben, die der Leipziger Verband heute hier an der Tür verteilen ließ.

mischer Beifall.) Frähdorf teilt dann noch mit, daß der Vorsitzende des Leipziger Verbandes gegen ihn wegen einer Zeugnisaussage in einem aus Anlaß der Kerkelfreitigkeiten geführten Prozeß eine Meineidsanzeige erstattet habe.

Gräff-Frankfurt a. M.: Wenn es nach der Regierung gegangen wäre, dann hätten dem Leipziger Verband alle Konzeptionen gemacht werden müssen. (Sehr richtig!) Wenn auch der Tarifvertrag noch in weiter Ferne liegt, kann eine vernünftige Aussprache zwischen den Vertretern beider Gruppen nicht schaden.

Damit schließt die Debatte. Beschlüsse werden nicht gefaßt. Apotheker Staller-Charlottenburg spricht über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern und führt aus, daß die Krankenkassen gegen den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Apotheker nichts einzuwenden haben.

Verbandstag der Schneider.

Köln, den 17. August.

In der gestrigen Abend Sitzung wurden die Punkte 7 und 10 der Tagesordnung erledigt. Zu dem ersteren: „Das Reichsgesetz über die Privatbeamtenversicherung“ hatte der Ausschuhvorsitzende Strübig-Hamburg das Referat übernommen.

Für alle Angestellten des Verbandes, welche nach Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes für Angestellte der Versicherungspflicht unterliegen, übernimmt der Verband die Zahlung der vollen Versicherungsprämie unter der Bedingung, daß die Angestellten der Unterstützungsvereinigung angehören und die zu dieser Unterstützungseinrichtung zu zahlenden Beiträge aus eigenen Mitteln bestreiten.

Angestellte des Verbandes, welche nicht der Versicherungspflicht unterliegen, sind verpflichtet, der Unterstützungsvereinigung anzugehören bzw. ihr beizutreten. Die Versicherungsbeiträge werden in voller Höhe vom Verbande gezahlt.

Die heutige Sitzung wird eingeleitet mit einem Resoluto des Verbandsvorsitzenden Stähler über:

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Der Referent beginnt mit einer kurzen Besprechung der Verschiedenartigkeit der genossenschaftlichen Systeme, ihrer Entstehung und Ausbreitung und wendet sich dann speziell den Konsumgenossenschaften zu, deren Entwicklung und Organisation, um dann das große Interesse der Arbeiterschaft an den Konsumgenossenschaften näher nachzuweisen.

So wie sich die Arbeiter in Gewerkschaften organisieren, damit ihre wirtschaftliche Lage als Produzenten gebessert wird, ebenso ist die Organisation der Arbeiter als Konsumenten notwendig, um ihre wirtschaftliche Macht zu stärken und sich vor der Ausbeutung durch den Zwischenhandel zu schützen.

Das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften und Genossenschaften gegen die Heimarbeit und die Erzeugnisse der Strafanstalten ist als der Anfang gemeinschaftlicher Arbeit nur zu begrüßen, desgleichen die selbstverständliche Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsähnlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaustragen und Vergebung von Arbeiten, wie dies in der Resolution des Dresdener Gewerkschaftskongresses festgelegt ist.

vorliegende Material und die Vorschläge der Kommission. Die Beratung nimmt den weitestgehenden Teil der heutigen Sitzung in Anspruch. Ein sehr wichtiger Beschluß für die fernere Taktik des Verbandes ist der von der Kommission zur Annahme empfohlene Antrag, welcher die lädenlose Annahme der Vorschläge der Unparteilichen zum Reichstagsvertrag empfiehlt. Der Verbandstag stimmte dem ohne jede Debatte gegen eine Stimme zu und erkannte damit an, daß er Lohn- und Arbeitsverhältnisse mehr einheitlich als bisher durch Reichstagsvertrag geregelt wissen will.

Ein weiterer Antrag, der einstimmig zur Annahme gelangt, wünscht, daß an einem Orte nur eine Filiale bestehen darf. — Einstimmig angenommen wurden ferner der Antrag, welcher die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages gesetzt wissen will, sowie ein Antrag der Filiale Stuttgart, welcher die Verhandlungsmitglieder ermächtigt, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mehr der proletarischen Jugendbewegung zuzuführen.

Sämtliche auf das Unterstützungswesen sich beziehende Anträge werden auf Antrag der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung als erledigt erklärt, mit alleiniger Ausnahme der Sterbeunterstützung, deren Einführung nach einem Antrage der Filiale Götting beschlossen wird. Als Sterbeunterstützung sollen demnach in Zukunft nach den vier Lohnklassen gewährt werden 80 bis 50 M., bzw. 25 bis 45 M., bzw. 20 bis 40 M., bzw. 15 bis 35 M. Ferner wurden alle Anträge, die sich auf die Tarife und die Verhandlungen mit den Unternehmern, sowie auf das Schiedsgerichtsverfahren beziehen, auf Antrag der Kommission mit dem Hinweis auf die Annahme der Vorschläge der Unparteilichen für erledigt erklärt.

Ein Antrag wird angenommen auf Antrag der Filiale Berlin I, monach für die Generalversammlungen derjenigen Orte, deren räumliche Ausdehnung eine angemessene Verteilung an den Generalversammlungen ersicht, das Delegiertensystem zugelassen werden soll.

Die Errichtung des in der Generaldiskussion über den Geschäftsbericht vielfach kritisierten Beirats wird auf Antrag der Kommission beschlossen. Der Beirat besteht aus den Mitgliedern des Vorstandes, den Gauleitern, einem Vertreter des Ausschusses und je einem Vertreter der Filialen Berlin, Hamburg, München, Dresden und Stettin. Die Tätigkeit des Beirats in Gemeinschaft mit dem Vorstande erstreckt sich auf die Beratung und Beschlußfassung über die Vorbereitungen zu großen Lohnbewegungen sowie über die etwa erforderlichen Maßnahmen bei großen Streiks oder Auspöckungen im Sinne des Streikreglements. Dem Vorstand steht es frei, den Beirat auch zu Sitzungen, in welchen die Agitation und dergleichen Fragen beraten werden sollen, zu berufen.

Ein Antrag Berlin I fordert die Gleichstellung von Beiratsmitgliedern und unvereinigten Mitgliedern in Bezug auf Zahlung der Sitzunterstützung, jedoch mit der Maßgabe, daß das Beiratsmitglied für jedes Kind 1 M. mehr erhält, bis zum Höchstbetrage von 4 M. Die Kommission empfiehlt ihn; er wird angenommen, nachdem auch der Kassierer erklärt hatte, daß gegen die Tendenz des Antrages keine Bedenken vorliegen. Die Erklärung des Vorstandes wurde vom Verbandstage akzeptiert.

Ein lebhaft umstrittener Antrag war folgender, von der Filiale Königsberg gestellt: „Solidaritätsstreiks und Auspöckungen gelten als Vertragsbruch und heben den Tarifvertrag auf.“ Nachdem man längere Zeit hierzu debattiert hat, wird der Antrag mit 42 gegen 38 Stimmen angenommen. Doch enthält sich etwa 1/4 der Delegierten der Abstimmung. — Angenommen wird ferner noch ein Antrag Rungge und Genossen, die Ortschiedsgerichte zu beseitigen und die Zuständigkeit der Gau- und des Zentralschiedsgerichts im Vertrage klarzulegen.

18. August.

Die heutige Sitzung wird vorwiegend ausgefüllt über nachstehende Vorlage, welche die Gehaltsfrage der Angestellten neu geregelt wissen will und in der gestrigen Sitzung nicht mehr zur Erledigung kam, obwohl man sich bereits zwei Stunden lang damit beschäftigt hatte:

„In Anbetracht der im Jahre 1911 eingetretenen wirtschaftlichen Teuerung, welche bei der Gehaltsregulierung der Angestellten des Verbandes auf dem Hamburger Verbandstage im Jahre 1910 nicht vorausgesehen war, beschließt der Verbandstag:

Allen Angestellten des Verbandes sind als diesbezüglichen Ausgleich zwei Dienstjahre in Anrechnung zu bringen. Die sich hierdurch ergebende Gehaltssteigerung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft und ist der sich ergebende Differenzbetrag zwischen den Gehältern nachzugahlen. Bei denjenigen Angestellten, welche durch diese Entschädigung die Höchstgrenze des zu beziehenden Gehaltes nach der auf dem Hamburger Verbandstage beschlossenen Gehaltskala erreicht haben, bleibt die in der genannten Skala vorgesehene Steigerung bis auf weiteres in Kraft. Für diejenigen Kollegen, welche eventuell durch Verbandstagebeschluß berufen werden, das Amt des zweiten Vorstehenden oder das des zweiten Redakteurs und des Sekretärs zu übernehmen, wird in Anbetracht der wirtschaftlichen Teuerungserwartungen in Berlin daselbst Gehalt wie das des Kassierers gewährt.“

Nach lebhafter Debatte wurde die Vorlage schließlich mit 40 gegen 40 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen angenommen.

Vorstandswahl.

Als Sitz des Verbandes wurde wiederum Berlin bestimmt und als Vorsitzender der Stämme einstimmig wiedergewählt. Dergleichen wurden Sabath als Redakteur des Fachorgans und Heilmann als Kassierer einstimmig wiedergewählt. An Stelle des aus seiner Stellung als zweiter Vorsitzender ausgeschiedenen Kollegen Mirus wurde Schaeffler-Leipzig mit allen gegen eine Stimme gewählt und für den neugeschaffenen Posten eines Sekretärs der diesen Posten bereits provisorisch verlassene Kollege Weider bestellt. Die gleichfalls neugeschaffene Stellung eines zweiten Redakteurs wurde ebenfalls einstimmig dem bisherigen Gauleiter Joseph Franzfurt a. M. übertragen. Für den Ausschuh wurde wiederum Hamburg als Sitz bestimmt und die zurzeit dem Ausschuh angehörenden Mitglieder gleichfalls einstimmig wiedergewählt. Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wird Nürnberg bestimmt.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Richter wird alsdann der Verbandstag geschlossen.

Aus der Partel.

Aus den Organisationen.

Der gehaltliche Landesparteitag wurde am letzten Sonntag in Götting abgehalten. Vertreten waren 46 Ortsvereine mit 118 Delegierten. Genosse Wilhelm Wolf referierte zunächst über die „Reorganisation der Partel“. Der Landesparteitag faßte nach eingehender Diskussion folgende Resolution:

„Der Landesparteitag ist der Ansicht, daß die Schaffung eines Partelausschusses in der vorgezeichneten Form die bestehenden Mängel zu beseitigen nicht in der Lage ist, er hält es vielmehr für zweckmäßig, den Parteivorstand um neun unbesoldete Mitglieder zu verstärken oder eventuell die Rechte der Kontrollkommission zu erweitern.“

Zuherdem wurde eine Resolution angenommen, die die Beitrags-erhöhung für die nächste Zeit ablehnt.

Hierauf erstattete der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Hugo Zentgraf den von uns bereits mitgeteilten Bericht über die Tätigkeit der Landesorganisation. Nach einer lebhaften Diskussion, in der auch eine Anzahl Anträge der Ortsvereine ihre Erledigung fanden, und nachdem der bisherige Landesvorstand von bloo wiedergewählt worden, wurde der Parteitag geschlossen.

Mit dem Parteitage beschäftigte sich der Sozialdemokratische Verein für die Wahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land in zwei

Generalversammlungen. In den Diskussionen, die außerordentlich angeregt und lebhaft waren, spielte besonders die beabsichtigte Einrichtung des Parteiausschusses eine Rolle. Es fehlte nicht an gewichtigen Bedenken gegen die Einrichtung dieser Institution. Auf der anderen Seite wurde der Gedanke, den Parteivorstand durch den Ausschuh zu erweitern, lebhaft verteidigt. In der Abstimmung wurde der Abschuh einer Resolution, der besagte, „die Generalversammlung sei von der Notwendigkeit der Einsetzung eines Ausschusses überzeugt“, abgelehnt. Die übrigen beiden Abschnitte der gleichen Resolution, von denen der eine für die Teilnahme der Reichstagsabgeordneten an den Verhandlungen des Parteitages mit der atender Stimme sich aussprach, und der andere eine Erweiterung des Parteivorstandes im Sinne der Dittmannschen Vorschläge für notwendig erklärte, wurden angenommen.

Ein Antrag Meerfeld, der die Einsetzung einer Studienkommission, die die Unterlagen für die Schaffung eines Agrarprogramms vorbereiten soll, verlangt, wurde zurückgezogen. Dagegen fand mit großer Mehrheit ein Antrag Annahme, der die Sonderkonferenzen scharf verurteilt. Zwei Anträge, die die Partei zum Kampfe gegen den Religionsunterricht in der Volksschule aufzufordern wollten, wurden abgelehnt. Beschlössen wurde, einen Antrag dem Parteitag zu unterbreiten, „er möge den Beschluß, daß die Parteigenossen, die ohne Lohnausfall am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, den Tagelohn abzuführen haben, aufheben“. Schließlich fand noch ein Antrag Annahme, der den Parteivorstand ermächtigt, in höherem Maße Material für die Agitation unter den Privatangestellten (Handlungsgehilfen, Techniker, Bureauangestellten) den Parteifunktionären zur Verfügung zu stellen und die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.“ Bei der Delegiertenwahl akzeptierte die Versammlung einen Vorschlag, diesmal vier Delegierte zu entsenden, darunter eine Genossin. Gewählt wurden die Genossen Meerfeld, Rungge, Schudaritz und die Genossin Köstler.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. nahmen in der letzten Woche in einer Reihe Distriktsversammlungen Stellung zum Parteitag in Chemnitz. Ueber die in diesen Versammlungen angenommenen Anträge wurde dann in einer allgemeinen Versammlung Beschluß gefaßt. In einem Antrage wird vom Parteitag die Schaffung eines monatlich erscheinenden Organs für alle Zweige des Bildungswesens gefordert. Ein anderer Antrag verlangt, daß vom Zentralbildungsausschuh den örtlichen Bildungsausschüssen Material für Bildungsverführungen überlassen wird. Ein Antrag verlangt, daß zur Durchführung größerer Gelegenheitsarbeiten geeignete Parteigenossen aus dem Reiche hinzuzuziehen sind, auch wenn sie der Fraktion nicht angehören. Annahme fand auch ein Antrag, der den Parteivorstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation in den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Für die Delegation zum Parteitag verlangt ein Antrag, daß Wahlkreise bis zu 2000 Mitglieder einen Delegierten, bis 4000 zwei, bis 8000 drei, bis 15 000 vier, bis 25 000 fünf und über 25 000 sechs Delegierte senden sollen. Ein anderer Antrag verlangt, daß der Schnapsbottich in eindrucksvoller Erinnerung gebracht werden soll. Eine Resolution spricht die Erwartung aus, daß Sonderzusammenkünfte im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei in Zukunft vermieden werden sollen. Schließlich fand noch ein Antrag Annahme, wonach Doppellandidaturen in Zukunft nicht mehr gestattet sind.

Die zweite österreichische Parteisckule

ist in Klagenfurt, Kärnten, eröffnet worden. Sie dauert wie die erste, die vor zwei Jahren in Wodenbach stattfand, vier Wochen und ist aus allen Teilen Deutschösterreichs von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen besetzt. Diesmal nehmen 86 deutschösterreichische Genossen und drei Genossinnen teil, ferner ein tschechischer, ein slowenischer und ein Schweizer Genosse; zusammen 92. Der Unterricht umfaßt: Geschichte (Denker), Volkswirtschaft (Wauer), Genossenschaftswesen, Arbeiterbewegung, Statistik (Dr. Braun), Arbeiterversicherung (Eberich), österreichisches Arbeiterrecht (Freig Winter), Zeitungswesen (Morz Winter). Der Unterricht findet täglich von vormittags 7—11, nachmittags 6—7 Uhr statt.

Aus aller Welt.

Der fernflug Paris - Berlin gelungen!

Der Versuch des französischen Fliegers Grindevone, die Strecke Paris—Berlin im Aeroplan zurückzulegen, ist von dem französischen Flieger Audemars mit glücklichem Erfolge wiederholt worden. Allerdings ist es ihm nicht gelungen, die in der Luftlinie etwa 850 Kilometer lange Strecke an einem Tage zurückzulegen, wie er sich das gleich seinem Vorgänger vorgenommen hatte. Immerhin ist die Leistung Audemars auch so eine höchst respectable gewesen.

Audemars war am Sonntag früh gestartet und erreichte nach zweimaliger Zwischenlandung gegen Mittag den Flugplatz Wanne bei Bochum. Von dort wollte er noch am Nachmittag den Weiterflug nach Berlin-Johannisthal antreten, wurde daran jedoch durch das schlechte Wetter, stürmenden Regen und starken Wind, gehindert.

Trotz starkem Nebel stieg er am Montag früh kurz vor 8 Uhr wieder auf, um gegen 1/2 11 Uhr in Hannover einzutreffen. Nachdem er dort seinen Benzin- und Delborrat erneuert hatte, startete er gegen 1/2 2 Uhr von neuem. Um 6 Uhr 25 Minuten nahm er in Döderitz eine Zwischenlandung vor, um dann die letzte Etappe seines Fluges anzutreten. Um 6 Uhr 50 Minuten landete er glatt auf dem Flugplatz Johannisthal.

Audemars hat damit an jedem der beiden Tage eine Strecke von 425 Kilometer in der Luftlinie zurückgelegt. Da er sich auf seiner ersten Etappe verhältnismäßig verfliegen hatte, dürfte jedoch die von ihm zurückgelegte Strecke an den beiden Tagen wohl nicht unter 1000 Kilometer betragen haben. Die treffliche Leistung wird auch dadurch nicht vermindert, sondern eher erhöht, daß Audemars bei der Zurücklegung dieser Strecke sechs oder sieben Zwischenlandungen vornehmen mußte, die ohne den geringsten Zwischenfall verliefen. Auch diese Leistung beweist wiederum die ganze hervorragende Qualität der französischen Flieger.

Audemars, der früher Radrennfahrer war, ist Chefpilot der Oerionwerke und benutzte bei seinem Fluge einen Oeriondecker.

Folgeschwere Pilzvergiftung.

Durch den Genuß giftiger Pilze ist über eine ganze Familie in Dobergast bei Weihenstephan furchtbares Unheil hereingebrochen. Der Volkstretverwalter Drewes aus Dobergast hatte sich am Sonntag im nahen Walde ein Gerichst Pilze gesucht, nach deren Genuß die ganze Familie erkrankte. Drewes und drei seiner Kinder sind gestorben, während die Ehefrau und das vierte Kind hoffnungslos daniederliegen.

Nicht genug kann geraten werden, beim Pilzesuchen nur solche Pilze zu sammeln, deren Genußbarkeit dem Sammler genau bekannt ist.

Attentat auf einen Wiener Weihbischof.

Von einem Geisteskranken wurde am Sonntag vormittag der Weihbischof Pfleger, als er sich in Begleitung eines Dieners zum Hochamt in die Wiener Stephanskirche begeben wollte, angefallen und durch einen Messerstoß schwer verletzt. Weihbischof Pfleger erhielt bei dem Attentat an der rechten Schulter eine vier Zentimeter tiefe scharfkantige Wunde, die bis an das Schultergelenk geht. Die Verletzung ist schwer, aber

nicht lebensgefährlich. Das Befinden des Bischofs ist zufriedenstellend. Der Täter gestand im Verlauf des Verhörs, daß er ursprünglich einen Angriff auf Fürstbischof Ragl beabsichtigt habe. Der Urheber des Attentats, ein gewisser Prinz, hat sein Leben abwechselnd im Kerker und im Irrenhause verbracht. Seit 7 Jahren stand er mit geringen Unterbrechungen in irrenärztlicher Behandlung. Am 18. August war er aus der Heilanstalt am Steinhof, in die er wegen Schwachsinn eingeliefert war, als geheilt oder moralisch defekt entlassen worden. Er kam dann nach Wien, wo er mittellos im Asyl lebte und seine Arbeit finden konnte.

Hochwürdige Steuerdefraudanten.

Nicht nur die Heiligen drei Könige essen — nach Goethe — gern, trinken gern und bezahlen nicht gern. Auch das Dismayer Domkapitel scheint zwar einnehmen zu wollen, was Gottes ist, nicht aber dem Staate zu geben, was des Staates ist. Eine Privatklage des ehemaligen Domkapitelssekretärs Signa enthält die Behauptung, daß das schwerverste Kapittel den Staat um die Steuer für Millionen an Einkommen und Fonds bemogelt habe und den Sekretär zu allen möglichen Schwindeleien veranlaßt habe, um das zu verdecken.

Familientragödie im Seebade.

Ein furchtbares Drama, dessen geheimnisvolles Dunkel noch der Aufklärung bedarf, hat sich am Montag in frühesten Morgenstunden in Eastbourne, dem vornehmsten Ausflugsorte und Seebade der englischen Südküste, zugetragen. Ein früherer englischer Infanterieoffizier, Hauptmann Murray, der mit seinen beiden Kindern und zwei Diensthoten in einem entzückend gelegenen kleinen Häuschen am Strande wohnte, erschob gestern morgen seine noch schlafenden Kinder; dann setzte er das Haus in Brand und jagte sich selber eine Kugel aus einem Winchesterkarabiner durch den Kopf. Die hellen Flammen schlugen bereits aus dem Hause, als die Nachbarn die Feuersbrunst bemerkten. Jede Hilfe war zu spät, das Haus brannte bis auf die Grundmauern nieder. In den Trümmern wurden fünf Leichen gefunden, die Hauptmann Murrays, seiner beiden Kinder und zweier anderer Personen, die noch nicht identifiziert werden konnten. Man glaubt, daß es sich um die Leichen der Diensthoten handelt.

Neues vom New Yorker Polizeisumpf.

Der New Yorker Polizeisumpf zieht immer weitere Kreise. Polizeipräsident Baldwin hat den Polizeipräsidenten Hayes abgesetzt und aller Funktionen enthoben. Wie es heißt, hat Hayes Enthüllungen gemacht, die dem Präsidenten unangenehm zu sein schienen. Hayes soll erklärt haben, daß er auf Anordnung des Präsidenten Baldwin die läbel berichtigten Freudenhäuser mit jeder Kontrolle verschont habe. Die „New York World“ bemerkt hierzu, daß die Freudenhäuser an die New Yorker Polizei jährlich die Summe von fünf Millionen Frank Schweizergelder abgeliefert hätten.

Das Ende des Spielers.

Angestellte des Bahnhofes von Engbien-les-Bains in der Nähe von Paris fanden am Montag früh auf den Schienen, etwa 500 Meter vom Bahnhof entfernt zwischen den Stationen Engbien und Ermont den Leichnam eines elegant gekleideten jungen Mannes, dessen Kopf vom Rumpf getrennt war. Das rechte Bein war vollständig zerquetscht. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Tote ein junger Deutscher namens Ernst Seiffert ist. Näheres über seine Person und Verus konnte jedoch noch nicht festgestellt werden, auch ist sein Wohnort in Deutschland gänzlich unbekannt. Fest steht nur, daß er den besten Gesellschaftskreisen angehört muß. Man fand bei dem Toten ein Billett erster Klasse von Paris nach Engbien, eine Hotelrechnung des Pariser Hotels Bristol, sowie einen Brief an einen Berliner Rotar, in dem Seiffert seinen Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, mitteilt und der Rotar gebeten wird, die Angelegenheiten des Toten mit dessen Familie zu regeln. Zweifellos ist, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Der Lebensmüde hatte, wie festgestellt worden ist, den ganzen Tag bis zum Morgengrauen sich in den Spielflächen von Engbien aufgehalten und ist heute früh über das Geländer des Eisenbahndammes geklettert, um sich vor einem herandrasenden Zuge auf die Schienen zu werfen. In den Taschen des Toten fanden sich keinerlei Geldmittel mehr vor.

Ein freibarer Pfarrer.

In der Nacht zum Sonntag drangen, wie uns ein Telegramm aus Paris meldet, zwei Diebe in die Kirche der kleinen, 600 Einwohner zählenden Gemeinde La Loubière im Departement Avoyon, um die Opferstöcke auszulpländern und die goldenen Altargelände zu rauben. Sie setzten dabei aber eine verheerend angebrachte elektrische Alarmglocke in Bewegung, die zu der Wohnung des Abbé Brémont führte. Dieser begab sich mit einem geladenen Revolver bewaffnet, durch eine Hintertür in die Kirche, wo er sich hinter dem Altar verbarg. Wöglich gab er auf die abnungslosen Diebe mehrere Schüsse ab, worauf diese die Flucht ergriffen. Trotzdem einer von ihnen von einer Kugel getroffen wurde, sind sie beide entkommen.

Ein Kohn-greif.

Ein sonderbarer Zufall wird in Wien Ende d. Wts. vor dem Schutgericht einen kleinen Kongreg von Kamensvettern zustande bringen. Es soll vor dem Gericht gegen acht Angeklagte verhandelt werden, die gemeinam Diebstähle verübten. Diesen Angeklagten wurden Offizialverteidiger beigelegt. Da die Advokaten nach dem Alphabet zu diesen Verteidigungen bestimmt werden, traf es sich, daß jeder der acht Angeklagten einen Verteidiger namens Kohn bekam, und zwar die Herren Dr. Alexander Kohn, Dr. Artur Kohn, Dr. Verthold Kohn, Dr. Emil Kohn, Dr. Gustav Kohn, Dr. Joseph Kohn, Dr. Karl Theodor Kohn und Dr. Leopold Kohn. Es gibt in Wien noch drei Advokaten namens Kohn. Die Diebstehande war aber nicht so groß, daß auch sie dorangelommen wären.

Kleine Notizen.

Ein Drama. In Pandschut (Wolg) hat am Sonntagabend der 24jährige Kaufmann Adolf Müller-Eisenberg seine 21 Jahre alte Frau, mit der er in Ehecheidung lebte, erschossen und hierauf sich selbst getötet.

Opfer der Berge. Aus Tirol werden fast gleichzeitig zwei tödliche Unfälle von Touristen gemeldet. Von einer steilen Wand des Sabinerjochs ist der Maler Kufmann aus München abgestürzt. Im Achenjochgebiet ist ein Tischlergeselle, der eine Vergtourt unternommen hatte, abgestürzt. Seine Leiche wurde geborgen.

Schwerer Unfall bei Flugvorführungen. Aus La Rochelle wird ein schrecklicher Unglücksfall gemeldet: Bei den am Sonntag dort veranstalteten Flugvorführungen wollte der Mechaniker des Fliegers Deneau die Propeller seines Aeroplans in Bewegung setzen, als plötzlich infolge des dichten Gedränges zwei Personen aus der Zuschauermenge in die Reichweite der Schrauben gerieten, die sich bereits in Bewegung gesetzt hatten. Dem einen wurde sofort der Schädel gespalten, der andere wurde schwer verletzt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

# Ein Fortschritt!

Ganz allgemein wird das Kaffeegetränk aus „Kornfranck“ mit Beimischung von „Aecht Franck-Kaffeezusatz“ als das beste in jeder Beziehung bezeichnet.

Es ist intensiv dunkel, im Geschmack sehr fein und kräftig, im Gebrauch sehr billig. 621

## Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

### 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. August, abends 8 Uhr:

### 6 Viertels-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

#### 1. Görlitzer Viertel

bei Graumann, Raunynstraße 27.  
Referent: Genosse Wielech.

#### 2. Köpenicker Viertel

in „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.  
Referent: Genosse Helle.

#### 3. Frankfurter Viertel

bei Boer, Weberstraße 17.  
Referent: Genosse Davidsohn.

#### 4. Stralauer Viertel

in den Comenius-Sälen, Memeler Str. 67.  
Referent: Genosse Brückner.

#### 5. Petersburger Viertel

in der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 58.  
Referent: Genosse Siegle.

#### 6. Landsberger Viertel

im Elysium, Landsberger Allee 40.  
Referent: Genosse Büchner.

Tagesordnung:

1. Anträge und Vorschläge der Delegierten zum Parteitag.
2. Vorschläge für eine eventuell zu wählende Schiedsgerichtskommission.
3. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.

➔ Mitgliedsbuch legitimiert. ➔

Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

### Mitgliederversammlungen:

#### Korbmacher

Mittwoch, den 21. August, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal).

Tagesordnung:

1. Tod Eubankwewesen und die Innung.
2. Anträge zur Generalversammlung.
3. Erlasswahl zur Kommission.
4. Branchenangelegenheit.

#### Modell- u. Fabriktschler

Donnerstag, den 22. August, abends pünktlich 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstag.
  2. Anträge zur Generalversammlung.
  3. Branchenangelegenheiten.
- Die arbeitstüchtigen Kollegen werden gebeten, in der Versammlung zu erscheinen.

#### Stellmacher.

Donnerstag, den 22. August, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12:

### Versammlung

der in den Innungsbetrieben beschäftigten Stellmacher.

Tagesordnung:

1. Welche Lehre ziehen die Kollegen aus der Lohnbewegung in den Wagenfabriken?

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III. Umt Norden, Nr. 1299. Charlottenstraße 3. Umt Norden, Nr. 1087

Mittwoch, den 21. August, abends 6 Uhr:

### Versammlung

aller in Alfenidebetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in den Ritterfälen (Zuh. Bericht), Ritterstraße 75.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Alfenidebetrieben.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen jedes einzelnen notwendig. Keiner darf fehlen.

Was besonders sind die Kollegen der nachstehenden Firmen dazu eingeladen: Edel u. Schumann, Friedrich u. Ruff, Michaelis u. Post, Kirchner, Zahn, Grundmann, Gräber u. Winkelmann, Grander, Bar u. Stein, J. und G. Tude, Reutlin.

Die Ortsverwaltung.

## Kranken-Unterstützungsbund der Schneider

(Filiale Berlin).

Donnerstag, den 22. August 1912, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

in den „Kreuzhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1912.
  2. Berichtserstattung von der 15. Generalversammlung in Wiesbaden.
  3. Diskussion.
  4. Kassenangelegenheiten.
- Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

104/14

Die Lokalverwaltung.

## Steppdecken

Sonderofferte!

Nur diesen Monat!!

Purpur	doppel-seitig	2 <sup>35</sup>	3,85
Cretonne-Steppdecken		2 <sup>65</sup>	3,85
Trikot	doppel-seitig	4 <sup>35</sup>	3,90
Similiseide	bord-oliv.	3 <sup>95</sup>	6,00
Normal-Schlafdecken		110	250 350
Kamelhaardecken		10,-	24, <sup>00</sup>

## Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

### Spezial-Katalog

mit ca. 600 Abbildungen gratis u. franko.

# Stoffe

für elegante Maßanzüge, Paletots, Ulster etc., Mtr. 4,-, 5,-, 6,- M. Damen - Kostümstoffe, Damenuische „Neuhaiten“ Mtr. 2,-, 3,-, 4,- M. Loden f. Pelzerinnen Mtr. 1,50, 2,50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadelloos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

## Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Rothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstätte.

Reparaturen Eyes: Unersichtlich laubere Wenur für Schüler. Tonberbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone ähnlich sind. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratensatzung für Bornwärts-Abonnement. Ungeduldig ehrende Anerkennungen.

Smil Toussaint. Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin N. 24, St. Hamburgerstr. 17.

# Zur Einsegnung

## Schwarze Anzüge

Satin-Kammgarn, Diagonal, Cheviot, Corkscrew und Tuch-Gewebe

M.	45.-	40.-	36.-	30.-	27.-
M.	24.-	21.-	18.-	15.-	12.-

## Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviots, Foulés, Melton in glatten und schrägen Geweben, schwarzen und vielen blauen Farben

M.	45.-	36.-	30.-	27.-	24.-
M.	21.-	18.-	15.-	12.-	10.-

## Prüfungs-Anzüge

Moderne Stoffe in großer Farben- und Muster-Auswahl. Schöne Fassons

M.	36.-	30.-	25.-	20.-	15.-	9.-
----	------	------	------	------	------	-----



Sehr preiswert Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenfrei!

# Manoli

Cigarettes  
Specialmarken

Abbas Dandy  
Gibson Girl



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Bei der am 18. August stattgefundenen Urwahl wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender: Schröder mit 1630 Stimmen; 2. Vorsitzender: Jacobowski (1919). 1 Kassierer: Schmidt, Gustav, (1942); 2 Kassierer: Pohje (1919). 1 Schriftführer: Rautmann (1902); 2 Schriftführer: Weil (901). Beisitzer: Genossin Baader (1686); Appel (910). Revisoren: Schäfer (1634); Walkow (1545); Henning (1209). Pressekommision: Ewald (1114); Häußer (1207). Lokalkommision: Reinhardt (1484). Schiedsgerichts-Beisitzer: Schwemke (905). Partei-Ausschuß: Ewald (652). Revisor für Groß-Berlin: Schmidt, Gustav (1932). Delegierte zum Parteitag: Schwahn (1298); Pechke (1195); Walkow (1369).

Charlottenburg. Heute, Dienstag, abends 7/9 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 4. Beschlußwesen. Der Vorstand.

Tempelhofer. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Becker, Berliner Str. 41/42: Mitgliederversammlung. Neben anderen wichtigen Beratungsgegenständen steht ein Vortrag des Genossen Vermuth über: „Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ auf der Tagesordnung.

Bezirk Stralau. Donnerstag, den 22. August, abends 8 Uhr, findet im Lokal Steinide, Alt-Stralau 5, eine Mitglieder-Versammlung statt. Die Genossen werden ersucht, ihr Mitgliedsbuch mitzubringen, da das neue Statut eingelebt werden soll. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Ein Tag der Arbeiter-Turner.

Dem Volke ein gesunder Körper und ein gesunder Geist... Turnen ist Arbeit im Gewande jugendfrischer Freude! Mit diesen Kraft- und Mahnworten lud der Arbeiterturnverein „Fichte“ zum Sportfest seiner Lehrlingsabteilungen am vorigen Sonntag auf der großen Spielwiese im Treptower Park ein. Kaum einen idealeren Festplatz im Freien gibt es in Groß-Berlin. Mit seinem smaragdgrünen weiten Oval, abseits des ragenden Großstadtriefen, ist er ein Stadion, wie geschaffen für solchen Zweck von der Natur und von liebevoll pflegender Menschenhand. Das Wetterhoroskop war am frühen Morgen nicht glücklich gestellt. Der scheidende Sommer zog ein herbliches Griesgrammgesicht, aber in den Herzen der Tausende, die sich gefreut hatten auf Vorkauf, pöchte und keimte es wie im Frühling. Und als zur allgemeinen Ueberraschung fast plötzlich das Gewölk sich siegreich teilte und Frau Sonne strahlend auf die regennasse Erde lachte, ging es mit wüthiger Pointe durch die Massen: Arbeiterwetter! Nur langsam wird es auf dem mächtigen Festplatz lebendig. Was ist denn besonderes los? Man sieht keine großqualigen Vorbereitungen nach nationaler Fassung mit Girlanden und schwarz-weiß-roten Wimpeln, keine beschärften Ehrenjungfrauen, keine besternten Uniformen und keinen — Feldaltar. Die deutsche Arbeiter-Turnerschaft bedankt sich ergeben für solche Garnierung. Dreitausend... fünftausend... bald wohl zehntausend frohbewegte Zuschauer rings im Kreise — das ist das schönste Festrelief. Mit bekannter Routine walten die Ordner, die „Referveoffiziere“ der Arbeiter-Jugendpflege, ihres Amtes. Man hört aufs Wort, nirgends wird ein Miston laut. An einem stillen Plätzchen haben die Arbeiter-Samariter, hilfsbereit wie immer, sich etabliert. Musik aus der Ferne, leise anschwelkend, rauschend, Trommel- und Paukenschlag... sie kommen! Pädend, begeistert ist der Einmarsch. Das ist das echte, wahre Jungdeutschland, Volk vom Volke. Links und rechts schwenken die Kolonnen ein, fast alle gleich gekleidet, hell und lustig, die gebürnten, gestählten jungen Glieder halb enthüllt, — ein Anblick, der dem Volksfreunde das Herz im Leibe lachen läßt. Mit dem Fichte-Marsch, von der Neufölln-Brücker Turnkapelle brillant vorgetragen, beginnt der Reigen der Freiübungen. Und die Arbeiterjugend zeigt mit Verbe, was sie gelernt hat. Von tausend Jugendturnern sind nur wenige abgehalten. Fast Tausend folgen wie aus einem Guß dem Kommando der roten Flagge auf der improvisierten Tribüne. Das Hauptinteresse nehmen aber doch die spannenden Stafettenläufe über 800 Meter in Anspruch. Nach zahlreichen Vorläufen siegt im Endlauf die 4. Abteilung in 1,45 1/2 Minuten und die 2. Abteilung in 1,45 3/4 Minuten. Wieder kurze, knappe Kommandos, Pistolenschüsse... das vielhundertfache Rudel schwärmt zu den Vorführungen der Muskerriege und zu den Turnspielen aus. Man weiß nicht, worüber man sich zuerst freuen soll. Es quirlt nur so durcheinander. Geräte-turnen und Fußballern ist auf der Wiese nicht gestattet, aber in dem sonst Gezeigten wird ebenso Treffliches als Amüantes geleistet. Beim Kugelstoßen siegt Karlewitz (4. Abt.) mit 8,80 Meter, beim Hochsprung Tiede (10. Abt.) mit 1,50 Meter, beim Weitsprung Dübßen (Neufölln) mit 5 Meter, beim Speerwurf Semmerling (Schöneberg) mit 32,60 Meter, beim Faustballspiel bringt es die 4. Abteilung auf die stattliche Zahl von 101 Punkten. Damit der Humor nicht zu kurz kommt, löst ein originelles Hindernisrennen helle Lachsalen aus. Trompetensignal! Die Absperre fallen, alles strömt nach der Tribüne. Man will hören, was die deutsche Arbeiterschaft gern hört. Und wüthig prasselt es aus dem Munde des Festredners herab auf die, die — nicht da sind. Eine flammende Anklage ist es gegen die Geseitelten und Gesehorenen, gegen die neid- und böhserrfüllten Friedensstörer am proletarischen Jugendwerk, aber auch eine Mahnung und das Gelöbniß, den lebendigen, frisch-frei-fröhlichen Geist, der die deutsche Arbeiter-Turnerschaft durchdringt, trotz aller Drangsalierungen und Schikanen nimmermehr sterben zu lassen. „Frei Heil“ braust es dreimal jubelnd über den grünen Rasen. „Nieder stimmt an...“ schallt es zum Abschied begeistert, zündend aus tausend jungen, kampfv- und siegfrohen Rehlen in die Abenddämmerung. Das prächtig gelungene Arbeiterfest hat sein Ende erreicht, der Turnverein „Fichte“ darf ein neues frisches Fichtenblatt in seinen grünenden Siegerkranz flechten.

Gegen die Verhinderung der Reisenden durch Vorführung von Schaustellungen und Feilbieten von Waren in den Eisenbahnzügen richtet sich ein Erlaß des Ministers v. Dreitenbach vom 14. d. M., in welchem für die vierte Klasse gewisser Züge der Verkauf nach-

folgender Bestimmung vorgeschrieben wird: „Die Vorführung von Schaustellungen, das gewerbmäßige Feilbieten oder Verkaufen von Gegenständen aller Art, das Musizieren und Einsammeln von Geld innerhalb des Bahngeländes, namentlich auch in den Zügen, wird auf Grund des § 77 der Eisenbahn-Vau- und Betriebsordnung verboten. Zuwiderhandlungen werden als Bahnpolizeiübertretungen bestraft.“ Anhänge gleichen Inhaltes sind bereits auf verschiedenen Bahnhöfen in den Bahnhöfen 3. und 4. Klasse vorhanden. Das Stations- und Zugbegleitpersonal usw. soll angewiesen werden, streng darüber zu wachen, daß das Verbot befolgt wird. Die Schaffner haben zum Zwecke dieser Ueberwachung häufiger durch die Wagen zu gehen und bei Zuwiderhandlungen sofort einzuschreiten. Die Betriebsämter werden beauftragt, gegen Personen, die das Verbot übertreten, mit empfindlichen Geldstrafen vorzugehen oder eventuell dem Amtsanwalt Strafanzeige zu erstatten.

Die Arbeiterbildungsschule hielt vor einigen Tagen ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Vorstandsbericht, den der Vorsitzende Genosse Ramme gab, ist folgendes hervorzuheben. Die Schule hatte im verfloffenen Quartal einen Mitgliederbestand von 1028, darunter 90 weibliche. Davon waren organisiert: nur politisch 39, nur gewerkschaftlich 221, beiden Organisationen gehörten 618 Mitglieder an. Die abgehaltenen Kurse zeigten einen sehr guten Durchschnittsbesuch, ein erneuter Beweis für die Notwendigkeit der Schule. Der Kassenericht schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2132,68 M. ab. Die Bibliothek war an 58 Tagen geöffnet, an denen 767 Bände ausgeliehen wurden. Genosse Grunwald berichtete sodann über den vom Lehrerkollegium im Verein mit dem Vorstand aufgestellten Lehrplan für das folgende Quartal, der den Schülern Befonderes bieten wird. Es werden behandelt: Rätke Dunder: Naturwissenschaft, Dänisch: Geschichte (19. Jahrhundert), Däumig: Literaturgeschichte, Vorchardt: Wissenschaftlichen Sozialismus, Georg Schmidt: Geschichte der Sozialpolitik, Dittmer: Gewerkschaftswesen, speziell Arbeiterschutz, Eichhorn: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Grunwald: Praktische Nationalökonomie und Redebübung.

Inhalt und Anzahl der Unterrichtskurse lassen einen starken Andrang erwarten, um so mehr, als die meisten Kurse sich über mehrere Quartale erstrecken und den Hörern ein abschließendes Bild geben werden. Der Lehrplan fand allgemeine Anerkennung. Als Unterrichtsvertreter wurden gewählt: Hl. Keil, Hl. Joffrow sowie die Genossen Fischer, Gutkunst, Krüger, Graf, Lüdecke, Wüttner, Stephan.

Zum Ueberfall im Vorortzuge.

Die Persönlichkeit des Messerstechers soll, wie gestern verschiedentlich berichtet wurde, in dem 1887 zu Sölmnünde geborenen Geisteskranken Gustav Harnau, einem früheren Bauarbeiter, festgestellt sein. Er ist mehrfach wegen Diebstahls und Raubes vorbestraft, zuletzt mit einem Jahr Gefängnis in Stettin, und hat längere Zeit in der Irrenanstalt Herzberge zugebracht. Seit dem Bekanntwerden der Missetat meldeten sich bei der Berliner Kriminalpolizei eine größere Anzahl von Personen, die sämtlich mit ein und demselben offenbar geisteskranken Menschen zusammengetroffen waren und von diesem übereinstimmend eine genauere Beschreibung gaben. Nach dieser Beschreibung konnte man auf die Identität mit dem gesuchten Messerstecher schließen. Allerdings soll dieser nur etwa 1,60 Meter groß sein, während der Geistesranke, der sich hier in Berlin herumtreibt, 1,70 Meter groß angegeben wird. Der junge Mann hat den mit ihm zusammengetroffenen Personen übereinstimmende Bemerkungen über sein Vorleben, seinen Aufenthalt in Herzberge, die Ursache zu seiner Geisteskrankung und über seine augenblickliche Gemüthsverfassung gemacht. Stets trug er auch, wie die 17 Zeugen erklärten, ein offenes Löffelmesser, angeblich zu seinem eigenen Schutz, bei sich. Auf Grund der Angaben und der Personalbeschreibung wurden nicht nur in Herzberge, sondern auch in Bauarbeiterkreisen und bei Bauunternehmern Ermittlungen angestellt. Bestern führten diese zur Feststellung der Persönlichkeit des gemeingefährlichen Geisteskranken. Gleichzeitig konnte auch festgestellt werden, daß Harnau am 5. August im Polizeirevier 45 unter dem Verdacht, einen Diebstahl begangen zu haben, eingeliefert worden war. Er hat die Schußleute, denen er auch seine Leidensgeschichte erzählt hatte, ihn doch totzuschlagen. Das wäre das Beste für ihn. Da die Beamten aber von seinem Aufenthalt in Herzberge gehört hatten, so legten sie den Keusperungen sein Gewicht bei. Harnau hat auch in Berlin einen Bruder, doch hat er sich bei diesem seit etwa 14 Tagen nicht mehr sehen lassen. Weitere von den bis jetzt verdächtigten Personen kommen für die Tat nicht in Frage, so auch nicht ein in das Virchowkrankenhaus mit einer Schußwunde eingelieferter Preisurtheil.

Wie noch mitgeteilt wird, hat die Vernehmung der beteiligten Eisenbahnbeamten noch einige interessante Einzelheiten ergeben. Der Zugführer, der sich vorchriftsmäßig in dem hinter der Lokomotive laufenden Postwagen befand, fragte zunächst den Lokomotivführer nach der Ursache des Bremsens, da er annahm, es wäre ein Bremsenschlauch geplatzt. Nachdem er gehört hatte, daß die Notbremse gezogen sei, schritt er den Zug ab, um das fragliche Abteil zu ermitteln. Aus einem Wagen zweiter Klasse wurde ihm zugerufen, ein Passagier habe seinen Hut verloren und als der Zugführer nach der bezeichneten Richtung blickte, sah er tatsächlich einen jungen Menschen langsam zwischen den Schienen gehen, der anscheinend etwas suchte. An mehreren Wagenfenstern zeigten sich Fahrgäste, von denen aber keiner das Abteil anzugeben vermochte, von dem aus die Notbremse betätigt worden war. Erst am vierterlehten Wagen erfuhr dann der Zugführer von dem blutigen Vorfall, der sich im letzten Abteil abgespielt hatte. Seine nächste Aufgabe war nun die Fürsorge für die drei Verletzten, von denen die eine noch bei Bewußtsein befindliche Frau fortgesetzt wurde: „Ich bin gestochen, ich verblute!“ Nach Aussage des Zugführers fuhrn die drei Damen übrigens nicht allein mit dem Nordbuden, vielmehr sahen noch ein älterer und ein jüngerer Herr in demselben Wagen, allerdings in entfernteren Abteilen desselben. Beide haben jedoch von dem schrecklichen Vorgange nichts wahrgenommen. Nach alledem sind die Vorwürfe, die ein Fahrgast gegen die Eisenbahnbeamten erhoben hat, gegenstandslos.

Ein Raubüberfall in einem Vorortzuge wurde am Sonntag nachmittag auf der Bahnstrecke Berlin-Josten verübt. In Lichtentrade stieg in den nach Berlin fahrenden Vorortzug Nr. 927 in ein Abteil 2. Klasse, in dem sich eine Herr und eine Dame, zwei Geschwister, befanden, ein junger Mann ein. Als dieser sah, daß beide Fahrgäste ein wenig eingenickt waren, griff er nach der Handtasche der Dame, um sie dieser zu entreißen. Es gelang ihm aber nicht, weil die Verbaute sofort aufwachte. Jetzt stoh der Räuber in ein Nebenabteil, in dem sich drei Damen befanden. Der Bruder der Ueberfallenen versuchte, den Räuber zu greifen. Dieser öffnete aber schnell die Tür des Abteils und sprang aus dem fahrenden Zuge hinaus. Eine der drei Damen zog darauf gleich die Notbremse. Der Zug wurde auch gleich zum Stehen gebracht. Es gelang dem Räuber nicht, die Flucht weiter fortzusetzen, da er mit dem Kopf auf die Schienen aufgeschlagen war und sich eine schwere Schädelverletzung zugezogen hatte. Der Zugführer nahm den Verletzten mit nach der nächsten Station Mariensfelde. Hier wurde er verbunden und einem Verhör unterzogen. Es stellte sich heraus, daß

der Räuber der erst 18 Jahre alte Fahrstuhlführer Fritz Siegmundt aus der Kronprinzenstraße zu Lichtentrade bei Berlin ist. Er war nur im Besitz einer Fahrkarte 3. Klasse und hat das Abteil 2. Klasse wohl nur deshalb bestritten, weil er sah, daß die beiden Fahrgäste eingenickt waren. Nach Aufnahme des Protokolls wurde er als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Ein Unfall beim Kollisionslauf ereignete sich am Sonntag in der Föhlerstraße. Die 12jährige Schülerin Mary Vooger, Föhlerstraße 4 wohnhaft, lief mit zwei Freundinnen auf dem Asphalt der Straße Kollischuh, als ein Droschkenautomobil herannah. Die Kleine, die das Signal des Kraftwagens hörte, wollte dem Gefährte ausweichen, kam jedoch zu Fall und geriet unter die Droschke, deren rechtes Vorderrad über die Beine des Kindes hinwegging. In bewußtlosem Zustande wurde das Mädchen nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo der Arzt Brüche an beiden Oberschenkeln feststellte und die Ueberführung der Kleinen in die elterliche Wohnung veranlagte.

Stallmann in Berlin. Der lange gesuchte Falschspieler und Hochstapler Stallmann konnte von der Kriminalpolizei in das hiesige Unterjuchungsgefängnis eingeliefert werden. Er kam gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 7,07 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof in Begleitung zweier Kriminalbeamten an. Stallmann ist ein ziemlich großer, kräftiger, schlanker Mann mit einem blonden, englisch gestutzten Schnurrbart und geht etwas nach vorn übergeneigt. Die Beamten befestigen gleich mit ihm eine Autodroschke und fuhren direkt nach Moabit.

Baron v. Korff-König, wie sich das Haupt der internationalen Falschspielerbande selbst nannte, ist unter diesem Namen bekannt, als unter seinem richtigen. Der „Baron“ ist in Wirklichkeit ein am 14. April 1871 in Berlin geborener Rudolf Stallmann. Im Anfange der neunziger Jahre begann er seine Hochstaplerlaufbahn mit allerlei „Schwindeleien und Schiebungem“. Als die Behörden auf ihn aufmerksam wurden, entfloß er nach Frankreich und England. In ganz kurzer Zeit entwickelte er sich zum Haupt einer internationalen Falschspielerbande, die in der ganzen Welt überall dort auftrat, wo sich die Lebewelt zusammenfindet. Im Anfange vorigen Jahres wurde er mit seiner Frau und seinem Kammerdiener in Kattuta verhaftet. Hierbei versuchte er einen Selbstmordversuch, der ihm jedoch mißlang. Später wurde Stallmann dort wieder auf freien Fuß gesetzt. Er wird sich jetzt wegen verschiedener Schwindeleien zu verantworten haben. Insbesondere werden zwei Betrugsfälle gegen ihn geltend gemacht. Er wird in diesen beschuldigt, einen Gutbesitzer im Herbst 1909 um 22 000 M. und einen Leutnant um 88 000 M. beim Baccaratspiel betrogen zu haben.

Ein dreifacher Ueberfall ist am Sonntagnachmittag auf eine Lehrerin im Humboldthain verübt worden. Als die 23jährige Lehrerin Hedwig Dunte aus Werder im Humboldthain spazieren ging, stürzte aus dem Gebüsch plötzlich ein etwa 20jähriger Bursche und entriß der Ueberfallenen die Handtasche, in der sich etwa 10 M. in barem Gelde befanden. Auf die Hilferufe der Betroffenen eilten Spaziergänger hinzu, die die Verfolgung des Räubers aufnahmen, ohne seiner jedoch habhaft werden zu können.

Beim Radfahren verunglückt. Am Sonntag abend gegen 11 Uhr fuhr der 20jährige Glaser Richard Sch., Chausseestraße wohnhaft, mit seinem Zweirad hinter einem Automobilomnibus her, der vom Reichsplatz nach dem Charlottenburger Chaussee zufuhr. An einer Querstraße mußte der Omnibus plötzlich bremsen und Sch., der sein Rad nicht in der Gewalt hatte, fuhr mit voller Wucht gegen den Kraftwagen an. Der Glaser kam zu Fall und zog sich einen Schlüsselbeinbruch, eine Wunde an der Stirn und eine schwere Gehirnerschütterung zu. Er wurde auf die nächste Unfallstation und von dort in das Krankenhaus Moabit geschafft.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich am Sonntagnachmittag gegen 6 Uhr vor dem Hause Frankfurter Allee 67. Der LKW Nr. 3 der Oberleitungsfstation 1 geriet beim Ummenden in eine Vertiefung des Straßenpflasters und stürzte um. Der Schlosser Hermann S., der auf der Plattform stand, erlitt Hautabschürfungen am Oberarm, an der Hüfte sowie eine Verwundung der beiden Daumen, der zweite Handwerker, der Schlosser S., erlitt eine Hüftgelenkverstauchung und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt werden. Durch den Rettungswagen wurde ein Auto-LKW umgeworfen und der umgestürzte Arbeitswagen wieder aufgerichtet.

Durch einen Sprung ins Wasser hat wieder ein junges Mädchen seinem Leben ein Ende gemacht. Am Sonntagabend kurz vor 12 Uhr, sahen Vorübergehende, wie an der Fischerbrücke ein Mädchen in großer Aufregung am Wasser entlang lief. Vor dem Hause Friedrichsgracht 10 kletterte es auf das Gitter und sprang, ehe man es daran hindern konnte, in den Stabschloßkanal und ging sofort unter. Mit einem Rettungslohn suchten einige Männer das Wasser ab. Es gelang ihnen auch, die Lebensmüde zu fassen, doch war sie bereits ertrunken. Die Leiche wurde daraufhin dem Schaubause zugeführt. Die Persönlichkeit der Toten ließ sich noch nicht feststellen. Es ist ein Mädchen von ungefahr 20 Jahren, das seinem Neuzug nach dem Mittelstande angehört zu haben scheint. Es hat blondes Haar und blaue Augen und trug eine weiße Spitzenbluse, einen weißen Unterrock, durchbrochene Strümpfe und halbe Lackschuhe.

Wie man uns mitteilt, hatten einige Passanten an der Lebensmüden Wiederbelebungversuche angestellt, wonach dieselbe schwache Lebenszeichen von sich gab. Während ein dabei stehender Polizeibeamter die Hilfsbereiten ermahnte, ihre Versuche fortzusetzen, habe plötzlich ein zweiter hinzukommender Beamter ihnen unterlagt, die Ertrunkene weiter zu behandeln. Ein solches Verbot hat natürlich die Hilfsbereiten Personen sonderbar berührt, um so mehr, als die am Wasserlauf angebrachten Tafeln das Publikum direkt in Wiederbelebungversuchen Ertrunkener unterweisen.

Will die Polizei den Zweck solcher Tafeln nicht Missorisch machen, so darf sie unter keinen Umständen Hilfsbereiten Personen bei solchen Wiederbelebungversuchen Hindernisse in den Weg legen. In diesem Fall ist die Ertrunkene ohne jeden Versuch, sie wieder ins Leben zurückzurufen, liegen geblieben.

In einem Stadtbahnzug tot aufgefunden wurde auf dem Bahnhof Westend am 16. d. Mts. in einem Abteil II. Klasse ein Mann, dessen Persönlichkeit sich bisher nicht feststellen ließ. Der Tote ist ungefahr 40 bis 45 Jahre alt, 1,70 Meter groß und kräftig, hat hellblondes Haar, einen ebensolchen Schnurrbart, blaue Augen und im Oberleiste eine große Pohnläde und trug einen braunen mit grünen Streifen durchzogenen, zweireihigen Jacketanzug, braune Strümpfe, einen schwarzen, steifen Hut mit den Buchstaben R. H., ein weißes Oberhemd, Stehstragen, Selbstbinder und braune Schnürschuhe. Im Hemd und Manschetten ist der Name „Lerner“ mit Blei eingeschrieben. Die Leiche befindet sich im Charlottenburger Schaubause.

Die Leiche eines Sechszehnjährigen wurde gestern vor dem Hause Helgoländer Ufer 4 aus der Bree gelandet. Es handelt sich um den Kaufmannslehrling Adolf Schwarz aus der Barnimstr. 18. Der junge Mann war seit vergangenem Dienstag aus der elterlichen Wohnung verschwunden. Jetzt wurde er als Leiche wieder gefunden. Ob ein Unglücksfall vorliegt oder der junge Mann selbst ins Wasser gegangen ist, weiß man noch nicht. — Die Leiden des Ehepaars Hippel, das, wie wir mitteilten, Selbstmord durch Ertränken in der Havel verübt hatte, sind am Sonnabend in der Nähe des Restaurants Konradshöhe gefunden worden.

Selbstmord einer Geisteskranken. In einem Anfälle geistiger Unmachtung hat in der Sonntagnacht die Ehefrau des Kaufmanns Schiegelet ihrem Leben ein Ende gemacht. Frau Sch. war seit längerer Zeit schwer nervenleidend und befand sich seit einigen

